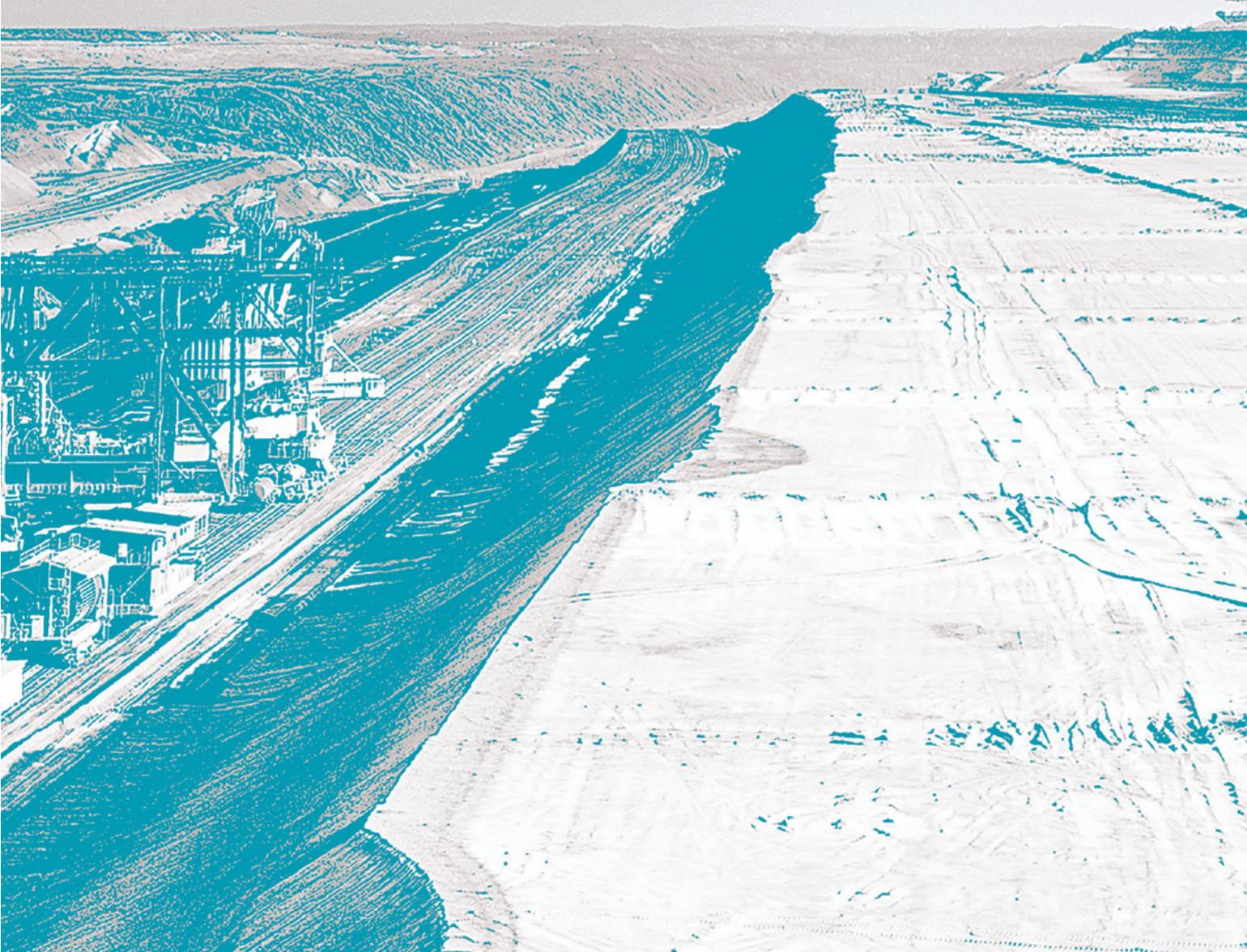


JAHRESBERICHT 2015

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**



JAHRESBERICHT 2015
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
SCHWERPUNKT: KAMPF UMS KLIMA	6
Es geht schon lange nicht mehr um Eisbären	6
Stiftungsaktivitäten anlässlich des Pariser Klimagipfels	8
Auf der Flucht vor dem Klimawandel	10
Ausgewählte Kooperationsprojekte	10
Ausgewählte Publikationen	11
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE	12
Fellowships	13
Griechenland: Der europäische Katalysator	14
Wahlenthaltung: Eine demokratische Gesellschaft kommt nicht von selbst	15
«UmCare»: Für neue Strategien in Gesundheit und Pflege	16
«Luxemburg Lectures»	17
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG	18
Fortbildung: «Politik als Veränderungsprojekt»	19
«Vier Dinge, die wir von euch brauchen!»: Bedarfsanalyse in der Jugendbildung	20
«Insight NSU»	20
«Solidarität über Grenzen hinweg»: Europäische Vernetzung von Amazon-Beschäftigten	21
BUNDESWEITE ARBEIT	22
Baden-Württemberg: Willkommenskultur und Abschieberegime	24
Bayern: Gipfel der Alternativen	24
Berlin: «Unsagbare Dinge. Sex, Lügen und Revolution»	25
Brandenburg: Weltgeschichte und Geschichten aus der Provinz	25
Bremen: After the Summer of Snowden	26
Hamburg: «Change! Europe! Solidarity!»	26
Hessen: 100 Jahre Leugnung des Genozids in der Türkei	27
Mecklenburg-Vorpommern: Abbrüche – Umbrüche – Aufbrüche	27
Niedersachsen: Zertifizierte Kommunalpolitik	28
Nordrhein-Westfalen: Zu Ehren von Viktor Agartz (1897–1964)	28
Rheinland-Pfalz: Walter Benjamin – vom Ende der Geschichte her	29
Saarland: Auf den Spuren Alfred Döblins	29
Sachsen: Soziale Medien und rechte Mobilisierung	30
Sachsen-Anhalt: Lesung mit Adriana Altaras	30
Schleswig-Holstein: (R)Echte Kerle	31
Thüringen: Der Kampf um Bischofferode	31
ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	32
«Deutschland braucht eine Revolution»: Besuch aus Palästina und Jordanien	33
Linke Politik entlang der Fluchtrouten über das Mittelmeer	33
Koloniale Strukturen überwinden: Das Ostafrika-Büro in Daressalam	34
«Wir treffen uns bei Rosa!»: Das Israel-Büro in Tel Aviv	34
Die Auslandsbüros	36

GEFÖRDERTE PROJEKTE	40
DAS STUDIENWERK	52
Das zweite Promotionskolleg der Rosa-Luxemburg-Stiftung	54
Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung	55
Vertrauensdozentinnen und -dozenten	56
POLITISCHE KOMMUNIKATION	58
Kurzer Frühling in Athen	59
Ausgewählte Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	60
ARCHIV UND BIBLIOTHEK	62
«Plakate liefern Orientierung»: Interview mit Katharina Köpping	63
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	64
25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung	64
Kunst zu Flucht und Exil gewürdigt	66
Globale Räume für radikale Solidarität	67
«Die widerspenstige Internationale»	67
Streikrecht – Tarifeinheit – Gewerkschaftspluralismus	68
Das Morgen ins Heute holen: Die «Linke Woche der Zukunft»	69
Attraktiv und transparent: Die Stiftung lobte Wettbewerb zum Bauvorhaben aus	70
Den Augiasstall ausmisten: Zum Gedenken an Wilfriede Otto	71
Festhalten an der Vision vom «dritten Weg»: In memoriam Edgar Most	71
PERSONALENTWICKLUNG	72
GREMIEN	74
Mitgliederversammlung: Ermutigung für die nächsten 25 Jahre	74
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	75
Mitglieder des Vorstands	76
Der Vorstand: Ein politisches Gremium	77
Der Wissenschaftliche Beirat	77
Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats	78
Ein breites Themenspektrum: Die Gesprächskreise	79
ORGANIGRAMM	80
STIFTUNGSHAUSHALT	82
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	88

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser, zentrale nationale, europäische und weltpolitische Entwicklungen haben auch 2015 die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung beeinflusst. In besonderer Weise galt und gilt dies für die Begleitung der im Januar 2015 gewählten Syriza-Regierung unter Alexis Tsipras in Griechenland, die bei Neuwahlen im September 2015 bestätigt wurde. Der Sieg einer linken Bündnispartei gegen eine unter maßgeblichem Einfluss Deutschlands verfolgte harte Austeritätspolitik von EU und IWF war ein starkes Zeichen für demokratische Selbstbestimmung und gegen einen zunehmend autoritäreren Neoliberalismus. Teilerfolge linker politischer Kräfte in Spanien und Portugal folgten, eine große Bewegung gegen die ökonomisch gescheiterte, sozial verheerende und Europa als demokratische Gemeinschaft aushöhlende Diktatpolitik blieb bisher allerdings aus. Ohne sie hat aber keine antineoliberale Kraft in einem einzelnen Land, geschweige denn in einem wirtschaftlich schwachen Staat wie Griechenland, die Chance, große Veränderungen zu bewirken. Gleichwohl ist allein die Existenz einer linken Regierung, die andere Wege zu gehen versucht, ein Stachel gegen eine gefährlich falsche Politik innerhalb der EU.

Bei aller im Einzelnen verständlichen und berechtigten Kritik an der Politik der Tsipras-Regierung begleitet die Rosa-Luxemburg-Stiftung deren Arbeit mit Sympathie und übt Solidarität, soweit dies einer Einrichtung der politischen Bildung möglich ist. «To govern means to choose», erklärte einst der sozialistische französische Politiker Pierre Mendès France. Nicht jeder Beschluss der griechischen Regierung muss geteilt werden. Die Umstände aber, unter denen sie häufig fast ohne Entscheidungsspielräume agieren muss, sind nicht in erster Linie von ihr zu verantworten, sondern maßgeblich von ihren Vorgängerinnen, den EU-Instanzen, der deutschen Regierung und auch dem unzureichenden Widerstand gegen diesen Dogmatismus in Europa.

Die dominierende Politik innerhalb der EU hat über die unsoziale Behandlung Griechenlands hinaus schweren Schaden angerichtet. Indem einer Reihe vor allem südeuropäischer Länder kein überzeugender Ausweg aus der tiefen und anhaltenden ökonomisch-sozialen Krise aufgezeigt wird, indem der wirtschaftliche Aufholprozess vieler, wenn auch nicht aller Beitrittsländer von 2004, 2007 und 2013 stockt und indem in vielen europäischen Staaten die Ungleichheit wächst, verliert die EU in zentralen Politikbereichen an Attraktivität und Akzeptanz. Und indem einer demokratisch gewählten und legitimierten Regierung jeder Handlungsspielraum genommen wird, stellt dies parlamentarisch-demokratische Errungenschaften generell infrage – auch sie sind aber Grundpfeiler einer europäischen Perspektive.

Wie verheerend sich die Entsolidarisierung innerhalb der EU auswirkt, zeigt die Herausforderung, vor der Deutschland und



Dagmar Enkelmann und Florian Weis

Europa angesichts der vielen zu uns flüchtenden Menschen stehen. Es sind in erster Linie die Geflüchteten, in zweiter Linie aber auch Länder wie Griechenland, die darunter zu leiden haben.

Innenpolitisch bewegt sich die Bildungs-, Analyse- und Vernetzungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Spannungsverhältnis zwischen den Erfordernissen einer solidarischen Tätigkeit mit und für Geflüchtete sowie der immensen praktischen Unterstützung vieler Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung einerseits und der Verfestigung eines Rechtspopulismus in Gestalt von AfD, Pegida und Co. andererseits. Bildungsarbeit für und mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern, aufklärerische Argumentationsmaterialien, aber auch die Bereitstellung von Diskussionsräumen, um offene, schwierige Fragen zu behandeln, sind nur einige der Angebote der Stiftung. Nicht zuletzt können wir aus den europäischen und internationalen Zusammenhängen Erfahrungen und Kontakte aus rund 80 Ländern, in denen die Stiftung aktiv ist, in die Arbeit einbringen.

Gleiches gilt für die Themen Klimawandel, Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie, die wir verstärkt bereichsübergreifend im Rahmen der Themenachse «Sozial-ökologische Transformation» bearbeiten. Der Fokus lag 2015 auf der Vorbereitung und Begleitung des Pariser Klimagipfels. Regelmäßig hat sich eine Arbeitsgruppe getroffen, um über Publikationen, Veranstaltungen, vor allem aber über gemeinsame Positionen zu beraten. So entstanden Materialien zur Energiedemokratie, zu den Mythen grüner Ökonomie und anderem mehr. Im März wurde in Berlin ein Klima-Theaterprojekt unterstützt, und Vertreterinnen und Vertreter der Stiftung beteiligten sich an Klimaaktivistenkonferenzen. Auch die Auslandsbüros haben gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern vor Ort klimapolitische Projekte entwickelt und Veranstaltungen organisiert. Darauf aufbauend gelang es, in Paris eigene Akzente zu setzen. Die Delegation der Stiftung bestand, nimmt man beide Wochen zusammen, aus fast 50 Mitgliedern, darunter rund 30 Kolleginnen und Kollegen von internationalen Partnerorganisationen aus 15 Ländern. Erstmals war die Rosa-Luxemburg-

Stiftung auch offiziell bei einem solchen Gipfel akkreditiert. Pro Woche hatten fünf Delegierte Gelegenheit, unmittelbar das Konferenzgeschehen zu verfolgen und das Ringen um einen Klimavertrag hautnah mitzuerleben. Darüber hinaus haben wir an den unterschiedlichen Orten des Gegengipfels insgesamt zwölf Foren und Workshops organisiert, die auf großes Interesse stießen, so insbesondere ein Forum mit der globalisierungskritischen Autorin Naomi Klein und dem neugewählten Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn, das vom Büro New York initiiert wurde und mehr als 700 Gäste anzog.

In einem eigens für den Gipfel eingerichteten Blog schilderten die Delegationsmitglieder ihre Eindrücke. In kleinen Videofilmen mit Statements und Interviews berichteten sie über den Verlauf des Gipfels, aber auch über ihre Arbeit in den Herkunftsländern. Dank einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde die Rosa-Luxemburg-Stiftung als kompetenter Teil des internationalen Klimadiskurses wahrgenommen.

Mit der Verleihung des Hans-und-Lea-Grundig-Preises und einer von 400 Gästen besuchten Festveranstaltung, einem eigenen Buch («Ich lebe am fröhlichsten im Sturm»), einem Kurzfilm, einem Workshop zur internationalen Stiftungsarbeit und anderen Aktivitäten erinnerte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende November 2015 an ihr 25-jähriges Bestehen. 1990 als «Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.» vor allem von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der DDR gegründet, die eine selbstkritische Haltung zum Scheitern des staatssozialistischen Modells mit einem Anspruch auf eine demokratisch-sozialistische Erneuerung verbanden, erhielt die nunmehrige Rosa-Luxemburg-Stiftung 1999 erstmals Globalmittel des Bundesinnenministeriums. Der Trägerverein der Stiftung hat sich ebenso verändert und erweitert wie der von ihm gewählte Vorstand, die Landesstiftungen, die Zusammensetzung der Beschäftigten und der Vertrauensdozentinnen und -dozenten. Gleichwohl wirken viele, die am Anfang dabei waren, immer noch in der Stiftung mit. Der Anspruch, eine kritische Perspektive auf gesellschaftliche und internationale Entwicklungen von einem demokratisch-sozialistischen Standpunkt aus zu formulieren, ist geblieben und sogar noch wichtiger geworden.

25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung sind auch ein Anlass, Evelin Wittich, Gründungsmitglied der Stiftung, bis Ende 2008 geschäftsführendes Vorstandsmitglied und anschließend Direktorin der Akademie für politische Bildung sowie Leiterin der Focusstelle Rosa Luxemburg, zu danken. Im Januar 2016 hat sie ihre Tätigkeit als Mitarbeiterin der Stiftung beendet und ist in den wohlverdienten Ruhestand gegangen, in dem sie freilich weiterhin höchst aktiv in der Bildungs- und Vereinsarbeit sowie bei der Edition von Rosa Luxemburgs Schriften mitwirkt.

DR. DAGMAR ENKELMANN
Vorsitzende des Vorstandes

DR. FLORIAN WEIS
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

SCHWERPUNKT: KAMPF UMS KLIMA

ES GEHT SCHON LANGE NICHT MEHR UM EISBÄREN DER KAMPF UM KLIMAGERECHTIGKEIT

Klimajahr 2015. Großer Gipfel in Paris, angeblich die letzte Chance zur Rettung der Welt. Heftige Debatte um Kohleausstieg hierzulande, mehr als 1.000 Menschen in weißen Maleranzügen stolpern im August durch die Mondlandschaft des Braunkohletagebaus Garzweiler. Die *Süddeutsche Zeitung* kommentiert, die Anti-Kohle-Bewegung trete in die nicht ganz kleinen Fußstapfen der Anti-Atom-Bewegung. Immer wieder in den Nachrichten: Berichte von Überschwemmungen und Dürren, von Tornados und Tsunamis, von extremen Wetterereignissen, die zwar nie ausschließlich vom Klimawandel verursacht werden, deren Wahrscheinlichkeit aber doch durch ihn enorm gewachsen ist.

Das Jahr endet mit einem Klimavertrag, dem ein erheblicher Teil der Presse und Zivilgesellschaft euphorisch das Attribut historisch zumisst. Und es endet mit der Erkenntnis, dass auch dieses Jahr wieder das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war und dass von den zehn wärmsten Jahren seit Beginn dieser Aufzeichnungen neun nach der Jahrtausendwende zu beobachten waren. Also, die Zeit drängt. Entweder kommt der Klimaschutz bald in die Gänge, oder man kann den Versuch, den Klimawandel aufzuhalten, auch bleiben lassen.

UNKLARHEITEN AUFSEITEN DER LINKEN

Obwohl die gesellschaftliche Linke durchaus die Ansicht teilt, dass die Zeit drängt, wenn es um den Klimawandel geht, so ist sie sich doch keineswegs einig, ob sie sich darum intensiver kümmern sollte. Allgemeiner gesprochen: Ist «Öko» überhaupt ein linkes *Kernthema*? Sollten sich Linke in Zeiten drastisch steigender globaler Migration, angesichts der zunehmenden Gefahr eines «großen Krieges», des Anwachsens gesellschaftlicher Ungleichheiten, der massenhaften Prekariät von Lebensverhältnissen und der Zunahme stressbedingter Krankheiten nicht noch stärker der sozialen Frage zuwenden? Immerhin drängt die Zeit nicht nur beim Klima, sondern bei der Bearbeitung aller Aspekte der gegenwärtigen «Transformationskrise» des neoliberalen Kapitalismus.

Die zumeist versteckt, gelegentlich aber auch ganz offen artikulierte skeptische Grundhaltung lautet: Es gibt soziale Fragen und es gibt Umweltfragen und letztere sind irgendwie der Luxus einer gutbetuchten Mittelschicht. Dass eine solche Haltung heute noch von Linken vertreten wird, überrascht und frustriert. Denn bei «Umweltfragen» geht es nie (nur oder vor allem) um die Umwelt, verstanden als Ansammlung von Flora und Fauna. Es geht um soziale Verhältnisse.



In einem Akt des zivilen Ungehorsams legten am 15. August 2015 rund 1.500 Menschen Europas größte CO₂-Emissionsquelle, die Braunkohlezeche Garzweiler, lahm.

Das lässt sich am Klimawandel verdeutlichen. An ihm leiden (ähnlich wie bei anderen «Umweltkrisen») im Schnitt diejenigen am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen haben; und umgekehrt leiden diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, im Schnitt am wenigsten darunter. Der Klimawandel ist also ein zutiefst *ungerechtes* Phänomen. Die Reichen der Welt haben das Problem verursacht und jetzt müssen es die Armen ausbaden. Der Meeresspiegel steigt für alle, aber in Bangladesch saufen die Leute ab, während in den Niederlanden mit den dortigen Ressourcen schwimmende Städte gebaut werden (können). Der Wirbelsturm Katrina überschwemmt New Orleans, und die eher wohlhabenden Weißen können fliehen, die eher arme schwarze Bevölkerung bleibt zurück. Die zentrale Triebkraft des Klimawandels ist die kapitalistische Wachstumswirtschaft. Wer den Klimawandel stoppen will, muss sich deshalb mit dem Kapitalismus auseinandersetzen, ob er will oder nicht. In erster Linie geht es beim Klimawandel weder um die Umwelt im Allgemeinen noch um die ewig traurigen Eisbären auf ihren vereinzelt im Meer treibenden Eisschollen im Besonderen. Es geht um Menschen und ihr Verhältnis zueinander. Es geht um die Verteilungs- und die Eigentumsfrage, es geht um Klassen und Ausbeutung, um die System- und die Kapitalismusfrage. Kurz: Es geht beim Klima, so viel wissen wir mittlerweile, ums Ganze. Und deswegen ist der Klimawandel ein Kernthema für die Linke.

ORTE DER INTERVENTION: VON PARIS INS RHEINLAND

Nun stellt sich, wie üblich, die strategische Frage, wo die geeigneten Orte sind, an denen Linke ihre begrenzten Kräfte investieren können und sollten, um den Kampf für die Klimagerechtigkeit am effektivsten voranzutreiben. Mindestens zwei Tätigkeitsfelder bieten sich da an. Zum einen die globalen Klimagipfel, auf denen sich seit mehr als 20 Jahren die «Weltgemeinschaft» trifft, um ein Problem in den Griff zu bekommen, das im Kern ein globales ist. Nicht nur wird der Klimawandel tatsächlich überall auf der Welt produziert, weshalb nationale «Alleingänge» sich unter Umständen klimapolitisch kaum lohnen; außerdem betonen die Länder des Globalen Südens zu Recht, dass es ohne massive Finanzierung aus dem Norden keinen globalen Klimaschutz geben kann und geben wird. Auch wenn bei den bisherigen Verhandlungen erschreckend wenig herausgekommen ist, die Treibhausgasemissionen seit Beginn der jährlichen Konferenzen weltweit noch gestiegen sind und sich ein Ablasshandel für Umweltsünder etabliert hat: Der Klimawandel ist ein globales Problem, und die Klimagipfel sind die einzigen Orte, an denen er auf globaler Ebene wirklich verhandelt wird.

Zum anderen könnte und sollte die Intervention der Linken an den Orten der Produktion des Klimawandels erfolgen, das heißt zuallererst dort, wo fossile Brennstoffe genutzt werden,

um eine kapitalistische Wachstumsmaschinerie am Laufen zu halten. Davon ist gerade Deutschland – Energiewende hin oder her – betroffen, denn hier wird mehr Braunkohle gefördert und verbrannt als in jedem anderen Land der Welt. Dabei ist Braunkohle der dreckigste, klima-, umwelt- und gesundheitsschädigste aller fossilen Brennstoffe. Deshalb hat sich die Klimabewegung hierzulande entschieden, nun nach der Atomkraft auch den zweiten Pfeiler des zentralistischen fossil-nuklearen Energiesystems anzugreifen und für einen schnellen Kohleausstieg zu kämpfen.

Entlang dieser beiden zentralen Konfliktfelder – Klimagipfel und Kohleausstieg – richtete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Schwerpunktaktivitäten 2015 aus. Unter den Bildungsveranstaltungen, die zumeist in Kooperation mit weiteren Partnern aus den Netzwerken der im Aufbau befindlichen Anti-Kohle-Bewegung entstanden, kam im ersten Halbjahr 2015 der internationalen Konferenz «Kampf ums Klima» eine besondere Bedeutung zu: Vom 10. bis 12. April beschäftigten sich an der Universität Köln mehrere Hundert Menschen aus Europa und darüber hinaus mit den Fragen, wo, wie und mit wem die Auseinandersetzungen um eine solidarische Energie- und Klimapolitik am effektivsten geführt werden können. Neben der unmittelbaren Vernetzung von Aktiven und Interessierten aus verschiedenen Spektren und Generationen bot die Konferenz der Klimabewegung vor allem Raum für inhaltliche und strategische Diskussionen. Viele Teilnehmende nutzten die Veranstaltung zur gemeinsamen Vorbereitung auf die klimapolitischen Debatten und Proteste des zweiten Halbjahres. Die Formate orientierten sich am Ziel des Erfahrungsaustauschs und wurden auf die Frage des Zustandekommens breiter gesellschaftlicher Bündnisse im Sinne einer klimarechten Wende in der Energiepolitik fokussiert.

Als Kooperationspartnerin der Sommerschule «Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit», die vom 9. bis 14. August im Rahmen des «Klimacamps im Rheinland» stattfand, konnte die Rosa-Luxemburg-Stiftung an ihre Aktivitäten rund um das Thema Wachstumskritik aus dem Vorjahr anknüpfen. Die Verschränkung mit klimapolitischen Fragestellungen fand hier in Form von mehrtägigen Kursen und abendlichen Diskussionsrunden statt. Ein von der Stiftung vorbereitetes Podium mit besonderem Augenmerk auf der ökonomischen und politischen Krise in Südeuropa und ihren Auswirkungen auf Rohstoffausbeutung und Naturzerstörung (Titel: «Austerität, sozialer Kollaps und Postwachstumsökonomie? – Strategien von den Rändern») ließ am 13. August mehrere Hundert Interessierte in einem Zirkuszelt, das als zentraler Veranstaltungsort des Camps diente, zusammenkommen.

Ganzjährig begleitete die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Diskussion um die UN-Klimaverhandlungen im Dezember mit eigenen Positionierungen und reiste mit einer internationalen Delegation nach Paris. Erstmals gestattete die Akkreditierung der Stiftung Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen die Teilnahme am offiziellen Gipfelprogramm. Bereits

im Vorfeld waren Fact Sheets, Broschüren, Kartierungen und Texte entstanden, die sich aus einer kritischen Perspektive mit dem Gipfel und seinen Chancen auf eine grundsätzliche Wende in der Klimapolitik, mit der Kohlenutzung in Deutschland und der Finanzialisierung von Natur befassten. Hinzu kamen ein umfangreiches Web-Dossier sowie ein Dutzend inhaltlicher Veranstaltungen, die zumeist im Rahmen des Alternativgipfels der kritischen Zivilgesellschaft stattfanden. Zu den Höhepunkten des Stiftungsauftritts in Paris zählte eine durch das New Yorker Büro mitorganisierte Veranstaltung, auf der Labour-Chef Jeremy Corbyn und die bekannte Autorin Naomi Klein («Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima») mit internationalen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern die Frage diskutierten, wie ein «gerechter Übergang» in eine post-fossile Zukunft aussehen könnte.

DIE KÄMPFE GEHEN WEITER

Obwohl auf dem Klimagipfel in Paris allen skeptischen Stimmen zum Trotz ein globales Klimaabkommen abgeschlossen werden konnte, ist noch völlig unklar, wie das dort vereinbarte ambitionierte Ziel – die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen – erreicht werden kann. Doch da sind sich die Aktiven in Klima-NGOs und -Bewegungen einig: Ohne den Druck der sozialen Bewegungen wird es nicht gehen. Deshalb wird der Kampf gegen die Verbrennung fossiler Energien von ihnen nicht nur fortgesetzt, sondern künftig noch verstärkt werden müssen. Dies schließt die Frage ein, wie auf globaler Ebene gerechte Lösungen auszusehen hätten, mit denen die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt möglichst weitgehend abgefedert werden können und die Ärmsten als absehbar am stärksten betroffene Gruppe nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden.

STIFTUNGSAKTIVITÄTEN ANLÄSSLICH DES PARISER KLIMAGIPFELS

Der Pariser Klimagipfel vom 30. November bis 12. Dezember 2015 hatte lange Schatten vorausgeworfen. Als Höhepunkt einer mehrjährigen diplomatischen Choreografie wurde ihm bereits früh die Rolle eines Showdowns zugeschrieben, dessen Bedeutung kaum hoch genug einzuschätzen sei. Auf diesem Gipfel sollte, so die Ankündigung, eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung zur Klimaschutzpolitik verabschiedet werden. Doch viele aus den sozialen Bewegungen hatten daran große Zweifel. Aus ihrer Sicht waren die fehlenden Fortschritte der vergangenen Jahre ein Beleg dafür, dass auch von dieser Konferenz keine ernsthaften Lösungen zu erwarten wären. Das eher komplizierte Verhältnis der Linken zum UN-Klimaprozess hatte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Vorfeld des Pariser Gipfels daher zu einigen Diskussionen darüber geführt, ob man



Lösungen für die Klimakrise und die Rolle der Gewerkschaften: eine Diskussion mit der Klimaaktivistin Naomi Klein (2. v. l.) und dem britischen Labour-Chef Jeremy Corbyn (3. v. l.)

sich überhaupt daran beteiligen sollte. Daraufhin entwickelten die Stiftungsbüros in New York und Brüssel eine Art «Konferenzstrategie» und schlugen vor, mehrgleisig vorzugehen und somit den unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden.

Das Ergebnis: Erstmals nahm die Stiftung als offizielle und akkreditierte Beobachterin an einer UN-Klimakonferenz teil und entsandte fünf Personen in das Innere des Gipfelgeschehens. Diese ausgewählten Kolleginnen und Kollegen aus der Stiftung und von verschiedenen Kooperationspartnern, überwiegend aus Ländern des Globalen Südens, besuchten Side Events, nahmen an Delegationstreffen teil, führten Gespräche, die im Zusammenhang mit eigenen Forschungsprojekten standen, und berichteten über all das in diversen sozialen Netzwerken. Ihre Eindrücke und Lageeinschätzungen eröffneten die täglich stattfindenden Treffen der Stiftungsdelegation, die insgesamt um die 30 Personen umfasste.

Viele Delegierte erlebten es als eine Herausforderung, sich zwischen den unzähligen Events und Angeboten entscheiden zu müssen. Auch die Luxemburg-Stiftung war mit über zehn Veranstaltungen Teil des Geschehens, wobei sich ein Teil davon unmittelbar auf die in Paris fortgesetzten Verhandlungen zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) bezog und die anderen in Kooperation mit Initiativen und politischen Bündnissen, die sich deutlich außerhalb der Gipfeldiplomatie positionierten, stattfanden. Von daher war die Stiftung – anders als die meisten großen Verbände und NGOs – nicht nur in dem offiziellen «Civil Society Space» am Rande des abgeriegelten Konferenzgeländes am Flughafen Le Bourget präsent. Sie beteiligte sich vielmehr auch aktiv am «Peoples' Climate Summit» (5.–6. Dezember) in Montreuil in

der Nähe von Paris, den kritische Gruppen und soziale Bewegungen auf die Beine gestellt hatten, und nutzte die «Climate Action Zone» im Kunst- und Ausstellungszentrum Le104, um eigene Themen zu setzen und mit Aktivistinnen und Aktivisten aus aller Welt in Kontakt zu kommen.

Neben den Themen Energiepolitik, gerechte Übergänge im Wandel, menschenrechtlichen Aspekten und Zusammenhängen zwischen Landwirtschaft und Klima standen die Perspektiven und Forderungen der hier versammelten internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung im Mittelpunkt der Veranstaltungen und Diskussionen der Stiftung. Die teils improvisierten Informationsstände erwiesen sich dabei nicht nur als florierender Umschlagsplatz für die eigenen Publikationen, sondern waren Ausgangspunkt für zahlreiche spannende Begegnungen und Gespräche – insbesondere zur Rolle der Bundesregierung und Deutschlands als «Braunkohle-Weltmeister».

Die ereignisreichen Tage von Paris eröffneten für die Stiftung neue Kooperationsmöglichkeiten, bereits bestehende Partnerschaften konnten vertieft werden. Als besonders erfolgreich erwies sich die Zusammenarbeit mit dem internationalen Gewerkschaftsnetzwerk «Trade Unions for Energy Transition», das gemeinsam mit der Stiftung die bereits erwähnte Podiumsdiskussion mit Naomi Klein und Jeremy Corbyn am 7. Dezember veranstaltete. Fragen nach Allianzen und Strategien, wie derzeit noch getrennt agierende gesellschaftliche Kräfte und unverbundene Kämpfe für den erforderlichen Systemwechsel zusammengedacht und -gebracht werden können, bestimmten die anschließende Diskussion. Diese Herausforderung wird auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung noch eine ganze Zeit beschäftigen.



Brennende Pipeline des Ölkonzerns Shell im Gebiet der Bodo in Nigeria 2012

AUF DER FLUCHT VOR DEM KLIMAWANDEL

Fluchtbewegungen irgendwo in weiter Ferne haben spätestens seit 2015 aufgehört, eine politische Nebensache in Deutschland zu sein. Mit der Ankunft von über einer Million Flüchtlingen und Migranten ist die «Bekämpfung von Fluchtursachen» ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit gerückt und zum Gegenstand von politischem Aktionismus geworden. Eine der wichtigsten, wenn nicht – langfristig gesehen – sogar *die* wichtigste Fluchtursache ist der weltweite Klimawandel, der längst eingesetzt hat und noch weiter vorschreiten wird, selbst wenn die Vereinbarungen des Klimagipfels von Paris im Dezember 2015 greifen sollten. Mit der erzwungenen Auswanderung von großen Menschengruppen aus Gebieten, in denen ein Weiterleben zunehmend unmöglich wird, weil die landwirtschaftlichen Erträge zurückgehen oder der Anstieg des Meeresspiegels den Lebensraum unter Wasser setzt, entstehen durch den Klimawandel verursachte Migrationsbewegungen, deren Akteure als «Klimaflüchtlinge» bezeichnet werden können.

Im Fokus der von der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang Juli 2015 in Berlin veranstalteten Konferenz «Auf der Flucht vor humanitären Krisen: zur sozialen Dimension des Klimawandels» standen daher vor allem der Verursachungszusammenhang – das herrschende Wachstumsmodell – und die Folgen einer verfehlten Klimaschutzpolitik sowie die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen. In der Diskussion wurde das Für und Wider unterschiedlichster Politikansätze erörtert, wobei klar wurde, dass die Verhandlungsstrategien der Regierung wenig Änderung versprechen und auch kaum Bereitschaft besteht, Migrantinnen und Migranten als «Klimaflüchtlinge» einen besonderen Schutzstatus zuzuerkennen. Allerdings gab es auch ernsthafte Einwände gegen eine gesonderte Kategorie «Klimaflüchtling», die eine Pseudogrundlage für weitere bürokratische Differenzierungen bietet und die notwendige Solidarität mit anderen Flüchtlingen unterlaufe.

Schließlich wurden auch massive Bedenken gegen den sogenannten Selbsthilfe-Diskurs vorgebracht, der nur dazu führe, die betroffenen Länder mit Almosen abzuspeisen und sie ansonsten mit der Anpassung an die sich verändernden Umweltbedingungen alleinzulassen. Überhaupt gehe es nicht um die bestmögliche Anpassung an den Klimawandel. Ein solcher Resilienz-Diskurs entpolitisiere die Diskussion. Stattdessen müsse man alles Menschenmögliche unternehmen, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern und eine sozial wie ökologisch gerechte Welt zu schaffen.

AUSGEWÄHLTE KOOPERATIONSPROJEKTE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

- Internationale Konferenz «Kampf ums Klima» in Kooperation mit Attac Deutschland, ausgeCO2ht, Oikos Hochschulgruppe Köln, Solidarische Vielfalt und dem Allerweltshaus Köln, 10.–12. April 2015, Universität Köln, <http://kampfumsklima.org/>
- Veranstaltungsreihe «Kohlegesprache – über Wachstum und Klimagerechtigkeit» in Kooperation mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und Attac Deutschland; 7. Juni 2015, Hamburg; 8./9. Juni, Aachen; 16. Juni, Leipzig; 17. Juni, Augsburg; 18. Juni, Mainz
- Filmvorführung «La Buena Vida» und anschließende Diskussion in Kooperation mit dem Berliner Mobilisierungsbündnis Ende Gelände, 14. Juli 2015, Berlin
- Podiumsdiskussion «Klima, Kohle, Kapitalismus. Wege aus der Klimakrise» in Kooperation mit dem Berliner Mobilisierungsbündnis Ende Gelände, 27. Juli 2015, Berlin
- Sommerschule «Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit» in Kooperation mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, BUND u. v. a., 9.–14. August 2015, Lützerath/Rheinland. In diesem Rahmen u. a. Durchführung des Kurses «Just Transition: Konzept, Strategieentwicklung und Vernetzung – Herausforderungen und Widersprüche einer gerechten Transformation», 10./11. August sowie der Podiumsdiskussion «Austerität, sozialer Kollaps und Postwachstumsökonomie? – Strategien in der Euro-Krise», 13. August 2015
- Web-Seminar «Fracking, Erdgas, Klimawandel: Mehr Gas für eine erneuerbare Zukunft?» in Kooperation mit PowerShift e. V., 25. November 2015
- Veranstaltungen im Kontext des Klimagipfels COP21 mit diversen Kooperationspartnern, 3.–9. Dezember 2015, Paris, www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/specials/klimagipfel-in-paris/cop-21-climate-summit-in-paris/reports-on-our-events-in-paris.html
- Report-back-Veranstaltung «Nach dem UN-Klima-Gipfel: (Don't) Trust the COP?» in Kooperation mit dem Berliner Mobilisierungsbündnis Ende Gelände, 16. Dezember 2015, Berlin



AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

Sören Becker, Matthias Naumann, Laura Weis

Energiedemokratie

Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieforschung
Studien 1/2015, 48 Seiten, Februar 2015
Download: www.rosalux.de/publication/41357

Kylie Benton-Connell, Lara Skinner, Sean Sweeney

Power to the People

Toward Democratic Control of Electricity Generation
Working Paper No. 4, 62 pages, June 2015, published by Trade Unions for Energy Democracy (TUED), in cooperation with Rosa-Luxemburg-Stiftung, New York Office
Download: www.rosalux.de/publication/41571

Ulrich Brand

Schöne grüne Welt

Über die Mythen der Green Economy
luxemburg argumente Nr. 3, 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, 60 Seiten, September 2015
Download: www.rosalux.de/publication/38335

Ulrich Brand

Brave Green World

The Green Economy Myths
Luxemburg Argumente No. 3, 4th revised edition, 54 pages, September 2015
Download: www.rosalux.de/publication/38457



Ulrich Brand

La meilleure des économies

Économie verte : mythes et réalité
Luxemburg argumente n° 3, 4., édition revue, 60 page, Septembre 2015
Download: www.rosalux.de/publication/41903

Eddie Cottle

The Myth of a Green Economy and Green Jobs: What Strategy for Labour?

Sustainable development 2/2015, 11 pages, February 2015, Rosa-Luxemburg-Stiftung South Africa
Download: www.rosalux.de/publication/41799

Malte Fiedler

The EU Energy Union: What's Behind It?

Policy Paper, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brussels Office
8 pages, November 2015
Download: www.rosalux.eu/publications

Malte Fiedler

The Making of the EU Internal Energy Market

Policy Paper, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brussels Office
12 pages, November 2015
Download: www.rosalux.eu/publications

Fabian Hübner

A Bright Future for Fossil Energy in the EU?

Policy Paper, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brussels Office
8 pages, November 2015
Download: www.rosalux.eu/publications



Jutta Kill

Ökonomische Bewertung von Natur

Der Preis für Naturschutz?
Eine kritische Auseinandersetzung
66 Seiten, Juli 2015, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel
Download: www.rosalux.de/publication/41695

Jutta Kill

Economic Valuation of Nature

The Price to Pay for Conservation?
A Critical Exploration
58 pages, June 2014, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brussels Office
Download: www.rosalux.eu/publications

Jutta Kill

L'Évaluation Économique de la Nature

Donner un Prix à la Nature pour la Protéger?
64 page, Novembre 2015, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bureau de Bruxelles
Download: www.rosalux.eu/publications

Peter Polder, Tamra Gilbertson,

Antonio Tricarico

Natural Gas Lock-In
Current Politics in the European Union
40 pages, September 2015, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brussels Office
Download: www.rosalux.de/publication/41796

Juliane Schumacher

Ungerechtigkeit im Treibhaus

Klimawandel von links erklärt
Materialien Nr. 11, 28 Seiten, August 2015
Download: www.rosalux.de/publication/41693



Sean Sweeney

Energy Democracy in Greece

Syriza's Program and the Transition to Renewable Power
Working Paper No. 3, 26 pages, January 2015, published by Trade Unions for Energy Democracy (TUED), in cooperation with Rosa-Luxemburg-Stiftung, New York Office
Download: www.rosalux.de/publication/41095

Sean Sweeney

Der Klimawandel und die große Tatenlosigkeit

Neue gewerkschaftliche Perspektiven
Diskussionspapier Nr. 2, 24 Seiten, Februar 2015, hrsg. von Trade Unions for Energy Democracy (TUED) in Zusammenarbeit mit dem New Yorker Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Download: www.rosalux.de/publication/41266

Sean Sweeney

The Hard Facts about Coal

Why Trade Unions Should Re-evaluate their Support for Carbon Capture and Storage
Working Paper No. 5, 62 pages, June 2015, published by Trade Unions for Energy Democracy (TUED), in cooperation with Rosa-Luxemburg-Stiftung, New York Office
Download: www.rosalux.de/publication/41571

DAS INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

2015 war ein Jahr kleiner Siege und großer Niederlagen. Für eine sozialistische Transformationsforschung, wie wir sie am Institut für Gesellschaftsanalyse zu entwickeln versuchen, stellten sich unbequeme Fragen. Viele unserer Analysen der Krise, vor allem die pessimistischen Szenarien zur Krisenbearbeitung, haben sich leider als zutreffend erwiesen. Wir waren von einer Offenheit der Situation ausgegangen, hatten mögliche Wege der Transformation skizziert, aber auch immer wieder die Wahrscheinlichkeit einer autoritären Schließung betont.

Auf der II. Demokratietagung im November 2015 ebenso wie auf dem 12. Villa-Rossa-Workshop in Volterra Ende August 2015 diskutierten wir über die Frage «Zerfällt Europa?» – ein Prozess, der inzwischen tatsächlich denkbar geworden ist. Es geht offensichtlich nicht länger um gemeinsame Konsensfindung im Sinne eines hegemonialen Projekts, sondern um Hegemonismus und Macht. Die Krise ist dadurch nicht gelöst, die Widersprüche werden immer wieder aufbrechen. Gerade ist Griechenland unterworfen worden, schon hebt eine massive Bewegung von Geflüchteten das Dublin-Abkommen auf und sorgt für Zwist im europäischen Machtblock. Während die Aussicht auf eine linke Regierung in Spanien oder auf eine erneuerte Sozialdemokratie in Großbritannien nervöse Erwartung verbreitet, grassiert fast überall der Rechtspopulismus. Eine linke Transformationsperspektive zu entwickeln fällt zunehmend schwerer: Eine «sozialökologische» Transformation der Gesellschaft, so nötig sie ist, steht zurzeit nicht auf der Agenda. Dies war auch beim Klimagipfel im Dezember 2015 in Paris zu spüren, der einen Höhepunkt in Bezug auf die Stiftungsaktivitäten in diesem Jahr markierte.

Wir müssen – und das stellt schon seit Längerem eine wichtige Verschiebung unserer Herangehensweise dar – noch viel stärker die Subjekte der Transformation in den Mittelpunkt stellen. Dies war auch ein zentrales Thema der IV. Transformationskonferenz im September mit dem Titel «Jenseits der Imitation». Damit aus Diskursen auch wirksame Praxen werden, muss «das Mosaik» aktiv zusammengebracht werden. Ganz praktisch wurde dies umgesetzt im Oktober auf der Konferenz «UmCare – Für neue Strategien in Pflege und Gesundheit», gemeinsam veranstaltet vom Institut für Gesellschaftsanalyse, vom Netzwerk Care Revolution, von der LINKEN-Bundestagsfraktion und ver.di.

Allerdings müssen wir noch einen Schritt weitergehen und fragen: Wie erreichen wir jene, die sich soziale und gesellschaftlich völlig abgehängt fühlen und von Politik überhaupt nichts mehr erwarten? Dazu haben wir im Jahr 2015 zahlreiche Untersuchungen und Analysen vorgelegt, darunter die Publikation «Landschaften der Prekarität», die aus dem Gesprächskreis Klassen- und Sozialstrukturanalyse der Stiftung

Fellowships existieren am Institut für Gesellschaftsanalyse seit dem Jahr 2012, um die Kooperationen zwischen Stiftung und Wissenschaft zu intensivieren.

heraus entstanden ist, oder Bildungsmaterialien zum Thema «Jenseits der Prekarität», für die unser Neuzugang am Institut, Miriam Pieschke, verantwortlich ist. Von dort aus eruieren wir Ansätze für Pilotprojekte einer aufsuchenden Praxis zur Organisation in sogenannten sozialen Brennpunkten.

FELLOWSHIPS

Malte Daniljuk hat im Rahmen der Neuausrichtung der Bereiche Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie verfasst mit dem Titel «Globale Umordnung. Geopolitische und geoökonomische Veränderungen im Umfeld der Europäischen Union». Zwischenergebnisse wurden in der Stiftung ausgiebig diskutiert, einige Kapitel vorab ausgegliedert und publiziert, etwa in der Zeitschrift *Luxemburg*, den *Blättern für deutsche und internationale Politik*, der *Prokla* oder dem Online-Magazin *Telepolis*. Im Zentrum der Studie steht unter anderem der Zusammenhang zwischen dem Fracking-Boom in den USA und dem Verfall der Rohölpreise, dem Ukraine-Konflikt und dem Freihandelsabkommen TTIP.

Corinna Genschel führte die im Jahr 2014 begonnene Bestandsaufnahme zur Arbeit der «Kontaktstelle soziale Bewegungen und die verbindende Partei» fort. Diese ist in den vergangenen Jahren zu einer maßgeblichen politischen Infrastruktur wesentlicher sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik und überdies zur unverzichtbaren Schnittstelle zwischen Partei und Bewegungen geworden. Corinna Genschel war außerdem federführend an der Planung der strategischen Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Feld «Europa nach dem Coup» beteiligt und wird auch nach Beendigung ihres Fellowships an der Konzeption und Organisation einer großen Strategiekonferenz zur Zukunft Europas mitarbeiten, die das Institut für Gesellschaftsanalyse für Juni 2016 vorbereitet.

Dieter Klein fragt sich, ob eine umfassende soziale und ökologische Transformation nur gegen die Herrschenden möglich ist, also gegen jene, die heute die Strukturen von Eigentum, Macht und Deutung sowie das Militär kontrollieren. Oder könnten nicht Teile der herrschenden Eliten zugleich Gegner und Bündnispartner umfassender progressiver Transformationen sein? Vom New Deal in den USA und dem Kampf um die Rüstungsbegrenzung im Kalten Krieg ausgehend, entwickelt er eine Strategie der Linken, die auch als «antagonistische



Fellow Malte Daniljuk untersuchte für die Stiftung die «globale Umordnung».

Kooperation» (Rilling) bezeichnet werden kann – mit Gegenmacht und Gegen-Hegemonie die Risse und Spaltungen im Block der Herrschenden nutzend und vorantreibend. Kleins Buch «Gesplante Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal?» wird 2016 im VSA-Verlag erscheinen.

Tove Soiland, feministische Philosophin, hat im Rahmen ihres Fellowships an einer Studie gearbeitet, die eine der zentralen Hoffnungen der jüngeren Frauenbewegung infrage stellt: die Annahme, dass mit dem Untergang der bürgerlichen Kleinfamilie und der in ihr eingelagerten ödipalen Struktur gleichzeitig auch die väterliche Autorität und damit die patriarchale Vorherrschaft ins Wanken geraten würde. Stattdessen, so Tove Soiland, existieren auf gesellschaftlicher Ebene weiterhin geschlechtliche Hierarchisierungen, die sich nunmehr aber in einem Umfeld etablieren, das sich explizit als egalitär versteht. Der neoliberale Finanzmarktkapitalismus hat sich wesentliche emanzipatorische Errungenschaften angeeignet und sie in sein System von Herrschaft integriert.

Raul Zelik, Schriftsteller und Sozialwissenschaftler, hat mehrere Artikel zur Reorganisation der spanischen Linken und zu Podemos geschrieben. Sie kulminierten in einem Buch, das 2015 unter dem Titel: «Mit Podemos zur demokratischen Revolution?» im Verlag Bertz + Fischer erschienen ist. Für das Zentrum für internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat Raul Zelik außerdem das Konzept für ein umfangreiches Spanien-Programm erarbeitet, das 2016 starten soll. Und nach alledem konnte auch die ursprünglich vorgesehene Arbeit vollendet werden: eine Flugschrift über zentrale Problemfelder von Transformation, die 2016 beim VSA-Verlag erscheinen wird: «Im Multiversum des Kapitals. Wer herrscht wie, wer protestiert, wer nicht und warum nicht?»



STEPHAN KAUFMANN
**«DIE HALBSTARKEN
 VON ATHEN»**
 FÜNF JAHRE EURO-KRISE –
 IRRTÜMER, INTERESSEN UND
 PROFITEURE
 Materialien Nr. 7

Freier
 Download unter
[www.rosalux.de/
 publication/
 41374](http://www.rosalux.de/publication/41374)



Am Rande von Protesten in Athen nach dem Referendum im Juli 2015



Europaweites Signal: die Flagge von Syriza auf einer Kundgebung in London, 2015

GRIECHENLAND: DER EUROPÄISCHE KATALYSATOR

Sie haben das Unmögliche versucht und die Frage der Demokratie in Europa politisiert. Damit war Syriza ein «großer Katalysator» (Tom Stroschneider), der den Charakter des derzeitigen europäischen Projekts eines autoritären Neoliberalismus demaskierte und zugleich Hoffnung auf ein anderes Europa weckte. Doch das Verhandlungsergebnis vom 13. Juli 2015 zwischen Griechenland und den Gläubigern war eine schwere Niederlage. Nicht nur für Syriza, sondern für die gesamte europäische Linke.

Nach dem «griechischen Frühling» herrscht nun ein frostiger europäischer Winter. Die Dynamik der europäischen Krise führt zu grassierendem Chauvinismus, Rassismus und Desintegration. Angesichts dessen stellt sich die Frage drängender denn je, was strategische – programmatische und bündnispolitische, verbindende und zum gemeinsamen Eingreifen einladende – Positionen und Praxen wären, die tatsächlich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern?

Um zur Beantwortung dieser Frage beizutragen, organisierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine europäische Strategiekonferenz als Teil eines Prozesses einer ganzen Reihe europäischer Treffen und Initiativen. Mit Blick auf das Handeln der Regierung Tsipras in Griechenland gilt es, solidarisch Lehren zu ziehen. Niederlagen sind immer wichtige Momente der Aufarbeitung, des Lernens, der Reorganisierung. Eine erste Bilanz wurde zusammen mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern von Syriza und diversen griechischen sozialen Bewegungen gezogen. Die Ergebnisse sind unter anderem im Griechenland-Spezial der Zeitschrift *LuXemburg* nachzulesen. Der ehemalige Generalsekretär von Syriza, Tasos Koronakis, konnte außerdem als neuer Fellow des Instituts für Gesellschaftsanalyse gewonnen werden, und Nasos Iliopoulos, aus dem Zentralkomitee von Syriza, schreibt eine Studie über die erste Tsipras-Regierung.

Die sozialen Bewegungen und Syriza haben mit einer Strategie der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse durch zivilgesellschaftliche Organisation gezeigt, wie dies die gesellschaftliche Basis verbreitern kann, weit über die Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus. Zentral waren dabei Solidarnetzwerke, die auf wechselseitige Hilfe und politische Organisation setzen und mit einer «verbindenden Partei» (Porcaro) neuen Typs verknüpft wurden. Die «Syriza-Erfahrung» (Koronakis) hat aber verdeutlicht: Gerade mit dem Regierungsantritt muss die Selbstorganisation in allen Bereichen verstärkt werden. Es müssen neue verbindende Praxen zwischen den unterschiedlichen Funktionen von Regierung, Partei, Bewegung und gesellschaftlicher Selbstorganisation

entwickelt werden – statt Bewegungen und Wählerinnen nur von Fall zu Fall um Unterstützung zu bitten.

Für künftige linke Projekte ist also zu fragen: Wie lässt sich das Verhältnis von Regierenden, Fraktion und Partei so gestalten, dass notwendig auftretende Widersprüche kooperativ bearbeitet werden können? Eine verbindende Praxis quer zu den Spaltungslinien innerhalb der Partei und der gesellschaftlichen Linken zu entwickeln sollte eine Aufgabe aller Teile der Linken sein. Dies sind offene Fragen nicht nur für die griechische Linke.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird daher verstärkt in Kooperation mit Syriza die Regierung begleiten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, zum Beispiel in den Bereichen Migration und Flucht, Gesundheitspolitik und Solidarische Kliniken. Auch in Spanien begleiten wir die Prozesse politischer Reorganisation seit etlichen Jahren, unter anderem mit Analysen zur Lage und konkreten Praxis der Linken von Mario Candeias und Raul Zelik.

Mit der Bewegung eines sogenannten neuen Munizipalismus ist es vielerorts gelungen, eine Organisation im Alltag der Einzelnen und in den Nachbarschaften mit «verbindenden Plattformen» zur Eroberung der Institutionen zu verknüpfen. Nicht nur in Barcelona und Madrid stellen linke Kommunalregierungen nun die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Die verbindenden Praxen der Bewegungen im spanischen Staat und in Griechenland gewinnen zunehmend auch in der Bundesrepublik an Bedeutung, von den Willkommensinitiativen über stadtpolitische Organisationen und Plattformen bis hin zu neuen Initiativen zur Organisation in sogenannten sozialen Brennpunkten – Felder, in denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht nur Impulse, sondern verstärkt organisierend eine «politische Infrastruktur» bereitstellen und entwickeln will.

WAHLENTHALTUNG: EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT KOMMT NICHT VON SELBST

Die seit Mitte der 1980er Jahre sinkende Beteiligung an demokratischen Wahlen in Deutschland führt immer wieder zu periodischen Erregungen im politisch-medialen Betrieb. Manchen gilt eine hohe Beteiligung als starke Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie, eine niedrige Wahlbeteiligung wird als passive Systemkritik interpretiert. Spätestens seit den Analysen der letzten Bundestagswahl gilt als Allgemeinwissen, dass die Wahlbeteiligung sozial unterschiedlich ist: Bürgerinnen und Bürger, die in «armen» Vierteln wohnen, gehen deutlich seltener zur Wahl als diejenigen in wohlhabenderen Stadtteilen. Soziale Ungleichheit übersetzt sich in politische Ungleichheit, weil die Lebenslagen und Interessen unterer sozialer Schichten nicht mehr angemessen vertreten sind. Bis zu ein Drittel der Wahlenthaltungen bei der letzten Bundestagswahl kann dieser sozialen Spaltung im Wahlverhalten zugerechnet werden.

Debatten über die Wahlbeteiligung sind immer auch Diskussionen über die Arbeit von Parteien, über den Zustand «der Demokratie», der demokratischen Öffentlichkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. In diesem Sinne gehört die Beschäftigung mit Wahl- und allgemeiner mit Beteiligungsverhalten zu den wichtigen Aufgaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seit Sommer 2015 beschäftigen sich die sechs parteinahen politischen Stiftungen der Bundestagsparteien gemeinsam, aber aus unterschiedlichen Blickwinkeln, mit Ursachen und Motiven wachsender Wahlenthaltung und möglichen Gegenstrategien. Dabei geht es vor allem darum, die Vielzahl der Möglichkeiten deutlich zu machen. Weder gibt es *die* Nichtwählerin, noch *den* Grund oder *die* Maßnahme.

Eine Trendumkehr wird es aus Sicht der Rosa-Luxemburg-Stiftung kurzfristig nicht geben können, vor allem nicht durch «technische» Maßnahmen wie zum Beispiel längere Öffnungszeiten der Wahllokale oder Wahlurnen in Einkaufszentren. Tatsächlich muss davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit der Nichtwählenden gute Gründe anführen kann, die sich zudem über einen längeren Zeitraum verfestigt haben: sowieso kein Gehör zu finden; in Sprache und Weltbild von Parteien und Abgeordneten nicht vorzukommen; von der Politik nichts mehr zu erwarten; trotz aller Bemühungen in einer blockierten sozialen Lage festzusitzen. Einige Dinge kommen da zusammen: die Selbstentmachtung der Parlamente gegenüber wirtschaftlicher Macht; die Privatisierung von Instrumenten wie öffentliche Unternehmen, mit denen die Politik zuvor in der Daseinsvorsorge, bei Verkehr und Wohnen demokratische Mehrheitsentscheidungen umsetzen konnte; die wachsende soziale Polarisierung und Chancenlosigkeit in der unteren Hälfte der Gesellschaft, denen der Sozialstaat nicht mehr entgegenwirkt; Exklusion statt Inklusion; ein politischer Sprachverfall, der im «Bürger» nicht mehr den «Souverän» sieht, sondern einen «Kunden», dem die Parteien als Wahlkampfmaschinen «Angebote» machen; der Abbau demokratischer, politischer Bildung in Schule und Erwachsenenbildung. Eine demokratische Gesellschaft kommt nicht von selbst, sie muss in sich immer wieder investieren.



.....

HORST KAHRS
ABSCHIED AUS DER DEMOKRATIE
 ZUM SOZIALEN KLASSENCHARAKTER DER WACHSENDEN WAHLENTHALTUNG UND DER PREISGABE STAATSBÜRGERLICHER RECHTE
 Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Beteiligte der UmCare-Konferenz auf dem Berliner Alexanderplatz: Mit dem Symbol eines geknüpften Netzes machten sie auf die Ökonomisierung von Pflege und Gesundheit aufmerksam.

«UMCARE»

FÜR NEUE STRATEGIEN IN GESUNDHEIT UND PFLEGE

Die Folgen von Ökonomisierung und Sparpolitik sind in wenigen Bereichen so existenziell erfahrbar wie in der Pflege und Gesundheitsversorgung. Beschäftigte wie auch Patientinnen und Patienten leiden unter Arbeitsverdichtung und Personalmangel – mit oft gesundheitsgefährdenden Folgen. Staatliche Leistungen werden gekürzt, jede Behandlung muss sich rechnen, der günstigste Anbieter gewinnt. Zeit für (Selbst-)Sorge, ein Miteinander oder Muße ist rar. Das schafft neue Barrieren, insbesondere für Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf. Und es schreibt fort, dass Armut krank macht und Pflegeverantwortung arm. Lücken müssen wieder privat gestopft werden – nach altem Muster überwiegend von Frauen.

Im Rahmen der Themenachse «Transformationen» hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung beziehungsweise das Institut für Gesellschaftsanalyse die «Krise der sozialen Reproduktion» in den letzten Jahren zu einem inhaltlichen Schwerpunkt erhoben. Mit der Aktionskonferenz «Care-Revolution» war 2014

erstmals ein «organisierendes Format» erprobt worden, bei dem Gesellschaftsanalyse, Bildungsauftrag und politische Organisation zusammenkommen sollten. Die Konferenz «UmCare – Für neue Strategien in Gesundheit und Pflege» konnte diesen Ansatz im Jahr 2015 weiterentwickeln. Vom 15. bis 18. Oktober kamen rund 400 daran Interessierte in Berlin zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und nach gemeinsamen Handlungsstrategien zu suchen. Diesmal standen Gesundheitsarbeit, Pflege und Assistenz im Zentrum der Debatte, und das Spektrum der Akteure konnte deutlich ausgeweitet werden.

Veranstaltet wurde die Konferenz gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und dem Netzwerk Care Revolution. Zum Vorbereitungskreis zählten darüber hinaus eine Vielzahl von Initiativen und Einzelpersonen sowie Aktive aus Verbänden, Selbsthilfeorganisationen und sozialen Bewegungen. Insbesondere die zahlreiche Beteiligung aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an den etwa 30 Workshops und mehrere Panel-Diskussionen war erfreulich und äußerst produktiv. Geht es doch um Fragen wie: Wie können sich Beschäftigte auch unter prekären Bedingungen, etwa in

der ambulanten oder häuslichen Pflege, erfolgreich organisieren? Wie können die neuen betrieblichen Arbeitskämpfe in der Pflege verbreitert werden, wie sehen Bündnisstrategien aus, um diese als gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen zu führen? Und: Wie muss eine öffentliche Infrastruktur aussehen, die sowohl die Bedürfnisse von Beschäftigten als auch die von Kranken und zu Pflegenden und deren Angehörigen berücksichtigt?

Die Notwendigkeit des Ausbaus einer solchen bedürfnisgerechten, demokratischen und solidarisch finanzierten sozialen Infrastruktur lief wie ein roter Faden durch die Debatten. Diese Forderung nach der Stärkung einer solchen Infrastruktur wird in den kommenden Jahren als eine Art Klammer für verschiedene gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen ein wichtiger Bezugspunkt für das Institut für Gesellschaftsanalyse und die Stiftung bleiben. Nicht zuletzt die Herausforderung, tragfähige Willkommensstrukturen zur Versorgung und tatsächlichen Integration der Geflüchteten aufzubauen, macht eine solche Infrastruktur zu einem Gebot der Stunde.



Grenzen des Marxismus-Feminismus: «Luxemburg Lecture» mit Gayatri C. Spivak



«Luxemburg Lecture» mit Syriza-Berater James K. Galbraith

«LUXEMBURG LECTURES»

Im Rahmen der «Luxemburg Lectures» lädt die Stiftung immer wieder Intellektuelle aus der ganzen Welt zu Vorträgen ein. Inhaltliche Schwerpunkte im Jahr 2015 waren Erfahrungen aus Griechenland, Marxismus-Feminismus sowie Marxismus und Transformation.

20. MÄRZ 2015

Saskia Sassen (Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin)

**WHAT DO WE SEE WHEN WE GO
BACK TO GROUND LEVEL - DE-THEORIZE,
IN ORDER TO RE-THEORIZE?**

Mit Shahrzad Mojab (Toronto)

21. MÄRZ 2015

Gayatri C. Spivak (postkoloniale Theoretikerin und Literaturwissenschaftlerin)

EINE GRENZE DES MARXISMUS-FEMINISMUS
Eine Veranstaltung im Rahmen des Kongresses «The Strength of Critique: Trajectories of Marxism-Feminism»

5. MAI 2015

Michael Burawoy (Soziologe und Vertreter eines Public-Sociology-Ansatzes)

MARXISMUS NACH POLANYI

Mit Hans-Peter Müller und in Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin

18. JUNI 2015

Jason Moore (Soziologe und Umweltaktivist)

KAPITALISMUS UND DAS GEWEBE DES LEBENS
ÖKOLOGIE UND DIE KAPITALAKKUMULATION

Mit Michael Brie

13. NOVEMBER 2015

Tasos Koronakis (ehemaliger Generalsekretär von Syriza)

NACH DEM COUP

PARTEI UND BEWEGUNG – ENDE DER VERBINDENDEN PARTEI?

16. NOVEMBER 2015

Kurt Seifert (Publizist)

FORTSCHRITT ALS «REISE NACH INNEN»
ZUR AKTUALITÄT DER VISIONEN RUDOLF BAHROS
Mit Michael Brie

14. DEZEMBER 2015

James K. Galbraith (Ökonom)

GRIECHENLAND UND DIE EUROPÄISCHE UNION: EINE AUTOPSIE

Mit Michael Brie

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die politische Bildung. Sie wird von allen Fachbereichen sowie von den Regionalbüros und Landesstiftungen angeboten. Die kontinuierliche Entwicklung eines bereichsübergreifenden Bildungsverständnisses ist dabei in der Akademie für Politische Bildung angesiedelt. Ein zentrales Ziel ihrer Arbeit ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, handlungsfähiger in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und Konflikten zu werden. Die Angebote reichen von Abendveranstaltungen und Tagesworkshops über Wochenendseminare bis hin zu modularen Weiterbildungen, der Entwicklung von Bildungsmaterialien sowie Handreichungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Die Akademie arbeitet zielgruppenorientiert und entlang der Bedarfe und Bedürfnisse, die sich aus der täglichen politischen Praxis ergeben. Leitmotive sind dabei die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, das Bewusstsein um hierarchische Strukturen und der Wunsch, emanzipatorische Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. In der Partei DIE LINKE oder in den Gewerkschaften engagierte Menschen gehören ebenso zu den Zielgruppen wie Menschen aus sozialen Bewegungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen.

Die Akademie will Basiswissen vermitteln und neue Zugänge zu Politik und politischem Engagement aufzeigen und eröffnen. Indem sie in ihrer Arbeit die starre Aufspaltung zwischen Bildungsinhalten und Didaktik durchbricht und vielfältige Methoden zur Anwendung bringt, können auch komplexe Zusammenhänge verständlich gemacht werden. Mit dieser Haltung mischt sich die Akademie auch in öffentliche Debatten zu politischer Bildung ein, in Form von Publikationen oder durch die Teilnahme an Veranstaltungen.

Im Jahr 2015 setzte sich die Akademie insbesondere mit der für eine linke politische Stiftung zentralen Frage auseinander, wie der Kreis der Zielgruppen ausgeweitet sowie räumliche, sprachliche und andere Zugangsbarrieren abgebaut werden können, um dem Ziel einer möglichst weitreichenden Inklusion näherzukommen.

Wichtige Säulen der Akademie für Politische Bildung sind die Kommunalakademie, das Team «Weiterbildung für Politik» und das Jugendbildungsnetzwerk mit ihren jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Die interdisziplinäre sowie themen- und bereichsübergreifende Zusammenarbeit steht dabei immer stärker im Vordergrund. Dadurch werden die Verschränkungen der Arbeitsgebiete – Politische Ökonomie, Zeitgeschichte, Geschlechterverhältnisse, Neonazismus und andere Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit, Migration, Internationale Politik und soziale Bewegungen, europäische Politik und sozialökologische Transformation – sichtbar gemacht und gesellschaftliche Veränderungsprozesse in diesen Feldern vorangetrieben.



Einladungskarte für die Veranstaltungsreihe zum NSU-Komplex

«VIER DINGE, DIE WIR VON EUCH BRAUCHEN!»

EIN BERICHT ZUR BEDARFSANALYSE IN DER JUGENDBILDUNG

Wenn linke Jugendliche Organisationsformen wählen, entscheiden sie sich häufig für politische Jugendgruppen, bewegen sich in Infoläden, Jugendkulturzentren und anderen kollektiven Freiraumprojekten. Hier finden Politisierung und politischer Austausch statt, hier diskutieren und entwickeln Jugendliche ihr politisches Agieren und von hier aus werden Schülerstreiks mitorganisiert, Jugendblocks bei Demos gegen Nazis geplant oder Klimaproteste unterstützt. Und: Die Jugendlichen bewirken etwas!

Eine der größten Herausforderungen für Jugendgruppen besteht indes darin, dass sie sich ständig erneuern. Dieser Umstand ist zugleich Teil ihrer Eigenlogik – sonst wären sie keine Jugendgruppen. Wenn «die Älteren» jedoch die Gruppe verlassen, gehen häufig Bewegungserfahrungen, kritisches Wissen und wichtige Netzwerkkontakte verloren.

Genau hier setzt der Arbeitskreis «Weiterbildung» im Bereich der Jugendbildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung an, um emanzipative Jugendprojekte zu unterstützen und sie politisch schlagkräftiger zu machen. Zur Ermittlung des konkreten Bedarfs fanden 2015 zunächst Treffen mit stichprobenartig ausgewählten linken Jugendgruppen statt. Im Rahmen eines eigens hierfür konzipierten fünfstündigen Workshops wurde gemeinsam mit den Jugendlichen systematisch herausgearbeitet, an welchen Stellen politische Praxis leichtfällt, wo sich Schwierigkeiten auftun und was die Gruppe eigentlich bräuchte, um in ihrem Bereich erfolgreicher zu werden. Ergebnis der Bedarfsanalyse sind die folgenden vier politischen und praxisrelevanten Lernbereiche: erstens ein eigenes politisches Selbstverständnis zu formulieren, zweitens mehr über politisches Netzwerken und Bündnisarbeit zu lernen, drittens die Fähigkeit, Ideen in die Praxis umzusetzen, zu verbessern und viertens durch eigene Pressearbeit mehr politische Außenwirkung zu entfalten.

Zu den ermittelten Lernbereichen werden im Jahr 2016 Tagesworkshops für interessierte Gruppen stattfinden, um sie in ihren Anliegen zu stärken und konkrete Hilfestellung zu leisten.

«INSIGHT NSU»

EINE VERANSTALTUNGSREIHE ZUM NSU-KOMPLEX

Der ohnehin wenig gehaltvolle öffentliche Diskurs zum NSU-Komplex verliert sich zusehends in detailversessenem Kleinklein, heillosen Verschwörungstheorien oder entpolitisierte Gerichtsberichterstattung. Sinn und Zweck der Veranstaltungsreihe «Insight NSU» (dt.: Einblicke in den NSU), die im November 2014 mit dem Besuch von Liz Fekete vom Londoner Institute of Race Relations begann, war es, diesen engen Blick zu öffnen, einen bislang weitgehend vernachlässigten europäischen Kontext herzustellen und eine Außenwahrnehmung auch des deutschen Umgangs mit der NSU-Katastrophe einzufangen.

Den Auftakt machte im Januar 2015 der nordirische NGO-Aktivist Daniel Holder vom Committee on the Administration of Justice (CAJ). Im Zentrum seines Berichts stand das, was im Englischen im Kontext des Bürgerkriegs in Nordirland *collusion* genannt wird: das kaum kontrollierbare Agieren von Militär, Polizei und Geheimdiensten im Verborgenen zur sogenannten Terrorismusbekämpfung. Ob durch den Aufbau entsprechender Strukturen im Untergrund, durch das «Hochspielen» von willfährigen Informanten in bestimmten Szenen, durch die Billigung von Straftaten, durch Beihilfe, Steuerung oder Gewährenlassen bei zum Teil schweren Verbrechen bis hin zum Mord – staatliche Stellen sind unter dem Deckmantel der Terrorismusrepression mitverantwortlich für diese Verbrechen und oft sogar deren Initiatoren.

Ähnliche Muster der Verstrickung staatlicher Behörden in rechtsterroristische Verbrechen offenbarten auch die Schilderungen des türkischen Rechtsanwalts Hakan Bakircioğlu, der die Familie des 2007 ermordeten türkisch-armenischen Publizisten Hrant Dink vertritt, und des griechischen Anwalts zweier Opfer im Athener Prozess gegen die Neonazi-Partei Goldene Morgenröte, Thanassis Kampagiannis. Die letzte Veranstaltung der Reihe galt der gerichtlichen Aufarbeitung der Ermordung von mindestens sechs Roma durch Neonazis 2008/09 in Ungarn, über die Eszter Hajdú einen Dokumentarfilm gedreht hat. Auf den Podien der ungewöhnlich gut besuchten Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) und NSU-Watch stattfanden, sorgten unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Nebenklage im Münchner NSU-Prozess dafür, dass Parallelen, Unterschiede und mögliche Schlüsse aus dem zum Teil vernetzten Agieren europäischer Rechtsterroristinnen und -terroristen herausgearbeitet werden konnten. Krönender Abschluss der Reihe war die Speakers' Tour «NSU-Terror, Staat und Aufklärung» Ende Juni 2015: Die türkische Delegation, bestehend aus den Publizisten Tanil Bora und İsmail Saymaz sowie der Sozialwissenschaftlerin Yasemin İncoğlu, berichtete über ihre Wahrnehmung des NSU-Prozesses und stellte einen Bezug zu ihren Erfahrungen mit dem «Tiefen Staat» in der Türkei her. Die jeweils überfüllten Veranstaltungen fanden an ungewöhnlichen Orten statt: in München an den Kammerspielen, in Köln am Schauspiel und in Berlin am Maxim-Gorki-Theater.



Amazon-Beschäftigte aus Deutschland, Polen und Spanien trafen sich am Rande einer von der Stiftung organisierten Veranstaltung im Oktober 2015 in Berlin.

«SOLIDARITÄT ÜBER GRENZEN HINWEG»

ZUR EUROPÄISCHEN VERNETZUNG VON AMAZON-BESCHÄFTIGTEN

Mit einem Umsatz von mehr als 107 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 ist Amazon der unangefochtene globale Marktführer der boomenden E-Commerce-Branche. Der Konzern, eine Mischung aus Einzelhändler, Logistiker, Internetplattform, Technologieunternehmen, Anbieter von Musik- und Video-streaming-Diensten, Filmproduzent, Zeitungsverlag (*Washington Post*) und IT-Gerätehersteller, beschäftigt weltweit mehr als 183.000 Menschen, vor allem im Niedriglohnbereich. In Europa betreibt Amazon insgesamt 30 Distributionszentren, davon neun in Deutschland, dem wichtigsten Markt außerhalb der USA. Knapp 5,8 Milliarden Euro setzte Amazon 2013 in Deutschland um.

Die Organisation der Lohnarbeit bei Amazon zeichnet sich dadurch aus, dass technische Mittel und autoritäre Führungsmethoden zur permanenten Überwachung und Optimierung menschlicher Arbeit eingesetzt werden. Dabei steht die nahezu religiös vertretene Team-Ideologie in scharfem Kontrast zur tatsächlichen Atomisierung der Beschäftigten, dem hohen Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse und dem systematischen Rückgriff auf eine «prekäre» Reservearmee.

Seit März 2013 streikt ver.di bei Amazon in Deutschland für einen am Einzelhandel orientierten Tarifvertrag. Doch bisher konnte der Konzern die meisten Streikfolgen umgehen, indem etwa Aufträge einfach im benachbarten Ausland bearbeitet wurden. Um international agierenden Unternehmen die Internationalisierung der Arbeitskämpfe entgegenzusetzen, unterstützte der Arbeitszusammenhang «Solidarität entlang transnationaler Produktionsketten» der Rosa-Luxemburg-Stiftung im vergangenen Jahr gezielt die Bildungs- und Vernetzungsarbeit der europäischen Amazon-Beschäftigten. Höhepunkte stellten dabei die Podiumsdiskussion «Solidari-

tät über Grenzen hinweg» am 3. Oktober 2015 in der ver.di-Zentrale in Berlin und das sich anschließende «interne» Vernetzungstreffen am 4. Oktober dar, bei dem sich mehr als 50 Beschäftigte der deutschen Amazon-Standorte sowie ver.di-Betreuungssekretäre und -sekretärinnen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Polen und Spanien austauschten.

Das Podium mit Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Maria del Rosario García Sánchez von den Comisiones Obreras (CC.OO) in Spanien, Kacper Stachowski von der polnischen NSZZ Solidarność und Christian Krähling, ver.di-Vertrauensmann bei Amazon im hessischen Bad Hersfeld, diskutierte darüber, wie die europäischen Amazon-Beschäftigten die Einschränkungen ihre Rechte gemeinsam überwinden können. Die Veranstaltung knüpfte gezielt an die bestehende Vernetzungsarbeit an. Mit dem Besuch von Maria del Rosario García Sánchez konnte nun auch die spanische CC.OO in das europäische Netzwerk integriert werden, das unter dem Dach von UNI Global Union Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der französischen CGT, der britischen GMB und der tschechischen OSPO mit ver.di und Solidarność zusammenbringt.

Bereits Ende September 2015 hatte das 4. UNI-Amazon-Vernetzungstreffen am Rande des ver.di-Bundeskongresses in Leipzig stattgefunden. Ausgerichtet worden war es mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung und erstmals auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am 2. und 3. Oktober hatte zudem die Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Ratschlag «Amazon – Strategien für «gute Arbeit» und Tarifbindung» eingeladen. Um den kontinuierlichen Arbeitskampf der Amazon-Beschäftigten zu dokumentieren und auszuwerten, gab die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie in Auftrag, die unter dem Titel «Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten» im November 2015 erschienen ist (mittlerweile in der 2. Auflage) und in der betrieblichen wie politischen Bildungsarbeit sehr breit rezipiert wird. Sie steht – wie alle Publikationen der Stiftung – online zum Download zur Verfügung.

BUNDESWEITE ARBEIT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet seit vielen Jahren aktiv in allen 16 Bundesländern. Dort findet ein wichtiger Teil der politischen Bildungsarbeit in enger Kooperation mit den Landesstiftungen statt: Im Jahr 2015 waren es fast 2.200 Veranstaltungen mit rund 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mit ihrem Angebot wendet sich die Stiftung sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an eine breite Öffentlichkeit. Die Landesstiftungen kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften oder anderen Bildungsträgern und arbeiten auch länderübergreifend zusammen.

Auf lokaler Ebene organisieren in Flächenländern wie Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen Rosa-Luxemburg-Clubs die vielfältigen Bildungsangebote. Dort, gemeinsam mit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Partnerorganisationen und -gruppen, konkretisiert sich die Bildungsarbeit «vor Ort». Ein bedeutender Anteil der umfangreichen Arbeit in den Bundesländern wird ehrenamtlich geleistet.

Der Bereich Bundesweite Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert die Zusammenarbeit der Stiftungsbereiche mit den Regionalbüros und Landesstiftungen. Finanziert wird die Arbeit der Landesstiftungen teils durch Zuwendungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, teils durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel eingesetzt werden.

Mit insgesamt fast 400 Veranstaltungen lag 2015 ein Schwerpunkt auf antifaschistischen und antirassistischen Themenstellungen. Diese wurden sowohl erinnerungspolitisch, als auch aktuell in der Auseinandersetzung mit dem Erstarken rechtsradikaler und rechtspopulistischer Kräfte in Deutschland und mit dem Rechtsterrorismus des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) aufgegriffen. Der europäischen und der internationalen Politik widmeten sich über 400 Veranstaltungen. Mit der Zunahme bewaffneter Konflikte in vielen Weltregionen und möglichen Auswegen befassten sich rund 150 Veranstaltungen, mit aktuellen Aspekten europäischer Politik, insbesondere der Griechenland- und der Eurokrise, und dem Themenkomplex Flucht und Asyl jeweils etwa 90 Veranstaltungen. Weitere wichtige Themen waren Kapitalismuskritik/Alternativen, Demokratieentwicklung und Fragen des sozialökologischen Umbaus. Ergänzt wurden diese Schwerpunkte durch ein vielfältiges Angebot zu wirtschafts-, sozial- und genderpolitischen Fragen, zu philosophischen und gesellschaftstheoretischen sowie zu kulturell-künstlerischen Themen. Der Frauenanteil unter den Teilnehmenden lag bei etwa 40 Prozent, der Anteil der unter 30-Jährigen bei rund 30 Prozent.

Im Folgenden werden einige der Highlights unter den Bildungsveranstaltungen der Landesstiftungen aus dem Jahr 2015 dokumentiert.





Thema einer Tagung in Stuttgart: Was kommt nach dem «Sommer der Migration»?



Die Stiftung war Hauptorganisatorin des «Gipfels der Alternativen» in München.

BADEN-WÜRTTEMBERG

TAGUNG ZU WILLKOMMENSKULTUR UND ABSCHIEBEREGIME

Das Jahr 2015 stand in ganz Europa im Zeichen umfassender Flucht- und Migrationsbewegungen und des gesellschaftlichen Umgangs mit den hieraus resultierenden Herausforderungen. Während die offizielle Politik zwischen dem freundlichen Gesicht eines «humanitären Imperativs» des «Wir schaffen das» und Verschärfungen des Asylrechts hin- und herschwankte, zeigte die Zivilgesellschaft, dass die Menschen in Deutschland auch zu Solidarität und praktischer Hilfe in der Lage sind.

In Baden-Württemberg haben knapp drei der 10,6 Millionen dort lebenden Menschen einen sogenannten Migrationshintergrund. Nichts lag also näher, als Ende des Jahres in Stuttgart eine Tagung (Titel: «Willkommenskultur, Ausgrenzung, Abschieberegime») durchzuführen, mit der Absicht, die Flüchtlingspolitik in Deutschland und Baden-Württemberg einer Analyse und Kritik zu unterziehen und die in diesem Politikfeld Engagierten miteinander zu vernetzen. Wichtig war uns dabei, den Fokus auf die kommunale Ebene zu legen und zu fragen, was dort getan werden kann, um Geflüchtete zu unterstützen und der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. In zahlreichen Arbeitsgruppen tauschten sich die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber aus, wie das Zusammenleben auf lokaler Ebene sinnvoll und sozial gestaltet werden kann. Wie können Kommunen das Problem des knappen Wohnraums lösen? Wie unterstützt man die Kinder von Flüchtlingen in ihrem Lerneifer, damit sie gute Berufs- und Zukunftschancen haben? Was tun wir, damit benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt nicht noch stärker in Konkurrenz getrieben werden?

Der Austausch über diese Fragen und die weitere Vernetzung aller im Feld der Flüchtlings- und Migrationspolitik Tätigen werden auch in Zukunft wichtige Aufgabenfelder in der politischen Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg sein.

BAYERN

GIPFEL DER ALTERNATIVEN

Anfang Juni 2015 tagten die G7-Staaten im oberbayerischen Schloss Elmau. Bereits ein Jahr zuvor hatte sich die Gruppe «Stop G7 Elmau» gegründet, um eine Gegenveranstaltung zu organisieren. Am 3./4. Juni 2015 fand der «Gipfel der Alternativen» in München statt. Ungewöhnlich, jedoch sehr bereichernd war die spektrenübergreifende Zusammenarbeit im Vorfeld des Gipfels: Insgesamt 38 Organisationen – große und kleine NGOs, Mitglieder der Gewerkschaftsjugend sowie Angehörige von Stiftungen und Parteifractionen – waren an der Programmplanung und -gestaltung beteiligt. Der Kurt-Eisner-Verein – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern fungierte als Hauptorganisatorin des Gipfels.

Themenschwerpunkte des Gipfels waren die globalen Machtverhältnisse, aktuelle Kriege und Militarisierung, Freihandel, Klimawandel und Klimakrise, globale Gesundheitspolitik, der übermächtige Einfluss von Konzernen in Bezug auf Landwirtschaft, Ernährung und Menschenrechte, Flucht und Asyl, Meeresschutz, Stärkung von Frauen, Austeritätspolitik, Finanzmärkte und öffentliche Schulden. 66 Referentinnen und Referenten aus 19 Nationen konnten für den Gipfel gewonnen werden, unter ihnen die Ökonomin Jayati Ghosh, der bekannte Globalisierungskritiker Jean Ziegler und der ehemalige italienische Partisan Adelmo Cervi. Insgesamt nahmen mehr als 1.000 Interessierte am Alternativgipfel teil; fast 40 Prozent von ihnen waren unter 30 Jahren.

Der Gipfel wurde nicht nur von einem großen Medieninteresse, sondern leider auch von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet. Die Polizei ging so repressiv gegen die Demonstrierenden vor, dass unter anderem das Programm im Protestcamp in Garmisch-Partenkirchen nur eingeschränkt stattfinden konnte. Als (selbst-)kritische Bilanz muss angemerkt werden, dass eine radikale Perspektive auf die Politik der G7 auf dem Alternativgipfel zu wenig Raum erhielt. Zukünftig wird darauf zu achten sein, solche Perspektiven und Spektren stärker einzubinden.



Stimme des jungen Feminismus: Laurie Penny (Bildmitte) im Berliner Club SO36

BERLIN

«UNSAGBARE DINGE. SEX, LÜGEN UND REVOLUTION»

Ein Highlight der Arbeit von Helle Panke e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin war 2015 die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Laurie Penny, einer der wichtigsten Stimmen des jungen Feminismus. Als sie uns im Oktober 2012 zum ersten Mal besuchte, diskutierten wir ihre Thesen zum sexualisierten Umgang mit Frauen und ihrem Körper in der Öffentlichkeit noch in einem recht eingeschworenen Kreis von Feministinnen in einer kleinen Buchhandlung in Berlin-Prenzlauer Berg. «Fleischmarkt» hieß damals ihre erste Veröffentlichung auf Deutsch. Drei Jahre später kann man fast schon von einer Art Medien-Hype um die Autorin und Bloggerin aus London sprechen. Dementsprechend strömten am 17. Juni 2015, als wir erneut zusammen mit ihrem deutschen Verlag Nautilus, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem *Missy Magazin* zu einer Veranstaltung mit ihr einluden, über 440 interessierte Frauen, Inter, Trans und Männer in den Kreuzberger Club SO36. Der Anlass für unser abermaliges Zusammenkommen war diesmal ihre neue Textsammlung, ins Deutsche übertragen von Anne Emmert, über «Unsagbare Dinge: Sex, Lügen und Revolution». Gemeinsam mit Laurie Penny diskutierte die Redakteurin Stefanie Lohaus vom *Missy Magazin* über die allgegenwärtige Misogynie der Medien, über die Entsolidarisierung unter Frauen und die Notwendigkeit eines feministischen Standpunkts, den es am Arbeitsplatz, unter Nachbarinnen und in der Bahn täglich braucht, um Diskriminierungen und Gewalt gegen Frauen und LGBT zu desavouieren.

Laurie Penny hielt ein großes Plädoyer gegen den Machismus, der Andersdenkende, Schwache, Schüchterne und Unangepasste nicht duldet, sie verhöhnt und missachtet. Sie plädierte für einen Feminismus, dem es um Gerechtigkeit und Gleichheit geht, aber auch um Freiheit für alle: um die Freiheit zu sein, wer wir sind, zu lieben, wen wir wollen, neue Genderrollen zu erfinden und stolz gegenüber jenen aufzutreten, die uns diese Rechte verweigern wollen.



Das Theater Neue Bühne Senftenberg: Schauplatz von «Provinz versus Provinzialität»

BRANDENBURG

WELTGESCHICHTE UND GESCHICHTEN AUS DER PROVINZ

Im Juni 2015 veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg die fünfte und letzte Kulturkonferenz der Reihe «Provinz versus Provinzialität» am Theater Neue Bühne Senftenberg. Sie folgte dem bewährten Prinzip, Thema und Ort organisch miteinander zu verbinden, theoretische Reflexionen und praktische Erfahrungen aus der «Provinz» in einen Dialog zu bringen und Theater-, Musik- und Tanzauführungen sowie Ausstellungen und Lesungen als integrale Bestandteile anstatt als «kulturelle Umrahmungen» zu verstehen. Das Einbeziehen des Sorbischen/Wendischen stellte dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nahmen die vielfältigen Angebote der Kulturkonferenz wahr.

2011 war die Reihe mit dem Thema «Kulturelle Substanz im ländlichen Raum» am Theater am Rand im Oderbruch eröffnet worden, 2012 folgten «Pisa-Schock» und musische Bildung» im Deutsch-Sorbischen Volkstheater Bautzen, 2013 «Grenzen – Grenzüberschreitung – (Inter)Kulturelle Bildung» in den Uckermärkischen Bühnen Schwedt/Oder und 2014 «Welt anschauen: Räume. Bilder. In Bewegung» im Kunstmuseum Dieselkraftwerk Cottbus.

Die Kulturkonferenz 2015 thematisierte «Weltgeschichte und Geschichten aus der Provinz» und fand mit Heiner Müllers «Germania 3. Gespenster am toten Mann» in der Inszenierung von Manuel Soubeyrand ihren Abschluss. Dabei folgte die Konferenzdramaturgie in einem wesentlichen Punkt dem Heiner-Müller-Stück, nämlich Geschichtsbetrachtung als Collage zu versuchen. So wurden der 70. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der 25. Jahrestag des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten aus eher ungewohnter Perspektive beleuchtet – eben aus dem Blickwinkel der «Provinz» und, einer Idee Walter Benjamins folgend, aus der Überzeugung heraus, dass Überlieferung immer wieder neu vom Konformismus befreit werden muss.



Snowden zeigt: Sicherheit im Internet ist nicht nur durch Softwareschwachstellen gefährdet.



Die Entwicklung in Griechenland war Thema auf sechs Diskussionsveranstaltungen.

BREMEN

AFTER THE SUMMER OF SNOWDEN

Aus Anlass des zweiten Jahrestages der Veröffentlichung von Geheimstdokumenten durch Edward Snowden lud die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen am 12. Juni 2015 zu einer Diskussionsveranstaltung und anschließenden Vorführung des Dokumentarfilms «Citizenfour» ein. Ihr folgten etwa 300 Interessierte in den Garten des Berliner Technoclubs About Blank. Als Gäste waren Jacob Appelbaum, Journalist und Internetaktivist, und Sarah Harrison, Wikileaks-Aktivistin und Unterstützerin von Edward Snowden, eingeladen.

Leitfrage der Debatte war: Was folgt aus der Aufdeckung der weltweiten Totalüberwachung? Gleich zu Beginn wurden die unterschiedlichen Perspektiven auf den Umgang mit den Snowden-Leaks in Deutschland sichtbar. Einerseits verhinderte die Strategie des «Aussitzens» der Großen Koalition und der Sicherheitsapparate eine tief greifende öffentliche Debatte zum Thema Überwachung. Appelbaum und Harrison betonten demgegenüber, dass mit dem NSA-Untersuchungsausschuss zumindest eine parlamentarische Aufarbeitung der politischen Konsequenzen aus den Enthüllungen von Snowden begonnen habe und die Transparenz hinsichtlich staatlicher Überwachung in Deutschland relativ hoch sei. «Euer Staat», so Appelbaum, «schützt euch nicht. Aber immerhin sagt man euch das.»

Auch die deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere der Bundesnachrichtendienst (BND), kooperierten eng mit den US-amerikanischen Geheimdiensten, würden in Rechtsfragen von diesen beraten und griffen selbst auf deren Überwachungsprogramme zurück. Im Gegenzug leiste der BND Amtshilfe durch die Übergabe von Daten für den weltweiten Drohnenkrieg des US-Militärs, während die Bundesregierung die Steuerung der Drohnen durch den US-Stützpunkt Ramstein toleriere. Appelbaum forderte diesbezüglich ein aktives Eingreifen gegen die Tötungspolitik der USA: «Warum stellt ihr denen nicht das Wasser oder den Strom ab?»

HAMBURG

«CHANGE! EUROPE! SOLIDARITY!»

Das Jahr 2015 begann mit einem Paukenschlag: Am 25. Januar gewann Syriza die griechischen Parlamentswahlen. Alexis Tsipras wurde neuer Ministerpräsident und kündigte ein ehrgeiziges Reformprogramm an: eine Absage an die neoliberale Austeritätspolitik und den klientelistisch strukturierten Kapitalismus. Die Finanzmärkte und herrschenden politischen Kräfte reagierten mit massivem Druck. Tsipras sah sich gezwungen, ein drittes Memorandum zu akzeptieren. Nun muss die im September wiedergewählte Linksregierung notgedrungen eine als falsch erkannte Sparpolitik umsetzen und gleichzeitig nach Alternativen suchen.

Auf sechs Diskussionsveranstaltungen reflektierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg gemeinsam mit zahlreichen Interessierten diese Entwicklung. Bereits zwei Wochen nach dem Wahlerfolg im Januar debattierten Gregor Kritidis und Paraskevi Grekopoulou die Aussichten auf einen grundlegenden politischen Wandel. Während Syriza die Brüsseler Bühne betrat, beschäftigte sich Babis Agrolabos, Athener Journalist und Mitarbeiter der *Zeitung der Redakteure*, mit der Geschichte dieses besonderen Partei- und Bewegungsprojekts. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Zukunft Griechenlands kamen prominente Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerkschaften, Kirche und Wissenschaft zusammen und zeigten sich solidarisch mit den dortigen Kämpfen. Vor dem Hintergrund der deutschen Reparationsschuld gegenüber Griechenland unterstrich der Historiker Karl Heinz Roth den politischen Zynismus, der den Forderungen der Schuldner innewohnt. Der Kampf in Spanien gegen die Austeritätspolitik war Thema einer Veranstaltung mit dem Schriftsteller Raul Zelik, zum Abschluss der Veranstaltungsreihe zog der Berliner Journalist Stephan Kaufmann unter dem Titel «Sieg der Erpressung» ein kritisches Resümee. Nicht immer gelingt es politischer Bildung, aktuelle Entwicklungen so unmittelbar zu reflektieren.



Armenierinnen und Armenier auf dem Weg in ein Gefangenenlager, April 1915

HESSEN

100 JAHRE LEUGNUNG DES GENOZIDS IN DER TÜRKEI

Die von dem hessischen und dem rheinland-pfälzischen Landesbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Redaktion der Zeitschrift *Infobrief Türkei* gemeinsam organisierte Veranstaltung anlässlich des 100. Jahrestags des Völkermords an den Armenierinnen und Armeniern stellte das Überleben – trotz systematischer Diskriminierung und der offiziellen Leugnung des Genozids – in den Vordergrund. Sie war bewusst in den Monat November gelegt worden.

Die Historikerin Talin Suciyan referierte zum Thema «Türkei als Topographie des Völkermordes – Postgenozidhabitus der Leugnung». Im Zentrum ihrer Forschungen stehen mündliche Überlieferungen zum Völkermord und zur anschließenden Emigration. Es sei Armenierinnen und Armeniern trotz des Vertrags von Lausanne nicht möglich gewesen, außerhalb von Istanbul Schulen zu betreiben. Viele von ihnen wurden in den Jahren zwischen 1930 und 1950 aus den ländlichen Gebieten vertrieben und mussten ins Ausland emigrieren. Zwangsislamisierungen und Diskriminierungen hätten dazu geführt, dass auch in den 1960er Jahren viele Armenierinnen und Armenier die Türkei verließen. Der Vorwurf der «Verunglimpfung des Türkentums» sei als juristische Waffe gegen sie und andere Christinnen und Christen eingesetzt worden. Die *Infobrief*-Redaktion wiederum machte den bis heute anhaltenden starken Widerstand gegen die Anerkennung des Genozids zum Thema und legte dar, wie mit der Praxis der Assimilierung und der Verdrängung der Gräueltaten auf gewisse Weise der Genozid fortgesetzt wird. So ist es derzeit in der Türkei, die sich unter der gegenwärtigen AKP-Regierung immer mehr in Richtung einer Diktatur entwickelt, extrem schwierig, gegen die Leugnung des Völkermords, der ja nachweislich ein kollektives Verbrechen darstellt, vorzugehen. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse, nicht nur aufseiten von Armenierinnen und Armenier, und ist ein gutes Beispiel dafür, wie mit einer «offenen Wunde» methodisch und didaktisch angemessen umgegangen werden kann.



Gruppenbild mit Damen vor der Uni Rostock, aufgenommen im Juli 1988

MECKLENBURG-VORPOMMERN

ABBRÜCHE – UMBRÜCHE – AUFBRÜCHE

Die «politische Wende» 1989 war für die Universität Rostock eine deutliche Zäsur. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung lud ein Vierteljahrhundert danach am 1. April 2015 zu einem Kolloquium in deren Aula ein, um mit Zeitzeugen und Interessierten über die damaligen Ereignisse und deren Folgen zu sprechen. In welchem Klima fand die Umgestaltung statt, welche Auswirkungen hatte sie auf die Situation der Lehrenden? Wo gab es Kontinuität, wo gab es Erneuerung? Und ist die Zeit reif für eine historische Bewertung?

Offenkundig gab es zu diesen und anderen Fragen großen Diskussionsbedarf: Es nahmen an der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern über 100 Personen teil, darunter der gegenwärtige Rektor der Universität, Wolfgang Schareck, drei seiner Vorgänger sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fast aller Fachbereiche. Ex-Rektor Gerhard Maeß, Wolfgang Methling und Sybille Bachmann leiteten das Kolloquium ein und setzten die thematischen Schwerpunkte: die politische Rahmensetzung durch den Einigungsvertrag und die zentrale Steuerung der Prozesse durch den Wissenschaftsrat und andere Gremien, den Aufbruch und Umbruch der demokratischen Selbstverwaltung, die Ehren-, Überleitungs- und Übernahmekommissionen, die fachliche Evaluierung sowohl von Fachbereichen als auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Übernahme und Nichtübernahme von Personal sowie die beruflichen Wege der «Abgewickelten». Diese Punkte wurden in verschiedenen Redebeiträgen zum Umgestaltungsprozess in den Fakultäten und Fachbereichen aufgegriffen und zur ausführlichen Diskussion gestellt. Der mit den Vorbereitungen ihres 600. Gründungsjubiläums beauftragte Historiker Kersten Krüger bewertete das Kolloquium als einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsschreibung der Alma Mater Rostochiensis – keine Einzelmeinung, wie nicht zuletzt das große Interesse an dem im September veröffentlichten Tagungsband verdeutlicht.



Damit Programme Realität werden: Wie lässt sich linke Politik in den Kommunen umsetzen?

NIEDERSACHSEN

ZERTIFIZIERTE KOMMUNALPOLITIK

Zusammen mit dem Linken Kommunalpolitischen Forum Niedersachsen e. V. bot die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen im Jahr 2015 die Seminarreihe «Grundlagen emanzipatorischer Kommunalpolitik» an. Die Nachfrage war enorm: Unter der Leitung von ehrenamtlichen Referentinnen und Referenten fanden daraufhin in 13 niedersächsischen Städten solche Weiterbildungskurse statt, an denen insgesamt 200 Personen teilnahmen. Alle erhielten zum Abschluss ein Zertifikat.

Kommunalpolitisch ambitionierte Menschen bekamen die Chance, sich zusammen mit erfahrenen Personen aus der lokalen Politik mit verschiedenen Aspekten linker Themen und alternativer Projekte und Ansätze in den Kommunen auseinanderzusetzen. Dabei standen der soziale Wohnungsbau, ein solidarisch finanzierter öffentlicher Personennahverkehr, Bildung für alle und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Mittelpunkt. Neben der Vermittlung von Grundlagenwissen ging es auch darum, linke Strategien kollektiv weiterzuentwickeln, mit dem Ziel, das Leben in den Gemeinden für alle Menschen bezahlbar und lebenswert zu gestalten und darüber hinaus die Voraussetzungen für eine emanzipatorische, linke Kommunalpolitik in Niedersachsen zu schaffen.

Die Seminare boten nicht nur wichtige inhaltliche Anregungen und Diskussionen, sie thematisierten ebenfalls Fragen der Umsetzbarkeit linker Politik unter der gegenwärtigen schwierigen Haushaltslage vieler Kommunen und den Restriktionen einer nicht beeinflussbaren Rahmengesetzgebung. Damit verknüpft war auch die Frage, wie (neue) Bündnispartnerinnen und -partner gefunden werden können. Die erfolgreiche Seminarreihe wird 2016 fortgesetzt. Dabei soll an dem Prinzip festgehalten werden, die Kurse vor Ort, das heißt direkt in den Gemeinden, anzubieten, um somit den Zugang zu erleichtern. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren durchweg positiv. Kommunalpolitische Bildung wird ein zentraler Aspekt der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen bleiben.



Mit dabei in Bochum: Walther Müller-Jentsch, Christoph Jünke und Frank Deppe (v.l.n.r.)

NORDRHEIN-WESTFALEN

ZU EHREN VON VIKTOR AGARTZ (1897–1964)

Zusammen mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut, dem Institut für soziale Bewegungen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen am 17. Januar 2015 in Bochum zu einer Konferenz anlässlich des 50. Todestags von Viktor Agartz ein. Als Gewerkschaftspolitiker, heimatloser Linker der Nachkriegszeit und schließlich Leiter des vom DGB gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts war er für eine sozialistische Wirtschaftsdemokratie eingetreten. Agartz hatte Mitbestimmungskonzepte als Mitverwaltung des Kapitalismus kritisiert und war dadurch auch mit Teilen des DGB und der SPD in Konflikt geraten.

An der Konferenz nahmen etwa 100 Interessierte teil. Ziel war es, Agartz' Thesen historisch zu prüfen und nach ihrer Aktualität zu fragen sowie zu diskutieren, vor welchen strukturellen und konjunkturellen Problemen emanzipatorische Bewegungen, vor allem die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, heute stehen. Im Anschluss an die Grußworte von Stefan Berger (Institut für soziale Bewegungen), Iris Bernert-Leushacke (Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW) und Guntram Schneider (Arbeitsminister von NRW) stand zunächst die Person Viktor Agartz im Vordergrund. Der zweite Teil der Konferenz widmete sich den Themen Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in Form eines Streitgesprächs zwischen dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Walther Müller-Jentsch und dem Politikwissenschaftler Frank Deppe sowie eines Vortrags von Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten (beide vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut). Den Abschluss bildete ein Podiumsgespräch zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Problemen mit Klaus Barthel (MdB SPD), Jutta Krellmann (MdB DIE LINKE), Mag WompeL (LabourNet Germany) und Thorsten Schulten (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut). Reader, Zeitungsberichte und Videomitschnitte der Konferenz sind auf der Stiftungs-Webseite verfügbar.



Port Bou: Eingang zur Gedenkstätte für Walter Benjamin



Ralph Schock vom Saarländischen Rundfunk leitete die Literarische Wanderung

RHEINLAND-PFALZ

WALTER BENJAMIN – VOM ENDE DER GESCHICHTE HER

Das Denken Walter Benjamins ist ein wichtiger Bezugspunkt linker Geschichtspolitik. Um sich seiner Kritik hegemonialer Formen der Geschichtsschreibung anzunähern, veranstaltete das Regionalbüro der Stiftung in Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem Institut Français Mainz am 23. und 24. Oktober 2015 eine zweitägige Fachtagung. Ausgangspunkt aller Beiträge waren die geschichtsphilosophischen Thesen Benjamins, die zum ersten Mal 1942 in einem Sonderheft der *Zeitschrift für Sozialforschung* veröffentlicht worden waren, nachdem Benjamin sich 1940 auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus das Leben genommen hatte. In einem einleitenden Vortrag stellte Gérard Raulet Benjamins Text «Über den Begriff der Geschichte» in seinem biografischen und historischen Kontext vor. Das hohe Maß an künstlerischer Expressivität dieses Textes und den theoretischen Anspruch, den Benjamin an die ästhetische Dimension knüpfte, können an seiner Auseinandersetzung mit Paul Klee gut nachvollzogen werden, wie Gregor Wedekind im Anschluss darstellte. An Frank Voigts Untersuchung zu Benjamins Analyse der Zeitschrift *Die neue Zeit*, die das Konzept seines historischen Materialismus zeitgenössisch verdeutlicht, schloss sich eine Kontroverse über ein positiv utopisches Geschichtsdenken einerseits und ein negativ kritisches andererseits an. Marcus Hawel problematisierte Benjamins Verständnis der Revolution vor dem Hintergrund der marxistischen Theoriedebatte. Dem stellte Caroline Heinrich den kontinuierlichen Prozess historischer Unterdrückung gegenüber, der im Begriff der Opfer kulminiere. Thomas Schröder untersuchte die Überschneidungen zwischen Sigmund Freuds Text «Der Mann Moses und die monotheistische Religion» mit Benjamins Überlegungen. Abschließend stellte Heike Demmel die App «historia viva: Walter-Benjamin» vor, die an elf Stationen zu Benjamins Leben und Werk – zur Flucht vor dem Nationalsozialismus, zu Exil, Fluchthilfe und zum Grenzort Portbou – Texte, O-Töne, Bilder und Videos präsentiert.

SAARLAND

AUF DEN SPUREN ALFRED DÖBLINS

«Mit den Ohren haben wir die Schlachten um Verdun hier mitgekämpft.» Mit diesen Worten hielt Alfred Döblin 1916 seine «Fronterlebnisse» resigniert fest. Dabei hatte sich der Berliner Psychiater und Autor, der später mit seinem Roman «Berlin Alexanderplatz» große Popularität erlangen sollte, zunächst freiwillig für den Kriegsdienst gemeldet. Die Jahre 1915 bis 1917 verbrachte er als Militärarzt in einem Lazarett im lothringischen Saargemünd, knapp 150 Kilometer von Verdun entfernt. Die dortigen Erlebnisse übten offensichtlich eine traumatisierende Wirkung auf ihn aus.

Dieser Aufenthalt am Zusammenfluss von Saar und Bliès – heute Grenzflüsse zwischen Frankreich und Deutschland – war Thema einer im August 2015 von der Peter-Imandt-Gesellschaft organisierten literarischen Wanderung, die mit 50 Teilnehmenden sehr gut besucht war. Geleitet wurde sie von Ralph Schock, Literaturwissenschaftler, Autor und Redakteur beim Saarländischen Rundfunk. Startpunkt war der Ritterhof, ein ehemaliges Weingut und Lieblingslokal Döblins. An verschiedenen Stationen wurde aus Döblins Briefen und Novellen vorgelesen. «Nun sitze ich in diesem lothringischen Nest», beschwerte er sich und geriet mit seinen Vorgesetzten wegen der schlechten medizinischen Versorgung und Ernährung in heftigen Streit. Nach seiner anfänglichen Kriegsbegeisterung schwanden Döblins patriotische Gefühle und er erlitt eine Nervenkrise.

Die Wanderung, die sich mit diesem Wandel des Schriftstellers vom Vaterlandsfreund zum Kriegsgegner beschäftigte, führte nach sechs Kilometern zum Ausgangspunkt zurück. Unter den alten Kastanienbäumen des Ritterhofs fiel es schwer, sich vorzustellen, wie damals Kriegsgeräusche in das idyllische Tal gedrungen waren und das Bewusstsein so vieler Menschen verändert hatten. Auf Initiative der Imandt-Gesellschaft hat die Gemeinde Kleinblittersdorf sieben Infotafeln entlang der Strecke aufstellen lassen, die zweisprachig von der komplizierten Beziehung Döblins zu diesem historischen Ort berichten.



Pegida & Co schüren gezielt im Netz politische Stimmungen und Hass.



Eva von Angern (DIE LINKE) im Gespräch mit Autorin Adriana Altaras (r.)

SACHSEN

SOZIALE MEDIEN UND RECHTE MOBILISIERUNG

Nicht erst seit Pegida ist klar, dass das Internet für die Verbreitung rassistischer und menschenverachtender Inhalte von großer Bedeutung ist. In Sachsen hat sich die Situation gerade im letzten Jahr erheblich zugespitzt: Zahlreiche Flüchtlingsunterkünfte brannten, und engagierte Menschen, darunter Journalisten und linke Politikerinnen, wurden immer wieder bedroht und angegriffen. Um die Problemlage zu analysieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, kamen Anfang Dezember 2015 auf Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen etwa 50 Interessierte in den Räumen des Kulturforums Dresden zusammen.

Simone Rafael, Chefredakteurin von *Netz-gegen-Nazis.de* der Amadeu Antonio Stiftung, schilderte, wie Rechte im Netz politische Stimmungen schüren und Hetze betreiben. Ihr Fazit: «Rechte nutzen soziale Medien intensiv und strategisch.» Der Blogger und Politikberater Martin Fuchs wies darauf hin, dass die sozialen Medien sichtbar machen, was in den Köpfen vorgeht. Besonders besorgniserregend ist für ihn das Auseinanderdriften gesellschaftlicher Gruppen in völlig voneinander getrennte Informationswelten. Wie der Mitteldeutsche Rundfunk in seinen Online-Angeboten mit Hasskommentaren umgeht, stellte Gunter Neumann, Leiter der Online- und Social-Media-Redaktion beim MDR, vor. Dass viele Menschen mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit großen Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr erreicht würden, benannte er als großes Problem. Man müsse dringend über Strategien nachdenken, um diese Entwicklung zu stoppen. Aus der Sicht eines Betroffenen schilderte Silvio Lang eindrücklich, wie es sich anfühlt, in sozialen Medien bedroht und beschimpft zu werden. Zum Glück bleibe es in der Regel bei Drohungen und Einschüchterungen, er werde sich dadurch nicht unterkriegen lassen. Durch die Diskussion führte Peter Stawowy vom Flurfunk Dresden. Eine Filmdokumentation der Veranstaltung ist auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen abrufbar.

SACHSEN-ANHALT

LESUNG MIT ADRIANA ALTARAS

Am 24. September 2015 veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt in der Stadtbibliothek Magdeburg eine Lesung mit Adriana Altaras. Die Autorin, Schauspielerin und Regisseurin las aus ihrem Bestseller «Titos Brille. Die Geschichte meiner strapaziösen Familie» und zog zahlreiche Besucherinnen und Besucher in ihren Bann. Die Moderation des Abends übernahm die Vorsitzende des Landesfrauenrates Eva von Angern (DIE LINKE).

Mit Lebensfreude, Humor und einer bewundernswerten Offenheit erzählte die Autorin über ihr Jüdisch-Sein und ihre Familiengeschichte, die quer durch Europa führt. Gebannt lauschten die Zuhörerinnen und Zuhörer in der vollbesetzten Stadtbibliothek ihren Geschichten, etwa über die jüdische Bestattung ihrer Mutter und das «jüdische Massaker» (die Beschneidung ihres Erstgeborenen). Auch ihr mit «deutschen Tugenden» ausgestatteter «arischer» Ehemann sowie ihr Vater, ein ehemaliger jugoslawischer Partisan, der immer ein Held sein wollte, spielten darin eine bedeutende Rolle. Es war wohl kaum jemand im Raum, der sich der besonderen Ausstrahlung der Autorin entziehen konnte. Denn ihr Umgang mit dem Judentum, das für sie vor allem eine Lebensweise darstellt, ist witzig und kritisch zugleich. Sie macht sich lustig über alte Riten, ohne sich dabei über die Menschen zu erheben. Oft lachte sie über sich, über ihre eigene Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte, mit «hartnäckigen Familiengeheimnissen», mit der Tatsache, dass jeder «Juden nett findet, solange sie Opfer sind». So verwundert es auch nicht, dass ein Kapitel ihres Buches die Überschrift «Der Rabbi in der Alditüte» trägt. Die warmherzige und beschwingte Lesung hat sicherlich ihren bildungspolitischen Zweck erfüllt, im Publikum Sympathie und Interesse für jüdische Kultur und auf den ersten Blick fremd anmutende Traditionen und Gebräuche zu wecken.



Kritik wird notwendig, wenn sich rechte Männer als Opfer stilisieren.



1993 wurden in Bischofferode 700 Kumpel auf die Straße gesetzt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

(R)ECHTE KERLE

80 Interessierte folgten im Mai 2015 der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein und der Kieler Krach AG (einer bewegungsorientierten Veranstaltungsgruppe) zur Diskussionsveranstaltung «Die «Maskulisten». Organisierte Antifeminismus im deutschsprachigen Raum». Der Soziologe Andreas Kemper referierte vor einem überwiegend jungen Publikum (über zwei Drittel der Teilnehmenden waren jünger als 30 Jahre) im alternativen Kommunikationszentrum Alte Meierei in Kiel. Kemper beschrieb die rechte Männerrechtsbewegung als Produkt einer schleichenden Entpolitisierung der bürgerlichen Männerbewegung sowie eines Verschwindens der autonomen Männerszene. Zum Programm von Diskriminierung gehöre es, umgekehrte Diskriminierung zu behaupten. In ihrer eigenen Sicht «verteidige» sich die Männerrechtsbewegung gegen «Genderismus», «PC-Sprachpolizei» und «Gutmenschentum». Anknüpfungspunkte finden sich unter anderem auch beim Antifeminismus des norwegischen Massenmörders Anders Breivik, der von Teilen der antifeministischen Männerrechtsbewegung als Opfer der mit dem Feminismus in Verbindung gebrachten «politischen Korrektheit» gesehen wird. In der sich anschließenden lebhaften Diskussion wurde zum Beispiel auch das Verhältnis der «Männerrechtler» zur Alternative für Deutschland (AfD) zum Thema gemacht und gefragt, inwieweit klassische Argumentationsmuster bei «Maskulisten» eine Rolle spielen.

Die Bildungsveranstaltung der Landesstiftung war kulturell eingebettet in weitere Aktivitäten der Krach AG. Zu Beginn gab es Kaffee und veganen Kuchen, am Abend ein Musikevent in der Alten Meierei. Weit über 50 Prozent der Teilnehmenden waren Frauen. Insgesamt lag der Frauenanteil bei den 82 Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein im Jahr 2015 bei über 51 Prozent. Mehr als 48 Prozent der Teilnehmenden an dem Bildungsprogramm der Landesstiftung waren 30 Jahre und jünger.

THÜRINGEN

DER KAMPF UM BISCHOFFERODE

Ehemals Zentrum des Kalibergbaus, erlangte Bischofferode 1993 traurige Berühmtheit: Die Treuhand setzte im Zuge der Fusion von ost- und westdeutscher Kaliindustrie die Schließung des Bergwerks durch. Die Bergarbeiter leisteten heftigen Widerstand, und es gab aufsehenerregende solidarische Unterstützungsaktionen, die es bis in die Schlagzeilen der Weltpresse schafften. Heute erinnert der Thomas-Müntzer-Kaliverein Bischofferode e. V. in einem kleinen Museum – einst die Betriebsambulanz des Bergwerks – an die Geschichte des Kalibergbaus in der Region seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts.

Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen reiste eine Gruppe von Interessierten im Dezember 2015 dorthin, wo 22 Jahre zuvor die letzte Schicht gefahren worden war und 700 Kumpel ihre Arbeit verloren hatten. Der heute 62-jährige Gerhard Jüttemann, ehemals stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und einer der Hauptinitiatoren des damaligen Widerstands, und sein ehemaliger Kollege Willibald Nebel führten durch die Räume des Museums und veranschaulichten den verzweifelten Arbeitskampf der Kalikumpel um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Im Anschluss an den Rundgang las der Schriftsteller Volker Braun aus seinem Buch «Die hellen Haufen». Darin wird – mit Parallelen zum Bauernkrieg 1524/25 – die Fiktion eines gemeinsamen Aufstands der von der Wende Überrollten gezeichnet. Es bleibt jedoch beim Versuch, der letztlich an der Zögerlichkeit seiner Akteure und an der Brutalität der Ordnung scheitert. Die beeindruckende Reise in die Geschichte des Ausverkaufs eines ostdeutschen Industriestandorts wurde durch einen weiteren Beitrag ergänzt: Der Dokumentarfilm «Der Kali-Krimi» befasst sich auch mit den 20 Jahre später öffentlich gewordenen Zusatzprotokollen der spektakulären Übernahme der ostdeutschen Kaliindustrie durch den Global Player K+S. Er zeigt: Die Kumpel von Bischofferode hatten gegen die Mächtigen keine Chance.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Das Jahr 2015 ging im Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) mit weitreichenden internen Veränderungen einher. Mit einem gemeinsamen Planungsworkshop aller europäischen Büros im Frühjahr wurde der Grundstein für eine Umgestaltung der administrativen Strukturen im ZID gelegt. Seit September arbeiten die Kolleginnen und Kollegen nun in vier großen Regionalreferaten: Europa, Afrika, Asien/Nahost und Amerika/Vereinigte Nationen. Diese Strukturen werden ergänzt durch das Referat für Globale Aufgaben und Sondermittel sowie die Stabsstellen für Planung, Monitoring, Evaluation und Finanzcontrolling.

Für die Arbeit im Ausland stellte die offizielle Eröffnung des Verbindungsbüros in Buenos Aires im Dezember 2015 einen wichtigen Schritt dar. Das neu aufgebaute Ortskraftbüro wird zukünftig die Stärkung des Profils der Stiftung in Ländern wie Argentinien, Chile und Uruguay vorantreiben. Zudem konnte das ZID an den Standorten Delhi, Hanoi, Tel Aviv, Quito, Dakar und Johannesburg neue Außenbüroleitungen begrüßen.

Nach einem starken Anstieg der Mittel und damit auch des Personals im Ausland und in der Zentrale war 2015 in Bezug auf die Projektarbeit ein Jahr der Stabilisierung. Mit rund 19,2 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und etwa 4,1 Millionen Euro vom Auswärtigen Amt konnte die Arbeit in den 18 Auslandsbüros mit mehr als 300 Partnern erfolgreich fortgesetzt werden. Weitere 1,8 Millionen Euro aus sogenannten Klima-Sondermitteln, den Sonderinitiativen «Fluchtursachen bekämpfen», «Eine Welt ohne Hunger», «Middle East und Northern Africa» und der «Transformationspartnerschaft Nordafrika» standen für die Projektarbeit zur Verfügung. Inklusive der Verwaltungskostenzuschüsse belief sich der Haushalt des ZID im Jahr 2015 auf fast 29 Millionen Euro.

So stark wie nie zuvor haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZID entlang der verschiedenen inhaltlichen Themenachsen der Stiftung in die bereichsübergreifenden Projekte in Deutschland eingebracht. Zu nennen sind hier zum Beispiel Veranstaltungen und Publikationen zur Lage in Griechenland, eine Vielzahl von Informationsreisen nach Deutschland oder die öffentliche Veranstaltung zur Auslandsarbeit im Rahmen des 25-jährigen Stiftungsjubiläums. Weitere Meilensteine in dieser Hinsicht waren die internationale Konferenz «Saat Macht Satt» im Mai in Berlin und die Beteiligung an der Bewegungskonferenz «Kampf ums Klima» im April in Köln. Beide Veranstaltungen waren außergewöhnlich gut besucht. Im Dezember 2015 reiste schließlich eine fast 50-köpfige internationale Stiftungsdelegation zum UN-Klimagipfel nach Paris. An den insgesamt elf Veranstaltungen waren acht Auslandsbüros und Partner aus 14 Ländern beteiligt.



Informations- und Bildungsreise zum Thema Migration und Grenzregime nach Tunis: Treffen mit Müttern von Geflüchteten

«DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE REVOLUTION»
 PALÄSTINENSISCH-JORDANISCHE DELEGATION
 ZU BESUCH IN DEUTSCHLAND

Im November 2015 besuchten Sozialpolitikerinnen und -politiker aus Palästina und Jordanien Berlin und Potsdam, um sich drei Tage lang über linke Sozialpolitik auszutauschen. «Deutschland braucht eine Revolution» – das war das Fazit, das Afaf Abuhashhash (Palestinian People’s Party) aus dem Gespräch mit Katrin Schäfgen vom Studienwerk der Stiftung zog, in dem sie von der Verknüpfung von sozialer und Bildungungerechtigkeit in Deutschland erfuhr.

Abuhashhash und andere Partner des Palästina-Büros der Stiftung brachten viele Fragen mit: Wie entstand der Mindestlohn in Deutschland? Wie sieht das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft aus? Wie sind die sozialen Verhältnisse in Ost und West? Was tun die LINKEN und Gewerkschaften für eine radikale soziale Veränderung? Aus den Antworten ergaben sich neue Fragen: So war etwa Mohamad Hussainy (Identity Center, Jordanien) überrascht, als Norbert Reuter (ver.di) für höhere Löhne und gegen den Exportüberschuss in Deutschland argumentierte: «Ist das nicht ein Nachteil für Deutschland?» Bei einem runden Tisch zur Lage in Palästina berichtete Iyad Riyahi (Al Marsad), dass die «Hilfsgelder» keinen sozialen Fortschritt bringen. Voraussetzung hierfür sei zuallererst ein Ende der Besatzung. Statt Milliarden für die Bewahrung des Status quo auszugeben, sollten westliche Staaten Palästina lieber politisch unterstützen.

Da Palästina und Jordanien selbst «Flüchtlingsnationen» sind, war die Delegation sehr an der Situation von Flüchtlingen in Deutschland interessiert. Anregend war dabei der Austausch mit dem Refugee Club Impulse: Hier konnte man sich nicht nur ohne Übersetzung auf Arabisch unterhalten, sondern sich auch von dem Kampfgeist und der Kreativität einer Flücht-

lingstheatergruppe inspirieren lassen, die offensiv für die eigenen Rechte eintritt. So wurde klar: Gemeinsam für die eigenen Interessen zu kämpfen ist das Herz linker Sozialpolitik.

**LINKE POLITIK ENTLANG DER FLUCHTROUTEN
 ÜBER DAS MITTELMEER**

Anlässlich des zweiten Jahrestags der Flüchtlingstragödie von Lampedusa ermöglichte das ZID eine Informations- und Bildungsreise zum Thema Migration und Grenzregime. Mit Aufhalten in Tunis und Palermo führte sie die Teilnehmenden – verschiedene Abgeordnete der LINKEN in Bund und Ländern, unter ihnen auch einige Fraktionsvorsitzende – entlang einer der zentralen Fluchtrouten von Nordafrika über das Mittelmeer nach Europa.

Gespräche mit offiziellen Stellen wie der EU-Kommission und dem UN-Flüchtlingshilfswerk in Tunesien zeigten, dass diese vor allem mit dem Management und der Verhinderung von Migration befasst sind. Demgegenüber vermittelten Treffen mit zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen der Stiftung ein realistisches Bild der Folgen der offiziellen Migrationspolitik: Die Organisationen unterstützen Geflüchtete und Illegalisierte dabei, selbst für ihre Rechte einzutreten, und informieren über sichere Wege nach Europa.

Wie einfach und sicher der Weg über das Mittelmeer sein könnte, machte die Fahrt mit der Fähre spürbar. Das Wissen um die 2.500 Menschen, die 2015 allein auf dieser Route ihr Leben verloren haben, bestärkte die Delegierten in ihrer Forderung nach legalen Einreisemöglichkeiten in die EU.

Der Besuch der verschiedenen Stationen des italienischen Aufnahme- und Abschiebesystems in Sizilien zeigte die Härte, mit der die EU die Geflüchteten nach der lebensgefährlichen Überfahrt empfängt. Einen erfreulichen Gegensatz dazu bot

das dezentrale Unterbringungssystem in Palermo. Es ist Ausdruck der «Charta von Palermo», einem radikalen Manifest, das Leoluca Orlando, Bürgermeister von Palermo, gemeinsam mit dem «Rat der Kulturen» verabschiedet hat und über das er die Delegation ausführlich informierte. Der 3. Oktober, Jahrestag der Katastrophe von Lampedusa, war Anlass, um in einer öffentlichen Veranstaltung an die menschenunwürdigen Auswirkungen des Grenzregimes der EU zu erinnern und Möglichkeiten und die Notwendigkeit linker Alternativen darzustellen.

KOLONIALE STRUKTUREN ÜBERWINDEN

DAS OSTAFRIKA-BÜRO IN DARESSALAM

Willkürliche Landnahme statt Ernährungssouveränität, «Freihandel» statt regionaler Austausch, Verfolgung von Minderheiten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Einschränkung der Medienfreiheit statt Partizipation und Transparenz – diese Beobachtungen einer Delegation der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf ihrer Reise durch Ostafrika vor acht Jahren boten Anlässe genug, sich in der Region zu engagieren. Bereits 2009 wurden erste Projekte initiiert. Mit der Gründung des Stiftungsbüros in Daressalam in Tansania im Jahr 2012 konnte die Arbeit deutlich ausgeweitet werden.

Die verstärkte Nutzung natürlicher Ressourcen und Bodenschätze durch internationale Konzerne führt dazu, dass die lokale Bevölkerung oft ihre Lebensgrundlagen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft verliert, ohne dadurch nachhaltige Vorteile zu erlangen. Vielmehr leidet sie in Bergwerken unter schlechten Arbeitsbedingungen und wird mit Hungerlöhnen abgespeist. Zudem verursacht die schwere Umweltverschmutzung Schäden mit langfristigen Wirkungen. An solchen Brennpunkten setzt die Zusammenarbeit der Stiftung mit Initiativen in der Region an.

Die Organisation Haki Madini etwa kämpft in Tansania für mehr Transparenz und Teilhabe der Bevölkerung an Prozessen zur besseren Regulierung des Bergbaus auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Bei der damit verbundenen Aufklärungs-, Mobilisierungs- und Lobbyarbeit stehen in erster Linie die Stärkung der Interessen der lokalen Bevölkerung gegenüber denen der internationalen Konzerne bei Vertragsverhandlungen im Vordergrund sowie die politische und wirtschaftliche Beteiligung lokaler Gemeinschaften an der Realisierung konkreter Projekte. Die Zusammenarbeit mit den tansanischen Partnern CESOPE und Caritas richtet sich gegen den geplanten Uranabbau, bei dem trotz unzureichender Rechtssicherheit und Kontrollinstanzen Abbaugenehmigungen erteilt werden. In Uganda unterstützt die Partnerorganisation NAPE lokale Gemeinschaften in ihrem Kampf gegen willkürliche Landnahme, Vertreibung infolge der Ölförderung am Lake Albert oder bei Staudammprojekten. Die Gründung von Umweltaktionsgruppen sowie der Betrieb eines Bürgerradios sind hierbei wichtige Instrumente zur Aufklärung und in der öffentlichen Diskus-

sion. Die sozial- und umweltverträgliche Nutzung natürlicher Ressourcen, die Teilhabemöglichkeiten der Bevölkerung an politischen Prozessen und die gerechte Verteilung wirtschaftlicher Erträge werden auch im Jahr 2016 die Themen sein, die die Arbeit der Stiftung in Ostafrika bestimmen.

Zentral bleibt zudem die Frage, wie die Region strukturelle Hindernisse und deren Zementierung seit den Zeiten des Kolonialismus überwinden kann. Nach wie vor bestehen altbekannte Austauschmuster fort: Afrika liefert Rohstoffe, und «alte» Industrieländer sowie neu hinzugekommene sogenannte Schwellenländer liefern Fertigwaren, zunehmend auch Dienstleistungen. Auch das 2014 verabschiedete Economic Partnership Agreement (EPA) zwischen der EU und der ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Zusammen mit ihrem Partner SEATINI in Kenia und Uganda hat die Stiftung den Verhandlungsprozess kritisch begleitet und dabei vor allem für eine Kompetenzerweiterung in den ostafrikanischen Verhandlungskommissionen gesorgt. Dadurch konnte das EPA zwar nicht verhindert, viele Vertragsklauseln aber sozialverträglicher gestaltet werden. In den nächsten Jahren wird es nun darum gehen, Einfluss auf den EPA-Implementierungsprozess zu nehmen, damit Handelsbeziehungen vor allem der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Menschen in Ostafrika zugutekommen.

Das Ostafrika-Büro konnte in der Anfangsphase Beziehungen zu wichtigen strategischen Partnern in der Region auf- und ausbauen und dadurch Initiativen für soziale Gerechtigkeit in den genannten Bereichen nachhaltig unterstützen. Diese Arbeit wird das Team zusammen mit der neuen Büroleiterin Dorothee Braun fortsetzen.

«WIR TREFFEN UNS BEI ROSA!»

DAS ISRAEL-BÜRO IN TEL AVIV

Auf Tel Avivs prachtvollem Rothschild Boulevard mit seinen Villen, noblen Apartmenthäusern und Banken sind die sozialen Proteste aus den Jahren 2011/12 nicht vergessen: Hunderte hatten auf dem Mittelstreifen ihre Zelte aufgeschlagen, um ganz im Sinne von Büchners «Friede den Hütten, Krieg den Palästen» für bezahlbaren Wohnraum zu demonstrieren. Die Bilder gingen damals um die Welt. Als die Stiftung allerdings plante, in die großzügigen Räume an eben diesem Boulevard umzuziehen, erschien vielen die Vorstellung, dass in diesem sozialen Umfeld ein Ort der Begegnung entstehen könnte, als abwegig.

Diese Einschätzung hat sich im Laufe des Jahres 2015 drastisch verändert. Da Wohnungen und Veranstaltungsräume in Tel Aviv nach wie vor extrem überbeuert und auch Treffen in Lokalen aufgrund der hohen gastronomischen Folgekosten kaum realisierbar sind, werden die Räumlichkeiten der Stiftung zunehmend von einer breiten linken Öffentlichkeit genutzt: Hier finden öffentliche Veranstaltungen linker Graswurzelorganisationen statt, interne Versammlungen progressiver



Der Rothschild Boulevard in Tel Aviv: 2011/12 Schauplatz der sozialen Proteste und heute Adresse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Nichtregierungsorganisationen, Beratungen von sich selbst organisierenden Flüchtlingen aus der Subsahara oder Treffen von Mitgliedern der linken Opposition in der Knesset, wenn sie in Tel Aviv einen Ort brauchen, der Vertraulichkeit garantiert. Insgesamt hat sich die Nutzung der Räume verstetigt und zugleich vertieft: Seit April 2015 kamen zu den etwa 200 Veranstaltungen über 2.000 Besucherinnen und Besucher, gegen Ende des Jahres pendelte sich die Zahl bei rund 350 Gästen pro Monat ein.

Binnen eines Jahres hat sich das Stiftungsbüro in Tel Aviv so zu einem Zentrum für die israelische Linke entwickelt, und nicht selten ist unter Aktiven aus dem linken, progressiven Spektrum der Satz zu hören: «Wir treffen uns doch bei Rosa!» Es steht nicht gut um die israelische Linke. Sie stellt eine kleine Minderheit dar, die immer stärkeren Repressionen ausgesetzt ist und sich in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegt, in dem politische Freiräume stetig kleiner werden. Gleichzeitig finden progressive Kämpfe oft parallel statt, ohne dass sie sich miteinander verbinden. Umso kostbarer sind einige Initiativen, die in den Räumen der Stiftung ihren Treffpunkt gefunden haben. Etwa die Initiative Zusammenstehen, die Teilkämpfe, wie den Widerstand gegen Gentrifizierung oder den Kampf gegen die Besatzung und für die Rechte der palästinensisch-arabischen Minderheit in Israel, zusammenführen möchte und im Stiftungsbüro ihre Aktionen entwickelt. Da-

zu zählten die größten Demonstrationen im Jahr 2015 gegen die wachsende Gewalt und für eine gerechte palästinensisch-israelische Koexistenz. Oder aber die Sozialökonomische Akademie, die mit der neugegründeten Gewerkschaft «Macht den Arbeitern!» kooperiert und Betriebsrätinnen und -räte politisiert, von denen viele progressive Positionen vertreten, wenn es um Arbeiterrechte geht, dafür aber reaktionäre und nationalistische Ansichten in anderen Bereichen.

Mit der Öffnung des Büros für neue Gruppen erfuhr auch die Stiftung selbst eine Stärkung: Sie wird mittlerweile als wichtiger Teil einer aktiven internationalen linken Bewegung wahrgenommen. Das wiederum führte zu vielfältigen Begegnungen mit einer sich stets verändernden israelischen Linken, etwa mit Akteuren der arabisch-palästinensischen Minderheit im Land oder im Kulturbereich, die immer stärkeren Repressionen ausgesetzt sind. Der produktive Austausch ermöglichte ein größeres Engagement auf diesem Gebiet, etwa die Zusammenarbeit mit dem arabischen Khashabi-Ensemble-Theater, dem mit seinen Erfolgen eine der großen künstlerischen Überraschungen des Jahres 2015 gelungen ist.

Diese Entwicklungen und Perspektiven sollen sich in Zukunft auch auf der neu gestalteten Webseite des Stiftungsbüros Tel Aviv niederschlagen, die sich als Plattform versteht und die Vielfalt der israelischen Linken auch einem deutschsprachigen Publikum zugänglich machen will.

REFERAT AMERIKA

NORDAMERIKA
UND VEREINTE NATIONEN

Sitz: New York/USA

Gründungsjahr: 2012

Projektländer: USA, Kanada, Deutschland, Standorte der Vereinten Nationen

Büroleitung: Stefanie Ehmsen & Albert Scharenberg (seit 2012)

Mitarbeitende: 6

www.rosalux-nyc.org/de

Arbeitsschwerpunkte: Nordamerikanisch-europäischer linker Dialog; Alternativen zur Austeritätspolitik; kritische Gesellschaftsanalyse; globale Machtverschiebungen; sozialökologische Transformation

ANDENLÄNDER



Sitz: Quito/Ecuador

Gründungsjahr: 2010

Projektländer: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela

Büroleitung: Miriam Lang (2010 bis 2016), Karin Gabbert (seit 2016)

Mitarbeitende: 9

www.rosalux.org.ec

Arbeitsschwerpunkte: Stärkung der Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen bei der Umsetzung der neuen linken Verfassungen und der dort festgeschriebenen Rechte (insbesondere für Indigene und Frauen); Suche nach Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell, das bislang ausschließlich auf dem Export von natürlichen Ressourcen beruht.

CONO SUR UND BRASILIEN



Sitz: São Paulo/Brasilien

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Brasilien, Uruguay, Paraguay

Büroleitung: Gerhard Dilger (seit 2012)

Mitarbeitende: 10 (davon 3 im Verbindungsbüro Buenos Aires)

www.rosaluxspba.org

VERBINDUNGSBÜRO
BUENOS AIRES

Gründungsjahr: 2015

Projektländer: Argentinien, Chile

Büroleitung: Elisangela Soldatelli (seit 2015)

Mitarbeitende: 3

www.rosaluxspba.org

Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechte und Demokratie (insbesondere im Zusammenhang mit Bergbau und anderen Großprojekten); sozialökologische Transformation; Förderung von partizipativer Forschung und Weiterbildungsprogrammen über lokale Partizipation und Regionalentwicklung (insbesondere im Kontext extraktivistischer Projekte; «Buen Vivir in den Städten»)

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA
UND KUBA

Sitz: Mexiko-Stadt/Mexiko

Gründungsjahr: 2007

Projektländer: Costa Rica, Guatemala, Kuba, Mexiko, Nicaragua

Büroleitung: Torge Löding (seit 2011)

Mitarbeitende: 10

www.rosalux.org.mx

Arbeitsschwerpunkte: partizipative Demokratie und soziale Inklusion; Alternativen zum hegemonialen Demokratiemodell, Transformation, Alternativen zum herrschenden Entwicklungsmodell, die politisch, ökonomisch, sozial, kulturell und ökologisch durchführbar sind.



REFERAT AFRIKA

SÜDLICHES AFRIKA

Sitz: Johannesburg/Südafrika

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Südafrika, Simbabwe, Sambia, Mosambik, Mauritius, Namibia, Botswana

Büroleitung: Armin Osmanovic (2010–2016), Jörn Jan Leidecker (seit 2016)

Mitarbeitende: 10

www.rosalux.co.za

Arbeitsschwerpunkte: partizipative Demokratie; Arbeitnehmerorganisationen und soziale Gerechtigkeit; natürliche Ressourcen; Verletzlichkeit und Alternativen

WESTAFRIKA



Sitz: Dakar/Senegal

Gründungsjahr: 2010

Projektländer: Senegal, Burkina Faso, Mali, Ghana, Guinea, Niger, Nigeria

Büroleitung: Claus-Dieter König (2010–2015), Armin Osmanovic (seit 2016)

Mitarbeitende: 8

www.rosalux.sn

Arbeitsschwerpunkte: Ernährungsicherheit (Zugang zu Information und Bildung); Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Schutz bzw. verbessertes Management natürlicher Ressourcen; Niveau der Informiertheit erhöhen – als Voraussetzung für politische Partizipation

OSTAFRIKA

Sitz: Daressalam/Tansania

Gründungsjahr: 2012

Projektländer: Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda

Büroleitung: Siegfried Schröder (2011–2016), Dorothee Braun (seit 2016)

Mitarbeitende: 9

www.rosalux.co.tz

Arbeitsschwerpunkte: Nutzung natürlicher Ressourcen zum Wohle der Menschen; an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Gestaltung von regionaler Integration und internationalen Handelsbeziehungen; Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte

NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien

Gründungsjahr: 2014 (Registrierung)

Projektländer: Tunesien, Ägypten, Marokko

Büroleitung: Peter Schäfer (seit 2013)

Mitarbeitende: 6 (bald 7)

www.facebook.com/RosaLux.NorthAfrica

Arbeitsschwerpunkte: Entwicklung sozioökonomischer Alternativen; Stärkung der politischen Partizipation, insbesondere jüngerer und weiblicher Aktivistinnen



**RUSSLAND, ZENTRALASIEN
UND KAVKASUS**

Sitz: Moskau/Russland

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Russland, Ukraine, Belarus, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan

Büroleitung: Tiina Fahrni (2012–2016), Kerstin Kaiser (seit 2016)

Mitarbeitende: 7

www.rosalux.ru

Arbeitsschwerpunkte: Zugang zum öffentlichen Raum für Initiativen in den Bereichen Migration, Behindertenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit; Sozialstaatlichkeit; differenziertes Geschichtsverständnis; Konzepte für eine nachhaltige regionale Entwicklung; Entwicklung kleiner und mittlerer Städte als umfassende Lebensräume

EUROPÄISCHE UNION



Sitz: Brüssel/Belgien & Verbindungsbüro Athen/Griechenland

Gründungsjahr: 2008

Projektländer: Europäische Union

Büroleitung: Martin Schirdewan & Claus-Dieter König (seit 2015)

Mitarbeitende: 8 (inkl. Verbindungsbüro Athen)

www.rosalux-europa.info

Arbeitsschwerpunkte: Kooperation mit und Unterstützung von linken Akteuren und Strategien in Europa und den Weltregionen; Rolle der EU als globaler Akteur (bspw. Handels-, Außen-, Energiepolitik); sozialökologische Transformation; Kritik des europäischen Grenzregimes, linke Migrationspolitik

OSTMITTELEUROPA



Sitz: Warschau/Polen

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland

Büroleitung: Joanna Gwiazdecka (seit 2010)

Mitarbeitende: 6

www.rls.pl

Arbeitsschwerpunkte: Rechte von Frauen und LGBT; Gesellschaftsalternativen junger Akteure der demokratischen Linken; kritische und differenzierte Reflexion der jüngeren Geschichte; Arbeitnehmerinteressen beim wirtschaftlichen Strukturwandel; Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit

SÜDOSTEUROPA



Sitz: Belgrad/Serbien

Gründungsjahr: 2010 (Registrierung)

Projektländer: Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Mazedonien, Albanien

Büroleitung: Boris Kanzleiter (seit 2009)

Mitarbeitende: 6

www.rosalux.rs

Arbeitsschwerpunkte: Unterstützung von Gewerkschaften, feministischen und LGBT-Organisationen sowie der Selbstorganisation von Roma; Entwicklung linksorientierter politischer Alternativen; Kritische Geschichtsarbeit



REFERAT ASIEN

PALÄSTINA



Sitz: Ramallah

Gründungsjahr: 2008

Projektländer: Palästina, Jordanien

Büroleitung: Katja Hermann
(seit 2012)

Mitarbeitende: 6

www.rosaluxemburg.ps

Arbeitsschwerpunkte: emanzipatorische Bildung; Fragen sozialer Gerechtigkeit und Partizipation, insbesondere marginalisierter Gruppen; Alternativen zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und neoliberalen Entwicklungsansätzen; Stärkung von Pluralismus und Meinungsfreiheit

ISRAEL



Sitz: Tel Aviv

Gründungsjahr: 2009

Projektländer: Israel

Büroleitung: Tsafir Cohen
(seit 2015)

Mitarbeitende: 6

www.rosalux.co.il

Arbeitsschwerpunkte: Förderung linker Alternativen; Stärkung jüdisch-arabischer Zusammenarbeit; sozio-ökonomische Rechte, insbesondere gerechter und gleichberechtigter Zugang zu natürlichen Ressourcen sowie Wohnraum; Stärkung des deutsch- und europäisch-israelischen Dialogs; Förderung der Integration Israels in den Nahen Osten

SÜDASIEN



Sitz: Neu Delhi/Indien

Gründungsjahr: 2010
(Registrierung 2012)

Projektländer: Indien, Bangladesch, Sri Lanka, Nepal und zukünftig auch Pakistan

Büroleitung: Stefan Mentschel
(seit 2015)

Mitarbeitende: 12

www.rosalux.de

Arbeitsschwerpunkte: Agrarfragen (Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und -souveränität); Arbeitswelten und gewerkschaftliche Organisation (Arbeitnehmerrechte, prekäre Arbeit, Solidarität entlang transnationaler Produktionsketten); soziale Transformation (Bildungsarbeit, politische Bildung, Forschungsprojekte)

OSTASIEN



Sitz: Peking/China

Gründungsjahr: 2008

Projektländer: China, Mongolei, Nord-Korea

Büroleitung: Lutz Pohle (seit 2008)

Mitarbeitende: 7

www.rosalux.de

Arbeitsschwerpunkte: soziale Gerechtigkeit; sozialökonomische Transformation; partizipative Politik und friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen der Transformationsländer in Ost- und Südostasien

SÜDOSTASIEN



Sitz: Hanoi/Vietnam

Gründungsjahr: 2009

Projektländer: Vietnam, Myanmar, Kambodscha, Laos

Büroleitung: Liliane Danso-Dahmen
(seit 2015)

Mitarbeitende: 12

www.rosalux.vn

Arbeitsschwerpunkte: soziale Gerechtigkeit; sozialökologische Transformation; partizipative Politik

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Über die externe Projektförderung ist es möglich, mit anderen Trägern politischer Bildungsmaßnahmen zu kooperieren. Im Jahr 2015 wurden rund 950 Anträge auf Projektförderung eingereicht. Anhand dieser Anträge erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen guten Einblick in bundesweite bildungspolitische Aktivitäten. Auch dieses Jahr konnten mittels der Förderung von diversen Veranstaltungen, Konferenzen, Publikationen oder Forschungsvorhaben wieder wichtige Akzente gesetzt und die Arbeit anderer Bildungsträger unterstützt werden. Im vergangenen Jahr förderte die Stiftung 159 Vorhaben. Hierfür wurden 473.400 Euro eingesetzt.

Acht Großprojekte wurden mit insgesamt 172.060 Euro (36 Prozent des Budgets) unterstützt:

- Linke Medienakademie e. V.: Zentrale und regionale Weiterbildungsveranstaltungen zu Themen der Mediengestaltung; 49.000 Euro
- INKRIT e. V.: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus – editorische Arbeiten an Band 9 («Maschinerie» bis «naturwüchsig»); 38.000 Euro
- Rolf Hecker: Neuherausgabe Marx-Engels-Werke Band 13 und Arbeiten an Band 44; 28.000 Euro
- Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V.: Netzwerk Inclusion Leaders. Berlin Workshop; 16.060 Euro
- VSA: Verlag: Publikationsbeihilfe für die Festschrift «Ich lebe am fröhlichsten im Sturm» anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Rosa-Luxemburg-Stiftung, herausgegeben von Dagmar Enkelmann und Florian Weis, 11.000 Euro
- Reiner Tosstorff: Fertigstellung der Biografie von Robert Dißmann; 10.000 Euro
- Julia Schnegg: Ausstellung «We will rise. Refugee Movement»; 10.000 Euro
- Bewegungsakademie e. V.: Fortbildungsprogramm Attacademie; 10.000 Euro

Achtzehn Vorhaben wurden mit Beträgen zwischen 5.000 und 9.999 Euro, 89 mit Beträgen zwischen 1.000 und 4.999 Euro, 35 mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro und neun mit Beträgen unter 500 Euro gefördert.

BEISPIELE DER PROJEKTFÖRDERUNG

JULIA SCHNEGG: «WE WILL RISE. REFUGEE MOVEMENT». AUSSTELLUNG UND ARCHIV IM PROZESS
Förderung: 10.000 Euro

Die Ausstellung «We will rise» steht beispielhaft für die vielen Aktivitäten und Förderanträge von Flüchtlingsinitiativen und Gruppen, die sich für die politischen und sozialen Belange von Geflüchteten einsetzen und gegen zunehmenden Rassismus ankämpfen. In der Ausstellung werden die Anfänge der Refugee-Bewegung dokumentiert, so der Protestmarsch von Würzburg nach Berlin, die Besetzung des Oranienplatzes und der Gerhard-Hauptmann-Schule. Die Refugee-Bewegung ist komplex und fragil. Daher wollen die Ausstellungsmacherinnen die bisherige Geschichte sichtbar machen und gleichzeitig den unabgeschlossenen Kämpfen einen neuen Raum der Artikulation und Selbstverständigung bieten. Zu sehen war die aus Tafeln, Fotos, Videoausschnitten und anderen Dokumenten bestehende dreisprachige Ausstellung unter anderem während der Veranstaltungswoche der Rosa-Luxemburg-Stiftung «Die widerspenstige Internationale», die vom 16. bis 25. Juli 2015 vor dem Postbahnhof in Berlin in einem großen Zelt stattfand.

GESELLSCHAFT FÜR SINN UND FORM E. V.:
SYMPOSIUM UND ABENDVERANSTALTUNGEN
«RICHTIGE LITERATUR IM FALSCHEN?
SCHRIFTSTELLER – CAPITALISMUS – KRITIK HEUTE»
Förderung: 5.500 Euro

«In was für einer Welt leben wir eigentlich?» Mit dieser Frage beschäftigten sich im April vergangenen Jahres 18 renommierte Schriftstellerinnen und Schriftsteller und im Literaturbetrieb Engagierte im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltungsreihe, die im Literaturforum im Brecht-Haus Berlin stattfand. Ausgehend von den entscheidenden Veränderungen des Kapitalismus und den vielfachen Krisen, die er auslöst, debattierten die Teilnehmenden über die Aufgaben von Literatur, über das Spannungsverhältnis von Literatur und Wirklichkeit, künstlerische Formen und gesellschaftliche Wirkungsabsichten. Auf einer abschließenden Podiumsdiskussion wurde nach den Chancen eines kritisch-emanzipatorischen Literaturdiskurses gefragt. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Mediale Resonanz fand das Projekt in allen bundesweiten Tageszeitungen. Es soll in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

IM JAHR 2015 KONNTEN VON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 159 PROJEKTE GEFÖRDERT WERDEN

THEMEN DER GEFÖRDERTEN PROJEKTE



FORMATE DER GEFÖRDERTEN PROJEKTE





Motiv der Plakatreihe «Im Kontext NSU»: Die ersten Plakate wurden mit Unterstützung der Stiftung zum Jahreswechsel 2014/15 in Berlin und München geklebt.

FRANZ SCHIERMEIER VERLAG: PUBLIKATIONSBEIHILFE FÜR «KARL KLÜHSPIES: MÜNCHEN NICHT WIE GEPLANT. STADTPOLITIK, BÜRGERWILLE UND DIE MACHT DER MEDIEN», HERAUSGEGEBEN VOM MÜNCHNER FORUM E. V. Förderung: 2.000 Euro

Als Erwiderung auf eine städtische Ausstellung «München wie geplant» zur baulichen Stadtentwicklung entschied sich der Verein Münchner Forum, ein eigenes Buch herauszugeben. Es dokumentiert den bürgerschaftlichen Widerstand, der seit den 1960er Jahren bestimmte Stadtplanungsvorhaben verhindert oder zumindest erreicht hat, dass die Anliegen von Bürgerinitiativen heute stärker beachtet werden. So entstand ein aufwendig gestalteter Bildband mit dem Titel «München NICHT wie geplant», in dem minutiös mit vielen Fotos die Auseinandersetzungen um die Münchner Stadtentwicklung nachgezeichnet werden. Dieses Buch ist ein Lehrstück für das Ringen um Bürgerbeteiligung an Stadtplanungs- und -entwicklungsprozessen.

BEATE MARIA WÖRZ: «IM KONTEXT NSU – WELCHE FRAGE STELLEN SIE?» BUNDESWEITE PLAKATAKTION IM ÖFFENTLICHEN RAUM Förderung: 2.600 Euro

Wie lassen sich die Mordserie, aber auch die Verstrickungen des Verfassungsschutzes, die Fehlleistungen von Polizei, Politik und Justiz fassen, wenn man eine einzige Frage stellen könnte? Die Künstlerin Beate Maria Wörz hat selbst an etlichen Sit-

zungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum NSU teilgenommen. In ihrer weiteren Beschäftigung mit dem Thema hat sie Menschen aufgesucht und sie gebeten, Fragen zu formulieren. So kamen um die 50 Beiträge zusammen – von Opfern und deren Angehörigen, Politikerinnen, Journalisten, Wissenschaftlerinnen und vielen Bürgern, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Diese Fragen – geschrieben mit schwarzer Schrift auf weißem Hintergrund – wurden bundesweit in verschiedenen Städten auf großflächigen Plakaten an prägnanten Punkten im öffentlichen Raum ausgestellt. So fragt Ayşe Demir, Vorstandssprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg: «Warum weigern sich Politik und Gesellschaft zu erkennen, dass Rechtspopulismus den Nährboden für rassistische Gewalt bereitet?» Ein Denkanstoß – aktueller denn je.

Mit 34 Projekten war das Feld Geschichte/Zeitgeschichte bei der Projektförderung am stärksten repräsentiert. Unter anderen förderten wir:

- AKEBI e. V.: «Anerkennung des Völkermords» – Veranstaltungsreihe zum 100. Jahrestag des Völkermords an den Armeniern, Januar bis Juli 2015 in Berlin; 1.000 Euro
- Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V.: Internationales antifaschistisches feministisches Bau- und Begegnungscamp für Mädchen und junge Frauen, 24. August bis 3. September 2015; 1.000 Euro
- KoMMedia e. V./Freiburg: Walter Benjamin damals und heute – Multimediales Bildungsmaterial zu Leben und Flucht des deutsch-jüdischen Philosophen und Kritikers; 4.500 Euro

- Axel Weipert: Die Zweite Revolution. Rätebewegung 1919/1920, be.bra verlag, Berlin 2015; 1.425 Euro
- Marion Kraft (Hrsg.): Kinder der Befreiung. Transatlantische Erfahrungen und Perspektiven Schwarzer Deutscher der Nachkriegsgeneration, UNRAST-Verlag, Münster 2015; 1.000 Euro

Mit 22 Vorhaben gehörte das Thema Gesellschaftstheorie zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Einige Beispiele:

- Iman Attia, Swantje Köbsell, Nivedita Prasad (Hrsg.): Dominanzkultur reloaded. Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen und ihren Wechselwirkungen. In memoriam Birgit Rommelspacher (1945–2015), transcript Verlag, Bielefeld 2015; 1.500 Euro
- Werkstatttagung: «Wozu brauchen wir das?» Bildungsphilosophie und pädagogische Praxis, 26. bis 28. November 2015 an der Hochschule RheinMain Wiesbaden; 554,50 Euro
- Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung und Praxis e. V.: «Kritische Psychologie im Internet» – Restrukturierung der Webseite; 1.000 Euro
- Internationale Tagung: Materialistische Dialektik. Marx-Lektüren im Dialog, 30. bis 31. Oktober 2015 an der Freien Universität Berlin; 1.000 Euro

Auch im Jahr 2015 wurden zahlreiche Publikationsvorhaben unterstützt. Hier eine Auswahl:

- Fatima El-Tayeb: Anders Europäisch. Rassismus, Identität und Widerstand im vereinten Europa, Unrast Verlag, Münster 2015; 900 Euro
- Andreas Heyer (Hrsg.): Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs – Band 6.2: Wolfgang Harich – Philosophiegeschichte und Geschichtsphilosophie – Vorlesungen. Teilband 2: Vom Entwicklungsgedanken der Aufklärung bis zur Gegenwartskritik, Tectum Verlag, Marburg 2015; 1.000 Euro
- Christina Perinciolo: Berlin wird feministisch. Das Beste, was von der 68er-Bewegung blieb, Querverlag, Berlin 2015; 1.000 Euro
- Rahel Sophie Süß: Kollektive Handlungsfähigkeit. Gramsci – Holzkamp – Laclau/Mouffe, Verlag Turia + Kant, Wien/Berlin 2015; 1.000 Euro
- Christian Wolter (Hrsg.): Arbeiterfußball in Berlin und Brandenburg. 1910–1933, Arete Verlag, Hildesheim 2015; 500 Euro
- Andreas Hechler, Olaf Stuve (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts, Verlag Barbara Budrich, Opladen u. a. 2015; 900 Euro
- Anne Huffschmid, Wolf-Dieter Vogel, Nana Heidhues, Michael Krämer (Hrsg.): TerrorZones. Gewalt und Gegen-

- wehr in Lateinamerika, Assoziation A, Berlin/Hamburg 2015; 1.000 Euro
- Aktion Dritte Welt e. V./iz3w: Dossier «Sexarbeit» in der Zeitschrift iz3w, Ausgabe November/Dezember 2015; 1.000 Euro

Fortgesetzt wurden langjährige Kooperationen, wie zum Beispiel die mit der Bundeskoordination Internationalismus, dem Verein Musik und soziale Bewegungen, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen, dem VVN-BdA und KAIROS Europa. Darüber hinaus konnten neue, für die Arbeit der Stiftung ertragreiche Kontakte geknüpft und junge Akteure politischer Bildungsarbeit unterstützt werden. Wo sich die Möglichkeit unmittelbarer Zusammenarbeit vor Ort bot, wurden bewilligte Fördermittel an die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung weitergegeben. Diese 22 Projekte wurden mit insgesamt 19.845 Euro gefördert. Darunter:

- gruppe tag e. V.: «Leipzig – die utopische Kommune», Recherchen, Autorenwettbewerb, Inszenierung, Publikation im Rahmen des Kulturfestivals «Kultur/Standort. Bestimmung» in Leipzig 2015; 1.000 Euro
- Bündnis «Stop G7»: Internationaler Gipfel der Alternativen. Internationaler Kongress anlässlich des G7-Gipfels im oberbayerischen Schloss Elmau, 3. bis 4. Juni 2015, München; 3.500 Euro
- Verein zur Förderung der Lehre im ökologischen Landbau e. V.: «Frohes Schaffen!? – Arbeit in der Landwirtschaft» – 23. Witzenhäuser Konferenz, 1. bis 5. Dezember 2015 in Witzenhausen (Hessen); 1.000 Euro
- Mieterforum Ruhr/Martin Krämer: «Netzwerk Mieten & Wohnen – Konferenz 2015», 25. bis 26. September 2015 in Hamburg; 1.500 Euro
- Miriam Henke/«Freundeskreis im Gedenken an den rassistischen Brandanschlag von Mölln 1992»: Möllner Rede mit Argyris Sfountouris, 7. November 2015 in Bremen; 1.100 Euro

.....
 Mit ihrer Projektförderung präsentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit. Die geförderten Vorhaben komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch.



Mark Mühlhaus besuchte seit Herbst 2014 mehrmals das kurdische Rojava. In der kurdischen Kleinstadt Pirsûs dokumentierte er das Flüchtlingsleben derer, die dort Schutz und Obdach vor dem IS fanden, und er besuchte die christlich-kurdische Stadt Dêrik nahe der Grenze zum Irak und das dortige yezidische Flüchtlingslager. Daraus entstand die Ausstellung «Back to Rojava» – ein Projekt von attenzione photographers, Civaka Azad, medico international und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Ausstellung und einzelne Fotos können bestellt werden. Informationen unter: www.rosalux.de/news/41859















DAS STUDIENWERK

Mit den Jahren hat sich herumgesprochen, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung Studien- und Promotionsstipendien an engagierte junge Menschen vergibt. Die Zahlen sind beeindruckend: Mehr als 1.100 Personen erhalten derzeit ein Stipendium, fast 2.000 wurden bereits in der Vergangenheit gefördert.

Erklärtes Ziel der Stiftung ist es, den verschiedenen Formen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft bewusst entgegenzutreten. Deswegen vergibt sie etwa gezielt Stipendien an Frauen, die 2015 mehr als 50 Prozent der Geförderten stellten. Ein weiteres Beispiel dafür ist das Bestreben der Stiftung, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Bildungschancen zu eröffnen. So stieg deren Anteil an der Stipendiatenschaft im vergangenen Jahr noch einmal auf nun 37,4 Prozent.

Neben der finanziellen Unterstützung bietet ein Stipendium vielfältige Gelegenheiten, sich mit anderen auszutauschen, sei es auf Regionaltreffen in den Bundesländern, bei Doktorandenseminaren und Empowerment-Workshops oder auf Exkursionen. Bezeichnend ist, dass die Stipendiatinnen und Stipendiaten die meisten Veranstaltungen mitorganisieren oder selbst gestalten. Beispielhaft dafür ist die Ferienakademie, die sie in Zusammenarbeit mit dem Studienwerk der Stiftung durchführen. Eine Woche lang finden sowohl einführende als auch tiefer gehende systematische Workshops, kulturelle Vorführungen und politische Diskussionen zu aktuellen Themen statt.

Viele Stipendiatinnen und Stipendiaten wirken auch an unterschiedlichen Stellen in der Stiftung mit, sie beteiligen sich an den thematisch ausgerichteten Gesprächskreisen, verfassen Papiere für die Reihe «Standpunkte», schreiben Artikel für die Zeitschrift *LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* oder referieren auf Tagungen.

Großer Wert wird auf stipendiatische Selbstverwaltung und demokratisches Mitwirken gelegt. So wählen die Stipendiatinnen und Stipendiaten einen Sprecher_innenrat, der ihre Interessen gegenüber dem Studienwerk und der gesamten Stiftung vertritt; darüber hinaus sind sie in den Ausschüssen vertreten, die über die Vergabe neuer Stipendien beraten und befinden.

Nach nunmehr 16 Jahren kann das Studienwerk eine erfolgreiche Zwischenbilanz ziehen: Viele ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten arbeiten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, in Schulen und medizinischen Einrichtungen, sind in der Kultur- und Kunstszene aktiv – und nicht zuletzt in der Politik. Und einige der Geförderten sind inzwischen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung selbst tätig, in den Inlands- wie auch in den Auslandsbüros, oder bekleiden eine ehrenamtliche Funktion, etwa als Vertrauensdozentin oder -dozent.

ENTWICKLUNG BEI DEN GEFÖRDERTEN

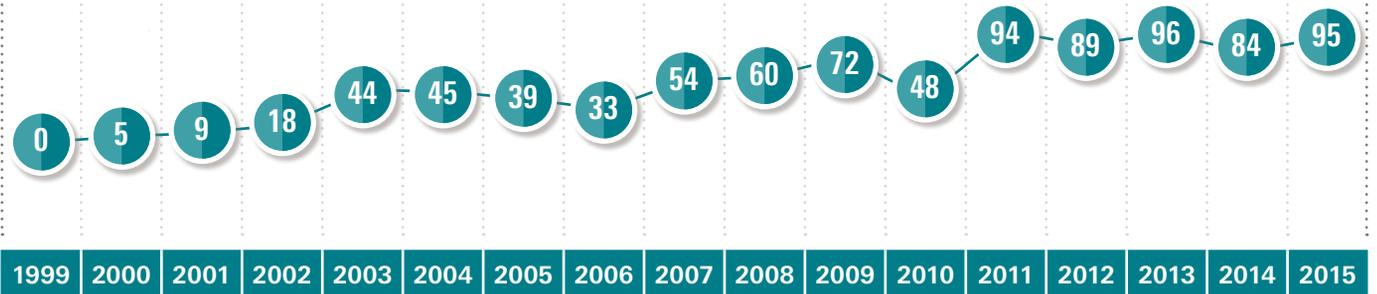


STUDIERENDE
(gefördert mit Mitteln des BMBF)



PROMOVIERENDE
(gefördert mit Mitteln des BMBF)

GEFÖRDERTE
(gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amtes)





Auch ein Thema des Promotionskollegs: der Protest gegen die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik, hier durch Mitglieder des Theaters am Goetheplatz in Bremen am 27. Mai 1968

DAS ZWEITE PROMOTIONSKOLLEG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BEFASST SICH MIT LINKER GESCHICHTE

Am 3. Juni 2015 wurde das zweite Promotionskolleg der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit einer Veranstaltung im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets an der Ruhr-Universität in Bochum eröffnet. Durch das Setzen von bestimmten Themen und die Ausschreibung von Kollegs können Debatten befördert werden, die für die Entwicklung einer pluralen Linken wichtig sind. Insbesondere kann das solche wissenschaftlichen Studien anregen, die nicht den gesellschaftspolitischen Mainstream bedienen und deshalb in der heutigen Universitätslandschaft keinen Platz finden.

Das trifft auch auf das Kolleg «Geschichte linker Politik jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus» zu. Mit ihm will die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihr Anliegen vorantreiben, die mannigfaltigen linken Strömungen, Bewegungen und Organisationen möglichst umfassend wissenschaftlich aufzuarbeiten. Zu diesem Zweck schrieb sie bundesweit ein Habilitations- und vier Promotionsstipendien aus und vergab sie an hoch qualifizierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Mit der Leitung des Kollegs und der wissenschaftlichen Betreuung sind Stefan Berger, Professor für Sozialgeschichte und soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum und Leiter des Instituts für soziale Bewegungen, sowie Mario Keßler, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Zentrum für zeithistorische Forschung (ZZF) an der Universität Potsdam, betraut. Damit sind beste Voraussetzungen gegeben, um dem hohen Anspruch an das Kolleg gerecht zu werden.

Das Habilitationsstipendium erhielt Ralf Hoffrogge, der das Thema «Gewerkschaftliche Krisenwahrnehmung und Krisenpolitik in Deutschland und Großbritannien 1919–2013» bearbeitet. Im Rahmen einer Promotion erforscht Sarah Langwald die «Proteste gegen staatliche Repression und Überwachung in Westdeutschland zwischen 1945 und 1968», Richard Stoescu widmet sich dem «Syndikalismus in Deutschland und den USA zwischen den Weltkriegen», David Bebnowski promoviert zum Thema «Die Neue Linke und die Theorie – Anziehungskraft und Niedergang politischer Ideen im Spiegel der Zeitschriften Das Argument und Prokla», und Julia Ehms beschäftigt sich mit dem «Ende des revolutionären Syndikalismus. Die Freie Arbeiter-Union Deutschland (FAUD) und [dem] Versuch syndikalistischer Betriebsarbeit in der Weimarer Republik».

Schon die Auswahl der Themen veranschaulicht, dass die Geschichte der Linken pluralistischer, vielstimmiger ist als im akademischen Mainstream beschrieben. Diese Organisationsformen, Strömungen, Ideen und Diskurse aufzuarbeiten und sichtbar zu machen kann die Debatten über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft linker Politik in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit befruchten. Und sie schafft Grundlagen für neue linke Bündnisse.

Um die Ergebnisse der entstehenden Qualifizierungsarbeiten einem größeren Kreis Interessierter zugänglich zu machen, finden neben den regelmäßigen Kollegtreffen einmal pro Semester öffentliche Veranstaltungen an den beteiligten Universitäten statt. Dabei wird der Stand der Arbeiten vorgestellt und anschließend mit Historikerinnen und Historikern sowie mit Mitgliedern des Gesprächskreises Geschichte der Stiftung diskutiert. Das soll eine Vernetzung im akademischen ebenso wie im politischen Raum befördern und die Existenz des Kollegs auch nach außen bekannt machen.

Die gelungene Auftaktveranstaltung in Bochum mit etwa 50 Gästen hat dafür den Grundstein gelegt. Marcel van der Linden vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam hielt einen bemerkenswerten Vortrag zum Thema «Anarchismus. Eine sozialhistorische Ortsbestimmung». Am Nachmittag fand eine Podiumsdiskussion mit den Kollegiatinnen und Kollegiaten zum Thema «Alte Linke – Neue Linke? Kontinuitäten und Brüche als Momente linker Politik» statt, in der diese eine erste Möglichkeiten erhielten, ihre geplanten Promotionen mit einem fachlich qualifizierten Publikum zu diskutieren.

Die nächste öffentliche Veranstaltung des Kollegs wird am 23. Juni 2016 an der Universität Potsdam stattfinden.

DAS HEGEMONIEPROJEKT DER ÖKOLOGISCHEN MODERNISIERUNG

Mit der Diagnose einer ökologischen Krise war in den 1970er Jahren zunächst die Überzeugung verbunden, dass sich Umweltschutz und Wirtschaftswachstum grundlegend widersprechen. Die Umweltbewegungen interpretierten ökologische Probleme als Symptome einer Systemkrise und kritisierten das Entwicklungsmodell der Moderne, das auf dauerhaftes Wachstum und Naturausbeutung setzt. Dieser radikalen Kritik standen allerdings weite Teile der Gesellschaft und mächtige Akteure skeptisch gegenüber. In diesem Konfliktfeld trieben Einzelpersonen und Organisationen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft das Projekt der ökologischen Modernisierung voran. Dieses setzt bei der Überwindung von Umweltproblemen nicht auf einen Bruch mit den bestehenden Strukturen, sondern vor allem auf technologische Innovationen. Im Zentrum steht die Überzeugung, dass sich Wirtschaftswachstum und Ökologie nicht zwangsläufig widersprechen müssen, sondern sich auch gegenseitig positiv beeinflussen können.

Seit den 1980er Jahren dominiert das Projekt der ökologischen Modernisierung mit seinen Kernforderungen nach nachhaltiger Entwicklung und Green Economy zunehmend die internationale Umweltpolitik. Es ist gelungen, kritische Forderungen zu integrieren, ohne deren systemkritische Stoßrichtungen zu übernehmen. Mit dieser strategisch-selektiven Aneignung gewann das Projekt die Zustimmung vieler Umwelt-NGOs und anderer Akteure aus dem Bereich der Umweltpolitik. Durch diese hegemoniale Stellung gerieten alternative Vorschläge, die auf eine umfassende Transformation sozialökologischer Verhältnisse zielen, in eine stark marginalisierte Position.

Timmo Krüger, Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, teilt die radikale Kritik und geht in seiner Dissertation davon aus, dass es einer umfassenden Transformation gesellschaftlicher Strukturen bedarf, um die ökologische Krise angemessen bearbeiten zu können. Seine zentrale Forschungsfrage lautet, inwieweit in den Kämpfen um die Hegemonie in der internationalen Umweltpolitik etablierte soziale Praktiken und Strukturen politisiert, das heißt grundsätzlich hinterfragt werden, und ob sie überhaupt als veränderbar und veränderungswürdig gelten?

Diese dynamischen Prozesse untersucht Krüger im Rahmen einer Analyse der Auseinandersetzungen um Carbon Capture and Storage (CCS). Bei den CCS-Technologien handelt es sich um Verfahren zur Abscheidung von Kohlenstoff aus Industrieemissionen, die dann in unterirdischen Lagerstätten gespeichert werden sollen. Sie sind symptomatisch für die Suche nach einer technologischen Lösung des Klimaproblems, ohne die fossile und zentralisierte Energieinfrastruktur infrage zu stellen, und spielen daher eine besondere Rolle in dem Ringen um umweltpolitische Hegemonie.

Das Kohlekraftwerk Boundary Dam in Kanada ist das erste weltweit, in dem die umstrittene CCS-Technologie angewandt wurde.



- Dr. Werner Abel**, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ravi Ahuja**, Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Dr. Freia Anders**, Universität Mainz, Geschichte
- Prof. Dr. Andreas Arndt**, Humboldt-Universität zu Berlin, Philosophie
- Prof. Dr. Jörg Arnold**, Max-Planck-Institut Freiburg, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Iman Attia**, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Sozialwissenschaft
- Dr. Felix Axster**, Technische Universität Berlin, Mittlere und Neuere Geschichte
- Dr. Dario Azzellini**, Universität Linz (A), Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kurt Bader**, Universität Lüneburg, Psychologie
- Prof. Dr. Klaus Bastian**, Hochschule für Technik, Wirtschaft, und Kultur Leipzig, Mathematik
- Prof. Dr. Helga Baumgarten**, Universität Bir Zeit (PS), Politikwissenschaft
- Dr. Gisela Baumgratz**, Hochschule Fulda, Intercultural Education
- PD Dr. Johannes M. Becker**, Universität Marburg, Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Dr. Julia Becker**, Universität Osnabrück, Psychologie
- Prof. Dr. Bernd Belina**, Universität Frankfurt a. M., Humangeografie
- Dr. habil. Sebastian Berg**, Universität Bochum, Anglistik
- Dr. Elisabeth Berner**, Universität Potsdam, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Rita Bernhardt**, Universität des Saarlandes, Biologie
- Prof. Dr. Brigitte Biehl-Missal**, University of Essex (UK), Theaterwissenschaften
- Dr. Margrid Bircken**, Universität Potsdam, Literaturwissenschaft
- Dr. Peter Birke**, Georg-August-Universität Göttingen, Neuere Geschichte
- Prof. Dr. Uwe Bittlingmayer**, Pädagogische Hochschule Freiburg, Philosophie
- Dr.-Ing. Kurt Blau**, Technische Universität Ilmenau, Allgemeine Ingenieurwissenschaft
- Prof. Dr. Ralf Blendsowke**, Fachhochschule Darmstadt, Physik
- Prof. Dr. Manuela Bojadzije**, Humboldt-Universität zu Berlin, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Dieter Boris**, Universität Marburg, Soziologie
- Prof. Dr. Ulrich Brand**, Universität Wien (A), Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Bremer**, Universität Halle, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Christine Brückner**, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Micha Brumlik**, Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Hauke Brunkhorst**, Universität Flensburg, Soziologie
- Prof. Dr. Christian Brütt**, Hochschule Darmstadt, Sozialwissenschaften/Sozialkunde
- Prof. Dr. Michael Buckmiller**, Universität Hannover, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolf-D. Bukow**, Universität Siegen, Sozialwissenschaft
- Dr. Georgia Christinidis**, Universität Rostock, Kulturwissenschaft
- Dr. Antonia Davidovic-Walther**, Universität Kiel, Kulturanthropologie
- Prof. Dr. Alex Demirović**, Sozialwissenschaft
- Dr. Ina Dietzsch**, Ethnologie
- Dr. Thede Moritz Eckart**, Universität Marburg, Psychologie
- Prof. Dr. Andreas Fisahn**, Universität Bielefeld, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Peter Fleissner**, Universität Wien (A), Informatik
- Dr. Eckart Frey**, Universität Magdeburg, Alte Geschichte
- Prof. Dr. Harry Friebel**, Universität Hamburg, Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Dr. Jens Gaitzsch**, University College London (UK), Chemie
- Dr. Antje Gebel**, Technische Universität Clausthal, Geowissenschaft
- Dr. Udo Gerheim**, Universität Oldenburg, Soziologie
- Dr. Stefanie Graefe**, Universität Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Griewank**, Humboldt-Universität zu Berlin, Mathematik
- Prof. Dr. Melanie Groß**, Fachhochschule Kiel, Sozialwissenschaft
- Dr. Ayla Güler Saied**, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez Rodriguez**, Justus-Liebig-Universität Gießen, Sozialwissenschaft
- Dr. Noa Kerstin Ha**, Technische Universität Berlin, Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Prof. Dr. Susanne Heeg**, Universität Frankfurt a. M., Geowissenschaft
- Dr. Stefan Heinz**, Freie Universität Berlin, Politologie
- Prof. Dr. Arne Heise**, Universität Hamburg, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Jürgen Helmchen**, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Fritz Helmedag**, Technische Universität Chemnitz, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Annette Henninger**, Universität Marburg, Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Dr. Jutta Hergenhan**, Justus-Liebig-Universität Gießen, Sozialwissenschaft
- Dr. Cordelia Heß**, Universität Göteborg (S), Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft
- Dr. Andreas Heyer**, Technische Universität Braunschweig, Politikwissenschaft
- Dr. Thorsten Hindrichs**, Universität Mainz, Musikwissenschaft
- Prof. Dr. Uwe Hirschfeld**, Evangelische Hochschule Dresden, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Rainer W. Hoffmann**, Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner**, Universität Salzburg (A), Psychologie
- Dr. Christian Horn**, Universität Kiel, Geschichte
- Jun.-Prof. Dr.-Ing. Martin Horsch**, Technische Universität Kaiserslautern, Ingenieurwissenschaft/Informatik
- PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll**, Universität Marburg, Literaturwissenschaft
- Dr. phil. Carsten Jakobi**, Universität Mainz, Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Holger Jeske**, Universität Stuttgart, Molekularbiologie
- Prof. Dr. Dirk Jörke**, Technische Universität Darmstadt, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Werner Jung**, Universität Duisburg, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Ingrid Jungwirth**, Hochschule Rhein-Waal Kleve, Sozialwissenschaft
- Dr. Christoph Jünke**, Universität Hagen, Geschichte
- PD Dr. Eva Kalny**, Universität Hannover, Sozialwissenschaft/Sozialkunde

- Jun.-Prof. Olaf Kaltmeier**, Universität Bielefeld, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Juliane Karakayali**, Evangelische Hochschule Berlin, Sozialwissenschaft
- Dr. Serhat Karakayali**, Humboldt-Universität zu Berlin, Sozialwissenschaft
- Prof. em. Dr. Günter Kehrer**, Religionswissenschaft
- apl. Prof. Dr. Mario Keßler**, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Geschichte
- Prof. Dr. Klaus Peter Kisker**, Freie Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaft
- Univ. Prof. Dr. Clemens Knobloch**, Universität Siegen, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Peter Kosta**, Universität Potsdam, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. habil. Raimund Krämer**, Universität Potsdam, Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause**, Fachhochschule Nordhausen, Automatisierungstechnik
- Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf**, Universität Marburg, Gender Studies
- apl. Prof. Dr. Friederike Kuster**, Universität Wuppertal, Philosophie
- Prof. Dr. Raminta Lampsatis**, Hochschule für Musik und Theater Hamburg, Musikwissenschaft
- Prof. Dr. Kirsten Lehmkühl**, Technische Universität Berlin, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Lemke**, Universität Frankfurt a. M., Soziologie
- Prof. Dr. Stephan Lessenich**, Universität München, Sozialwissenschaft
- Dr. phil. Anna Leuschner**, Karlsruher Institut für Technologie, Philosophie
- Prof. Dr. Manfred Liebel**, Freie Universität Berlin, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Volker Lüderitz**, Fachhochschule Magdeburg, Agrarwissenschaft
- Dr. Jens Maeße**, Universität Mainz, Sozialwissenschaft
- Dr. Stefania Maffei**, Freie Universität Berlin, Philosophie
- Prof. Dr. Wolfgang Maiers**, Fachhochschule Magdeburg, Psychologie
- Univ.-Prof. Dr. Angela Martini**, Universität Witten, Kulturwissenschaft
- Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx**, Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja**, Universität Hamburg, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Konrad Meisig**, Universität Mainz, Indologie
- Dr. Jana Mikota**, Universität Siegen, Germanistik
- Dr. Irina Modrow**, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Stephan Moebius**, Universität Graz (A), Soziologie
- Dr. Oliver Nachtwey**, Technische Universität Darmstadt, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. John P. Neelsen**, Universität Tübingen, Sozialwissenschaft
- Dr. Dieter Nelles**, Universität Bochum, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Karoline Noack**, Universität Bonn, Sprach- und Kulturraumwissenschaften
- Prof. Dr. Frank Nonnenmacher**, Universität Frankfurt a. M., Politikwissenschaft
- Dr. Salvador Oberhaus**, Geschichte
- Prof. Michaela Ott**, Hochschule für bildende Künste, Hamburg, Ästhetische Theorien
- Prof. Dr. Sabine Pankofer**, Katholische Stiftungsfachhochschule München, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Martin Pinquart**, Universität Marburg, Psychologie
- Dr. phil. Heike Raab**, Universität Innsbruck (A), Sozialwissenschaft
- Dr. Matthias Rätzer**, Technische Universität Chemnitz, Wirtschaftspädagogik
- Prof. Dr. Brigitte Rauschenbach**, Freie Universität Berlin, Politikwissenschaft
- Dr. Jan Rehmann**, New York University (USA), Philosophie
- Dr. Katrin Reimer**, Fachhochschule Magdeburg, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Ursula Reitemeyer**, Universität Münster, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Tilman Reitz**, Universität Jena, Philosophie/Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Steffi Richter**, Universität Leipzig, Kulturwissenschaft
- Dr. Dominik Rigoll**, Universität Jena, Geschichte
- Prof. Dr. Boris Röhl**, Fachhochschule Wiesbaden, Kunstgeschichte
- Prof. Dr. Eckhard Rohrmann**, Universität Marburg, Erziehungswissenschaft
- Prof. apl. Dr. Karla Rost**, Technische Universität Chemnitz, Mathematik
- Dr. Axel Rüdiger**, Universität Halle, Politikwissenschaft
- Prof. (i.R.) Dr. Werner Ruf**, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Oliver Rump**, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Museologie
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Ruppert**, Universität der Künste Berlin, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Ulrich Ruschig**, Universität Oldenburg, Philosophie
- Dr. phil. Reyhan Sahin**, Universität Hamburg, Allgemeine und Vergleichende Sprachwissenschaft
- Dr. David Salomon**, Universität Siegen, Politikwissenschaft
- Dr. Martin Sauber**, Universität Hamburg, Sozialwissenschaft
- Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar**, Universität Wien (A), Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Barbara Schäuble**, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Renuat Schenkel**, Fachhochschule Magdeburg, Journalistik
- Prof. Tilman Schiel**, Universität Passau, Südostasienwissenschaft
- Prof. Dr. Jörg Schmidt**, Fachhochschule Anhalt, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Reimund Schmidt-De Caluwe**, Universität Halle, Rechtswissenschaft
- Dr. Imke Schmincke**, Universität München, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Lars Schmitt**, Fachhochschule Düsseldorf, Sozialwissenschaft
- Dr. habil. Rainer Schnoor**, Geschichte
- Dr. Frank Schubert**, Universität Potsdam, Medienwissenschaft
- Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert**, Universität Halle, Verkehrswesen
- Prof. Dr. Volker Schubert**, Universität Hildesheim, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Erika Schulze**, Fachhochschule Bielefeld, Sozialwissenschaft
- Dr. Christian Seipel**, Universität Hildesheim, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Hans-Dieter Sill**, Universität Rostock, Mathematik
- Dr. Riem Spielhaus**, Universität Erlangen, Islamwissenschaften
- Prof. Dr. Susanne Spindler**, Hochschule Darmstadt, Soziologie
- Prof. Dr. Marina Tamm**, Hochschule Wismar, Rechtswissenschaft
- Prof. Dr. Christiane Tammer**, Universität Halle, Mathematik
- Dr. Chris Tedjasukmana**, Freie Universität Berlin, Filmwissenschaft
- Dr. Angelika Timm**, Politologie/Geschichte
- Prof. Dr. Patrizia Tolle**, Fachhochschule Frankfurt a. M., Pflege- und Gesundheitswissenschaft
- Dr. Vassilis Tsianos**, Universität Hamburg, Philosophie
- Dr. Christina Ujma**, Universität Paderborn, Sprach- und Kulturwissenschaft
- Dr. Peter Ullrich**, Technische Universität Berlin, Sozialwissenschaft
- Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe**, Universität Wien (A), Soziologie
- Prof. Dr. jur. habil. Willi Vock**, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Rechtswissenschaft
- Jun.-Prof. Dr. Friedemann Heinrich Vogel**, Universität Heidelberg, Linguistik
- Prof. Dr. Susanne Völker**, Universität Köln, Soziologie
- Dr. phil. Heinz-Jürgen Voß**, Hochschule Merseburg, Sexualwissenschaften
- Prof. Dr. Klaus Weber**, Fachhochschule München, Psychologie
- Prof. Dr. Martina Weber**, Hochschule Emden/Leer, Gender Studies
- Prof. Dr. Klaus Weinhauer**, Universität Bielefeld, Geschichte
- PD Dr. Wolfgang Weiß**, Universität Greifswald, Geografie
- Dr. Christa Wichterich**, Soziologie
- Prof. Dr. Hanns Wienold**, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kathrin Wildner**, Universität Frankfurt (Oder), Sozialgeografie
- Prof. Dr. Anita Winter**, Universität Duisburg, Mathematik
- Prof. Dr. Werner Winzerling**, Hochschule Fulda, Informatik
- Prof. Dr. Markus Wissen**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Sozialwissenschaft/Sozialkunde
- Dr. Dietmar Wittich**, Soziologie
- Dr. rer. nat. Markus Wöhr**, Universität Marburg, Psychologie
- Dr. Safiye Yıldız**, Universität Tübingen, Entwicklungspolitik
- PD Dr. Aram Ziai**, Universität Kassel, Sozialwissenschaft
- Dr. Birgit zur Nieden**, Humboldt-Universität zu Berlin, Sozialwissenschaft/Sozialkunde

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Politische Kommunikation wollen die Bildungsangebote, publizistischen Interventionen und wissenschaftlichen Beiträge der Stiftung einem breiten Publikum umfassend und gut verständlich vermitteln. Aus dieser Aufgabenstellung speist sich ihr Selbstverständnis als Bindeglied zwischen der linken Bildungsinstitution und der Öffentlichkeit.

Dabei bedingt die Kommunikation «nach außen» eine intensive Kommunikation «nach innen»: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung kooperieren mit allen Bereichen der Stiftung – bundesweit und international. In Zusammenarbeit mit der Gesamtstiftung und dem Umfeld übernehmen sie deshalb eine Vielfalt von Aufgaben, oftmals selbst öffentlich in Erscheinung tretend als Moderatorin oder Referent – insofern sind sie viel mehr als nur Dienstleistende «hinter den Kulissen».

Die «Polkomm» ist verantwortlich für die verschiedenen Publikationsreihen, betreut die Online-Präsenz und das Journal *RosaLux*, erstellt den Jahresbericht und einen monatlichen Online-Newsletter, hält die Medien im In- und Ausland über die Aktivitäten der Stiftung auf dem Laufenden, kümmert sich um die Produktion und den Vertrieb von Werbeträgern und unterstützt die Organisation von Ausstellungen. Im Jahr 2015 gab die Rosa-Luxemburg-Stiftung über 100 Publikationen heraus – von den «Standpunkte»-Papieren über die Broschüren der Reihen «luxemburg argumente», «Analysen» und «Materialien» bis zu den Buchveröffentlichungen mit kooperierenden Verlagen.

In einem breiten Netzangebot schlägt sich die wachsende Bedeutung des Internets für die Öffentlichkeitsarbeit nieder: Neben den Webseiten unter www.rosalux.de sowie diversen Blogs nutzt die Stiftung soziale Medien wie Facebook und Twitter, Google+, Youtube und SoundCloud zur Verbreitung ihres Angebots. Dabei nimmt die Dokumentation von Veranstaltungen per Audio oder Video einen immer größeren Stellenwert ein. So können die Bildungsangebote der Stiftung unabhängig von Zeit und Ort genutzt werden.

Des Weiteren ist «Polkomm» federführend in zentrale Projekte der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingebunden. Dazu zählen die Arbeit zu netzpolitischen Themen, die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung des «Fests der Linken», das am Rosa-Luxemburg-Platz in der Mitte Berlins jedes Jahr mehrere Tausend Gäste anlockt, und die Betreuung von Besuchergruppen aus den Wahlkreisen linker Bundestagsabgeordneter. Nicht zuletzt war und ist der Bereich Politische Kommunikation bei den Planungsprozessen innerhalb der Stiftung, der Erarbeitung von internen wie externen Kommunikationsstrategien oder beim Aufbau einer zentralen Adressdatenbank gefragt.



100 Tage Syriza: Die Timeline auf der Webseite der Stiftung fand große Beachtung.

KURZER FRÜHLING IN ATHEN

SOLIDARITÄT DURCH BILDUNGSARBEIT

Die griechische Parlamentswahl vom 25. Januar 2015 hat so große Aufmerksamkeit erregt wie kaum eine andere Wahl in Europa in den letzten 25 Jahren. Mit dem Sieg des Linksbündnisses Syriza keimte in der Linken Europas die Hoffnung auf einen Bruch mit der vorherrschenden Austeritätspolitik auf. Doch am Ende der monatelangen Verhandlungen mit der EU standen die Niederlage Syrizas und ein drittes Sparpaket, das die Linksregierung nun umsetzen muss.

In enger Kooperation mit dem Büro der Stiftung in Athen setzten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Lage in Griechenland und den dortigen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auseinander. Als Syriza unter schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen im Januar 2015 die Führung der griechischen Regierung übernahm, wurde dies zu einem der öffentlichen Debatte bestimmenden Thema. Daran beteiligte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung in vielfältiger Weise und fand mit ihren publizistischen Aktivitäten weit über das Stiftungsumfeld hinaus Anerkennung.

Unter Federführung des Bereichs Politische Kommunikation entstand auf der Webseite der Stiftung ein Dossier mit dem Titel «Die Linke und die Krise in Griechenland», das Analysen und Hintergrundtexte zum Thema bietet. Auch Stimmen aus der griechischen Linken, die in den deutschen Medien sonst kaum zu vernehmen waren, fanden hier Raum. Fakten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes waren ebenso abrufbar wie Informationen und Kommentare zu den Auseinandersetzungen der griechischen Regierung mit den internationalen Gläubigern sowie zu den innenpolitischen Kämpfen in Griechenland. Am 6. Mai 2015, als die von Syriza geführte Regierung 100 Tage im Amt war, ging eine Timeline auf rosalux.de online, die chronologisch die bis dahin geführten Kontroversen nachzeichnete und bilanzierte, was die griechische Linke erreicht hatte.

Sechs Wochen nach der Wahl erschien in Zusammenarbeit mit der Tageszeitung *Neues Deutschland* ein 64-seitiges Dossier über den «ersten Akt des griechischen Frühlings». Es versammelt Texte, die die Motive und Ziele der Regierung in Athen deutlich machen, sowie offizielle Papiere, von denen oft die Rede war – deren vollständigen Inhalt aber kaum jemand kannte. Im April 2015 legte die Stiftung zudem in der Reihe «Materialien» den Band »Die Halbstarke von Athen.« Fünf Jahre Euro-Krise – Irrtümer, Interessen und Profiteure» auf, eine Weiterführung des in der Reihe «luxemburg argumente» erschienenen Hefts zu Griechenland.

Der Versuch, durch Verhandlungen mit den Gläubigern die Austeritätspolitik zu beenden und einen Ausweg aus der Krise in Griechenland zu eröffnen, scheiterte. Die Eurogruppe unter der Führung der deutschen Regierung und die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) erzwang eine Fortsetzung der Umverteilung von den beherrschten Klassen zu den Kapitaleignern sowie den weiteren Ausverkauf des noch verbliebenen öffentlichen Eigentums. Die griechische Regierung wurde erpresst, indem die EZB den griechischen Banken den Geldhahn zudrehte. Im August 2015 erschien daraufhin unter dem Titel «#ThisIsACoup» ein zweites Dossier des *Neuen Deutschland*, das ebenfalls in Kooperation mit der Stiftung herausgegeben wurde und die Wende im griechischen Frühling thematisiert. Mit der Ansetzung des Referendums Ende Juni und dem überwältigenden «Oxi» (Nein) zur Gläubigerpolitik Anfang Juli wagte die Syriza-geführte Regierung einen Schritt nach vorn – dem mit der am 13. Juli akzeptierten Vereinbarung des Eurogipfels etwas folgte, was viele als Kapitulation kritisiert haben. «Die Niederlage verstehen heißt, den Sieg vorzubereiten», schrieben Aktivistinnen und Aktivisten von «Blockupy goes Athens» nach diesen Ereignissen. Der Aufgabe, diese Aufarbeitung zu begleiten, sieht sich die Stiftung nach dem «Putsch von Brüssel» weiterhin verpflichtet.

www.rosalux.de/100-tage-syriza

www.rosalux.de/griechenland





AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SCHRIFTENREIHEN DER STIFTUNG

Lucie Billmann (Hrsg.)
Unheilige Allianz
 Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg
 Reihe Materialien, 40 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41518

Friedrich Burschel (Hrsg.)
Aufstand der «Wutbürger»
 AFD, christlicher Fundamentalismus, PEGIDA und ihre gefährlichen Netzwerke
 Reihe Papers, 96 Seiten,
 ISSN 2194-0916
 Download: www.rosalux.de/publication/41668

Mario Candeias (Hrsg.)
Rechtspopulismus in Europa
 Linke Gegenstrategien
 Reihe Materialien, 76 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41698

Malte Daniljuk (Hrsg.)
Facetten eines Konflikts
 Hintergründe und Deutungen des Krieges in der Ukraine
 Reihe Materialien, 56 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41078

Frank Deppe
Einheit oder Spaltung?
 Überlegungen zur Debatte um die Einheitsgewerkschaft
 Reihe Analysen, 24 Seiten,
 ISSN 2194-2951
 Download: www.rosalux.de/publication/41548

Barbara Fried, Hannah Schurian (Hrsg.)
Um-Care
 Gesundheit und Pflege neu organisieren
 Reihe Materialien, 56 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41805

Michael Fütterer, Markus Rhein
«Erneuerung geht von unten aus»
 Neue gewerkschaftliche Organisationsansätze im Einzelhandel – Das Beispiel H&M
 Reihe Analysen, 56 Seiten,
 ISSN 2194-2951
 Download: www.rosalux.de/publication/41574

Bernd Hüttner (Hrsg.)
Verzögerter Widerstand
 Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg
 Manuskripte Neue Folge Bd. 14, 120 Seiten, ISSN 2194-864X
 Download: www.rosalux.de/publication/41535

Christoph Jünke
Vergangenheit, die nicht vergeht
 Die deutsche Linke und der lange Schatten des Stalinismus
 Standpunkte 16/2015, 4 Seiten,
 ISSN 1867-3163
 Download: www.rosalux.de/publication/41480

Horst Kahrs
Wahlenthaltung als Klassenwahlverhalten
 Zu neueren Befunden aus der Wahlforschung
 Reihe Papers, 48 Seiten,
 ISSN 2194-0916
 Download: www.rosalux.de/publication/41620

Felix Korsch
Pegida und der Verfassungsschutz
 Reihe Analysen, 40 Seiten,
 ISSN 2194-2951
 Download: www.rosalux.de/publication/41812

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
Jenseits der Prekarität
 Materialien für politische Bildung und linke Politik
 Bildungsmaterialien, 36 Seiten
 Download: www.rosalux.de/publication/41533

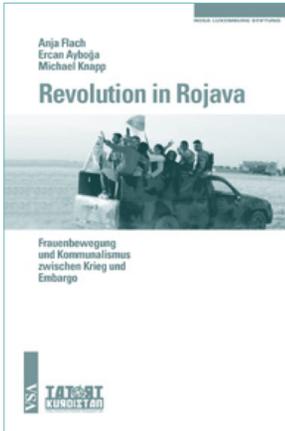
Rainald Ötsch, Axel Troost
Bankenabwicklung: Zwischen Fata Morgana und Wirklichkeit
 Reihe Analysen, 36 Seiten,
 ISSN 2194-2951
 Download: www.rosalux.de/publication/41636

Tanja Tabbara, Wilfried Telkämper (Hrsg.)
Dialog mit dem Politischen Islam
 Zwei Meinungen zu den Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit mit Akteuren des politischen Islam
 Reihe Materialien, 28 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41077

Stephan Kaufmann
«Die Halbstarke von Athen»
 Fünf Jahre Euro-Krise – Irrtümer, Interessen und Profiteure
 Reihe Materialien, 36 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41374

Kadriye Karcı (Hrsg.)
Überleben und Erinnern als Widerstand
 100 Jahre nach dem Genozid an den Armenier/innen
 Reihe Materialien, 52 Seiten,
 ISSN 2199-7713
 Download: www.rosalux.de/publication/41579

Eva Kaufmann, Ursula Schröter, Renate Ullrich
Kinder-Bilder in der DDR
 Nachträgliche Entdeckungen in ausgewählten bildungspolitischen Dokumenten, literarischen Werken und DEFA-Filmen für Erwachsene – Drei Studien
 Manuskripte Neue Folge Bd. 13, 292 Seiten, ISSN 2194-864X
 Download: www.rosalux.de/publication/41255



Harald Pätzolt
Linke Parteien in Koalitionsregierungen – die deutsche Erfahrung
 Ein Beitrag zur europäischen vergleichenden Parteienforschung
 Manuskripte Neue Folge Bd. 15, 84 Seiten, ISSN 2194-864X
 Download: www.rosalux.de/publication/41834

Jan Kühn
Der Chavismus in der Krise
 In Venezuela steht derzeit das Vermächtnis der bolivarianischen Revolution auf dem Spiel
 Standpunkte 15/2015, 4 Seiten, ISSN 1867-3163
 Download: www.rosalux.de/publication/41493

Brett Scott
Visionen eines Leviathans
 Die politischen Implikationen der Bitcoin-Technologie
 Standpunkte 7/2015, 4 Seiten, ISSN 1867-3163
 Download: www.rosalux.de/publication/41301

Sebastian Strube
Die Entstehung des digitalen Prekariats
 Crowdworker im Internet haben kaum Rechte und verdienen wenig – dennoch beginnen sie sich zu organisieren
 Standpunkte 2/2015, 4 Seiten, ISSN 1867-3163
 Download: www.rosalux.de/publication/41083

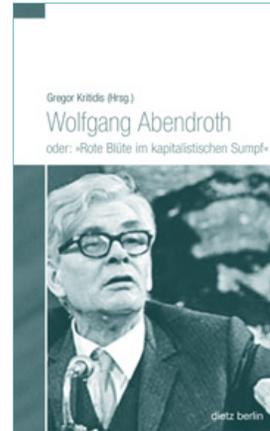


IM VSA: VERLAG

Ercan Ayboga, Anja Flach, Michael Knapp
Revolution in Rojava
 Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo
 VSA: Verlag, 352 Seiten, ISBN 978-3-89965-665-7
 Steht unter der Creative Commons License
 Download: www.rosalux.de/publication/41353

Danlie Behruzi
Wettbewerbspakte und linke Betriebsratsopposition
 Fallstudien in der Automobilindustrie
 VSA: Verlag, 424 Seiten, ISBN 978-3-89965-679-4
 Steht unter der Creative Commons License
 Download: www.rosalux.de/publication/41824

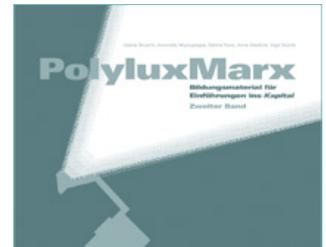
Wladislaw Hedeler, Mario Keßler (Hrsg.)
Reformen und Reformer im Kommunismus
 Für Theodor Bergmann. Eine Würdigung
 VSA: Verlag, 416 Seiten, ISBN 978-3-89965-635-0
 Steht unter der Creative Commons License
 Download: www.rosalux.de/publication/41431



Ralf Krämer
Kapitalismus verstehen
 Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart
 VSA: Verlag, 256 Seiten, ISBN 978-3-89965-644-2
 Steht unter der Creative Commons License
 Download: www.rosalux.de/publication/41391

Mimmo Porcaro
Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert
 Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 4
 VSA: Verlag, 120 Seiten, ISBN 978-3-89965-676-3
 Steht unter der Creative Commons License
 Download: www.rosalux.de/publication/41820

Judith Vey
Gegen-hegemoniale Perspektiven
 Analyse linker Krisenproteste in Deutschland 2009/2010
 VSA: Verlag, 272 Seiten, ISBN 978-3-89965-626-8
 Steht unter der Creative Commons License
 Download: www.rosalux.de/publication/41821



IM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Ronald Friedmann
Arthur Ewert
 Revolutionär auf drei Kontinenten
 Band XIX der Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus
 Karl Dietz Verlag Berlin, 448 Seiten, ISBN 978-3-320-02319-5

Valeria Bruschi, Antonella Muzzupappa, Sabine Nuss, Anne Steckner, Ingo Stützle
«Polyluxmarx». Erster Band
 Bildungsmaterial zur «Kapital»-Lektüre
 Karl Dietz Verlag Berlin, 136 Seiten, inkl. CD, ISBN 978-3-320-02286-0

Valeria Bruschi, Antonella Muzzupappa, Sabine Nuss, Anne Steckner, Ingo Stützle
«Polyluxmarx». Zweiter Band
 Bildungsmaterial für Einführungen ins «Kapital»
 Karl Dietz Verlag Berlin, 68 Seiten, ISBN 978-3-320-02308-9

Gregor Kritidis (Hrsg.)
Wolfgang Abendroth oder: «Rote Blüte im kapitalistischen Sumpf»
 Reihe Historische Miniaturen
 Karl Dietz Verlag Berlin, 144 Seiten, ISBN 978-3-320-02318-8

Rosa Luxemburg
Arbeiterrevolution 1905/06: Polnische Texte
 Herausgegeben von Holger Politt
 Karl Dietz Verlag Berlin, 344 Seiten, ISBN 978-3-320-02302-7

ARCHIV UND BIBLIOTHEK

Das Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) stellt einer interessierten Öffentlichkeit ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung und ihren Stipendiaten und Stipendiatinnen ein umfangreiches Angebot an Literatur und Archivmaterial zur Verfügung. Schwerpunkte des 1999 gegründeten Archivs sind Informationen zur politischen Entwicklung und Geschichte der Partei DIE LINKE, ihres Umfeldes und ihrer Quellorganisationen PDS und WASG. Literatur und Quellenmaterial zu den Themen und Fragestellungen, die für eine emanzipatorische, linke Politik im Sinne der Idee eines demokratischen Sozialismus relevant sind, vervollständigen das Archiv. Im Zentrum steht dabei die Aufgabe, Dokumente zur Entstehung und Entwicklung derjenigen politischen Grundströmung in der Bundesrepublik zu sammeln, zu bewerten, zu erschließen, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, die von der Partei DIE LINKE repräsentiert wird.

Auch die Bestände der Bibliothek legen neben allgemeinen Publikationen zur linken Geschichte und Theoriebildung die Schwerpunkte auf die Partei DIE LINKE und ihr Umfeld, die Rosa-Luxemburg-Stiftung selbst sowie nicht zuletzt auf Literatur von und zur Namenspatronin der Stiftung, Rosa Luxemburg.

Das ADS hat 2015 zwei neue Bände in seiner Findbuchreihe veröffentlicht. Sie liegen in einer Printfassung vor, sind aber auch über den Internetauftritt der Stiftung abrufbar. Ende März erschien das Findbuch 13 «Dr. Heidi Knake-Werner, MdB (1994 bis 2002)». Der Bestand beinhaltet Unterlagen zu der Tätigkeit von Heidi Knake-Werner als Bundestagsabgeordnete. Er dokumentiert vor allem ihre Bedeutung als profilierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikerin sowie ihre Arbeit als stellvertretende Vorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Fraktion im Bundestag. Dem Verzeichnungsteil des Findbuchs ist ein Vorwort vorangestellt, das die politische Biografie und die Tätigkeitsfelder der Politikerin umreißt, zudem werden die Bildung und Bearbeitung des rund 22 laufenden Meter Akten umfassenden Bestands erläutert.

Das Findbuch 15 zum Bestand «Landesverband der PDS Mecklenburg-Vorpommern (1989 bis 2007)» verzeichnet erstmalig die Überlieferung eines Landesverbands der PDS. Rund 17 laufende Meter Akten bilden die Geschichte des Landesverbands sowie die Regierungsbeteiligung der PDS im Landtag Mecklenburg-Vorpommern bis zur Neugründung der Partei DIE LINKE ab. Dokumentiert ist vor allem die Arbeit des Landesvorstands. Die Unterlagen zu Vorstandssitzungen, Landesparteitagen, Wahlen und den Gremien des Landesverbands werden durch eine umfangreiche Materialsammlung ergänzt, die unter anderem die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften sowie der Landtagsfraktion widerspiegelt. Neben dem Verzeichnungsteil enthält das Findbuch Informationen und Übersichten zum Landesverband der PDS und zu seinen Strukturen.

«PLAKATE LIEFERN ORIENTIERUNG»

EIN GESPRÄCH MIT KATHARINA KÖPPING ÜBER
DIE PLAKATSAMMLUNG DES ARCHIVS

Welche Plakate werden im Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) gesammelt?

Köpping: Durch eine Übernahme von rund 1.400 Plakaten aus dem Kultur- und Informationszentrum des Karl-Liebknecht-Hauses und anderen kleineren Beständen waren wir im Herbst 2015 förmlich gezwungen, uns dem Aufbau und der Profilierung einer Plakatsammlung zuzuwenden. Analog zu dem Dokumentations- und Sammlungsprofil der anderen Archive der politischen Stiftungen in Deutschland stehen dabei thematisch die Wahlkämpfe der uns nahestehenden Partei auf Bundes-, Landes- und kommunaler sowie auf europäischer Ebene im Vordergrund – Veranstaltungen, Themen und Kampagnen gehören auch dazu. Der Bestand umfasst die Überlieferung der PDS, WASG und der Partei DIE LINKE von 1990 bis heute. Aufbewahrt werden auch die Plakate der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Stiftungsverbands.

Woher bekommt das ADS die Materialien?

Köpping: In der Regel werden sie bei Ablieferungen von inhaltlichen Dokumenten des Bundesvorstands, der Landesverbände und aus den Büros von Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie Mitgliedern des Europaparlaments «mit» übergeben. Seit längerem versuchen wir, mit den herstellenden Agenturen zu regeln, dass wir in Zukunft die Plakate mit den dazugehörigen Dateien direkt von ihnen bekommen.

Wie ist das Material zugänglich?

Köpping: Unser Ziel ist es, unserem gesellschaftlichen Auftrag entsprechend, die Plakate der Partei DIE LINKE und ihrer Quellorganisationen der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung zu stellen. Das Archiv ist von Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr geöffnet. Darüber hinaus arbeiten wir zurzeit an der Online-Präsentation des Bestands – das Fernziel ist unsere Teilnahme an dem wichtigsten deutschen Webportal www.archivportal-d.de. Unter anderem für die Darstellung im Netz hoffen wir, auch die bei der Erstellung der Plakate entstandenen Bilddateien – sogenannte Born-digital-Objekte – zu bekommen, um eine nachträgliche Digitalisierung zu vermeiden.

Welche Bedeutung hat der Bestand?

Köpping: Diese Frage möchte ich ausnahmsweise aus einer kunsthistorischen Perspektive beantworten. Ich habe eine starke Affinität zu bildlichen Quellen, die sich hier im ADS natürlich aus dem politischen Kontext erschließen. Nach meinen Erfahrungen werden sie oft weniger wahrgenommen und von der historischen Forschung marginalisiert. Das widerspricht aber einem stark am Bild orientierten Zeitgeist. Parteipolitische Plakate spielen zum Beispiel in der schulischen Bildungsarbeit eine große Rolle. Im Zuge jedes Wahlgeschehens werden die parteipoli-

Ohne Frau



geht nichts

PDS

Bestandteil der Sammlung: Plakat der PDS aus dem Jahr 1994

tischen Programme auch in den Medien anhand der jeweiligen Plakatkampagnen diskutiert. Und nicht zuletzt liefern Plakate – als stark reduzierte Bild-Text-Vorlagen – mögliche Orientierungen für die politische Identifikation. Sich damit aus historischer Perspektive zu beschäftigen finde ich sehr spannend. Als in der DDR sozialisierte Frau erinnere ich mich zum Beispiel an ein Plakat gegen den Paragraphen 218 aus dem Jahr 1994, einer Zeit, in der im Zuge der Gestaltung des Vereinigungsprozesses eine lebendige und längst überfällige Debatte um die doch sehr unterschiedlichen Frauenrechte in Ost und West geführt wurde. Zudem verkörpern Plakate mit ihren zugespitzten Statements Extreme und können so ins Visier des politischen Gegners geraten. Ein schönes Beispiel ist die sogenannte Rote-Socken-Kampagne, die von der CDU in den 1990er Jahren entfacht, von der FDP aufgenommen und dann von der PDS mit eigenen Bezügen positiv umgedeutet wurde. Ein anderes Beispiel ist die Anti-Nazi-Kampagne der PDS von 1994. Als die ersten Plakate auftauchten, auf denen ein Hinterkopf mit einrasierten Runen zu sehen war, ermittelte die Polizei Salzwedel in Sachsen-Anhalt gegen die PDS wegen des Anfangsverdachts einer Straftat! Und natürlich gehören diese Materialien zur Geschichte der Parteien und damit als wichtige Sammlungsobjekte zu uns ins Archiv.

BERICHTE AUS DER STIFTUNG

25 JAHRE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Am 27. November 2015 beging die Stiftung ein beachtliches Jubiläum: ein Vierteljahrhundert im Dienst der politischen Bildung. Rund 400 Gäste kamen zum Festakt dorthin, wo ab dem Jahr 2017 das neue Gebäude der Stiftung entstehen soll: auf dem Gelände des ehemaligen Postbahnhofs in Berlin-Friedrichshain. Der in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche P.Ostbahnhof Club, in dem normalerweise Konzerte stattfinden, ist vielleicht nicht ganz der Ort, den sich viele für einen solchen Festakt vorgestellt hätten. Er erwies sich dennoch als eine hervorragende Wahl.

Im Rahmen des Festprogramms fanden weitere Veranstaltungen statt: So verlieh die Stiftung am 26. November in der Berlinischen Galerie den Hans-und-Lea-Grundig-Preis und am 27. November gab die Veranstaltung «Die Stiftung international – ein Ausschnitt» einen Einblick in die vielfältige Auslandsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vier Vertreterinnen und Vertreter von Partnerorganisationen der Stiftung aus vier Kontinenten sprachen zu einigen der zentralen Themen der internationalistischen Arbeit: zu Flucht und Migration, Gesellschaftstransformation, Ernährung und Welthandel sowie Extraktivismus.

Um die Arbeit der Stiftung zu würdigen und um gemeinsam zu feiern, kamen Botschafter, Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Vertreterinnen und Vertreter von anderen politischen Stiftungen, Organisationen und Verbänden sowie Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihrer Eröffnungsrede würdigte die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann die beachtliche Leistung der Gründungsmütter und -väter der Stiftung und betonte die beeindruckende Entwicklung, die die Stiftung seither genommen hat. Sie sei nicht nur stetig gewachsen, besonders in den letzten Jahren, sie habe auch die richtigen Ziele. Eines, wofür sich die Stiftung mit ihren politischen Bildungsangeboten und Aktivitäten besonders einsetze, sei ein Europa der Gemeinsamkeiten. «Alternativlos» sei das Wort der Kanzlerin – nicht das der Stiftung. Die wolle Alternativen zu den herrschenden Verhältnissen entwickeln.

An diesem Ziel festzuhalten, das forderte auch der zweite Festredner: Hans-Ulrich Jörges vom *Stern*. In seinem Grußwort erinnerte er die Anwesenden daran, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die ihr nahestehende Partei DIE LINKE seien dem demokratischen Sozialismus verpflichtet und sollten sich vor einer Sozialdemokratisierung hüten. Wer den Sozialismus anstrebe, dem bleibe nichts anderes übrig, als die Eigentumsfrage zu stellen. Grundsätzlich könne die Stiftung



1992

Friedensaktivistin Laura von Wimmersperg und Schauspieler Erwin Geschonneck bei der Konferenz «Gelebte Geschichte – Deutsche Biografien im Widerstreit» in Berlin



1994

Hans Modrow (l.) befragt in der Reihe «Meine Biografie» in Berlin den Publizisten Wolfgang Leonhard. Rechts im Bild: Michael Brie



2003

Am Infostand der Stiftung beim ersten ökumenischen Kirchentag in Berlin

**HIGHLIGHTS
AUS
25 JAHREN
STIFTUNGS-
ARBEIT**

Mit einer eigenen Delegation ist die Stiftung beim Weltsozialforum in Porto Alegre (Brasilien) vertreten.

2005



Im Jüdischen Theater von Warschau erhält die Leiterin des Stiftungsbüros Ostmitteleuropa, Joanna Gwiazdecka (3. v. r.), die Auszeichnung «Aufstand im Warschauer Ghetto».



2011

ihren Namen mit Stolz tragen. Es gebe schließlich in der Geschichte der sozialistischen Linken nicht allzu viele unbefleckte Namen – Rosa Luxemburg sei einer von ihnen. Damit traf Hans-Ulrich Jörges an diesem Abend den richtigen Ton und wurde mit viel Applaus belohnt.

Auf dem Podium präsentierten sich anschließend mit Jane Angerjäv, Thomas Händel, Jan Korte, Gabriele Gün Tank und Evelin Wittich «fünf Gesichter aus 25 Jahren Rosa-Luxemburg-Stiftung». Evelin Wittich, Mitglied der ersten Stunde, ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied und bis vor Kurzem Direktorin der Akademie für Politische Bildung, gab einen Einblick in die Gründungsphase der Stiftung, die sie maßgeblich mitgeprägt hat. Jane Angerjäv beschrieb ihren Weg zur Stiftung als junge Stipendiatin und die Förderziele des Studienwerks, in dem sie mittlerweile als stellvertretende Direktorin tätig ist. Thomas Händel, Abgeordneter für DIE LINKE im Europäischen Parlament und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung, sprach über die Bedeutung des dritten Bildungswegs. Einblicke in die Geschichts- und Erinnerungspolitik gab sein Vorstandskollege Jan Korte (stellvertretender Vorsitzender von der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag) anhand seines Buches «Kriegsverräter», in dem er Kontinuitäten des Antikommunismus beschreibt. Gabriele Gün Tank, Journalistin, Integrationsbeauftragte von Tempelhof-Schöneberg und seit 2014 im Vorstand der Stiftung, erläuterte Anforderungen und Erfahrungen aus der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten und Formen ihrer Selbstorganisation. Musikalisch wurde der Abend begleitet von der griechischen Band «Lizeta Kalimeri & Friends». Der Abend klang mit Klaviermusik aus. Auch nachdem das letzte Wort auf der Bühne längst gesprochen war, wurde noch lange geredet, gelacht, gefeiert und auf die nächsten 25 Jahre angestoßen.

.....

Auf dem Festakt vorgestellt wurde der Jubiläumsband **«Ich lebe am fröhlichsten im Sturm»**. Dessen Autorinnen und Autoren informieren über das Selbstverständnis und die Tätigkeiten der vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung im In- und Ausland – ergänzt durch Dokumente und Fotos aus 25 aufregenden Jahren.



DAGMAR ENKELMANN/
FLORIAN WEIS (HRSG.)
«ICH LEBE AM FRÖHLICHSTEN IM STURM»
25 JAHRE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG: GESELLSCHAFTS-ANALYSE UND POLITISCHE BILDUNG
VSA: Verlag 2015

.....



Preisverleihung am 26. November 2015 in der Berlinischen Galerie

KUNST ZU FLUCHT UND EXIL GEWÜRDIGT

MEHR ALS 250 BEWERBUNGEN FÜR DEN HANS-UND-LEA-GRUNDIG-PREIS 2015

Auch 2015 hat die Stiftung einen Preis in Erinnerung an die antifaschistischen Künstler Hans Grundig (1901–1958) und Lea Grundig (1906–1977) vergeben. Sie würdigte damit die Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Migration auf künstlerischem, kunsthistorischem und kunstvermittelndem Gebiet. Ausgezeichnet in der Kategorie Bildende Kunst wurde die Performance- und Videokünstlerin Olga Jitlina aus St. Petersburg für ihre interaktiven Arbeiten über das harte Los und die Heimatlosigkeit, aber auch den Widerstandsgeist von Migrantinnen und Migranten in Nordamerika und Russland. Den Preis in der Kategorie Kunstgeschichte erhielten Lith Bahlmann und Matthias Reichelt (beide Berlin) für ihr Buch «Sogar der Tod hat Angst vor Auschwitz» über Leben und Werk der österreichischen Romni und Künstlerin Ceija Stojka (1933–2013). In der Kategorie Kunstvermittlung wurde das Projekt «Aus dem zweiten Leben. Dokumente vergessener Architekturen» von Ines Weizman und ihrem Team von der Bauhaus-Universität Weimar prämiert, das sich Biografien deutsch-jüdischer Architektinnen und Architekten im Exil widmet. Die Preisverleihung am 26. November in der Berlinischen Galerie verfolgten mehr als 200 Gäste. Neben Thomas Köhler, Museumsdirektor, und Florian Weis, Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sprach die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau. Die Laudationes hielten die Juryvorsitzenden Eva Atlan, Eckhart Gillen sowie Thomas Flierl. Die Ausschreibung war mit fast 260 Bewerbungen auf ein enormes Interesse gestoßen. Begleitend erschien die Publikation «Lea Grundig: Kunst in Zeiten des Krieges», die einen bislang weitgehend unbekanntem Text der Preisstifterin sowie Abbildungen ihrer Kunstwerke enthält. Im Vorfeld der nächsten Preisvergabe im Jahr 2017 sind insbesondere Aktivitäten zur historisch-kritischen Erforschung Hans Grundigs und seiner Zeit in Dresden geplant.



Für den Münzenberg-Kongress waren die Räumlichkeiten aufwendig geschmückt.

GLOBALE RÄUME FÜR RADIKALE SOLIDARITÄT

ERSTER INTERNATIONALER
WILLI-MÜNZENBERG-KONGRESS IN BERLIN

So international wie an diesem langen Wochenende am Franz-Mehring-Platz in Berlin ist es bei den von Willi Münzenberg initiierten Kongressen wohl auch zugegangen. Nordeuropäerinnen trafen auf Franzosen, Schweizerinnen und Russen auf Amerikaner. Kamen damals Kommunistinnen, Kommunisten und andere aus aller Welt, so waren es vom 17. bis 20. September 2015 vor allem über den Kommunismus forschende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus über einem Dutzend Ländern. Insgesamt wurden den rund 250 Kongressbesuchern 37 Vorträge in zehn Panels geboten.

Es ging in einem weiten Bogen um das Wirken und um die Ideen von Willi Münzenberg (1889–1940), um sein Medienimperium und die Geschichte der von ihm in der Zwischenkriegszeit geknüpften internationalen Netzwerke. Themen, die klassischerweise eng mit der Arbeiterbewegung verbunden werden, wie etwa internationale Solidarität, Bündnispolitik oder die Hoffnung auf die damals noch junge Sowjetunion, kamen zur Sprache. Es gab Beiträge zur linken Filmästhetik oder Debatten darüber, ob die Europavorstellungen in der Zwischenkriegszeit als positive Visionen einer pluralen Linken jenseits von Stalinismus und Sozialdemokratie dienen können. Vorträge zum Antikolonialismus und zur antistalinistischen Erweiterung des Antifaschismus in den 1930er Jahren rundeten das Bild ab.

Einen auch räumlich weiten Fokus boten dann die Keynotes, in denen beispielsweise Holger Weiss (Turku/Finnland) global operierende gewerkschaftliche Netzwerke von Seeleuten, Hafearbeitern und anderen Arbeiterinnen vorstellte, die unter dem Label eines radikalen «Black Atlantic» erforscht werden. In seinem Vortrag über die «Internationale Arbeiterhilfe 1921–1933» hob Kasper Braskén (ebenfalls aus Finnland) die Bedeutung der selbst erfahrenen Solidarität hervor, mit der die Lohnabhängigen von der Notwendigkeit revolutionären Handelns überzeugt werden sollten. Dieser Gedanke der gegenseitigen Solidarität

war wesentliches Element auch in Münzenbergs schon damals global ausgerichtetem Engagement. In heutigen Zeiten, in denen der Optimismus dumm und der Pessimismus träge zu machen droht, könnte Münzenberg als Protagonist einer «kulturellen Internationale», eines humanitären und demokratischen Sozialismus durchaus ein Vorbild sein. Nach 1933 kämpfte Münzenberg für eine deutsche Volksfront, bevor er nach dem Stalin-Hitler-Pakt mit seinem Artikel «Der Verräter, Stalin, bist Du!» einer der exponiertesten Kritiker des Stalinismus wurde.

Aktuelle Informationen zu den Aktivitäten des Münzenberg-Forums gibt es unter: www.muenzenbergforum.de.



Ein Zirkuszelt war eine Woche lang Ort für Ausstellungen, Veranstaltungen und Konzerte.

«DIE WIDERSPENSTIGE INTERNATIONALE»

«Die widerspenstige Internationale» bot eine Vielzahl von Perspektiven auf die Bewegungen der Migration. In einem Zirkuszelt auf dem künftigen Baugelände der Stiftung in Berlin fanden vom 16. bis zum 25. Juli 16 Veranstaltungen statt. Im Zentrum stand die Ausstellung «We will rise!» über die Protestbewegung der Geflüchteten in Berlin. Zudem kamen Theaterstücke zur Aufführung wie die Asyl-Dialoge sowie eine Performance von Lampedusa in Hamburg und dem Schwabinggrad Ballett. Philipp Rucht vom Zentrum für politische Schönheit, Tresó von Voix des Migrants und Julia Maikowsky von watch the med diskutierten die Frage «Was tun gegen das Sterben im Mittelmeer?». Imran Ayata führte die Songs of Gastarbeiter vor, die einen unterhaltsamen Einblick in die migrantische Popkultur seit den 1960er Jahren lieferten. Ein Activist-Speeddating versuchte, neue Verbindungen zu knüpfen. Zudem gab es Vorträge zu medizinischer Versorgung von Migrantinnen und Migranten sowie über Racial Profiling vonseiten der Polizei. Konzerte, Lesungen und Filme rundeten die Veranstaltungsreihe ab.



Erfurt war Schauplatz der hochkarätig besetzten Fachtagung zu Streikrecht und Tarifeinheit, die von Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow eröffnet wurde.

STREIKRECHT - TARIFEINHEIT - GEWERKSCHAFTSPLURALISMUS

FACHTAGUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

In die heftige öffentliche, aber auch innergewerkschaftliche Debatte über die Tarifeinheit und den dazu vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung intervenierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr 2015 mit einer viel beachteten Fachtagung. Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten unter dem Titel «Streikrecht – Tarifeinheit – Gewerkschaftspluralismus» am 13. April in Erfurt über Pro und Contra des Gesetzentwurfs und seine möglichen Auswirkungen auf das Streikrecht. Besonders bemerkenswert war daran, dass hier Kontrahenten der verschiedenen Lager wie der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Reinhard Göhner, der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, sowie der prominente Arbeitsrechtler und Kritiker des Gesetzentwurfs Wolfgang Däubler zusammentrafen. Zudem waren Vertreterinnen und Vertreter von DGB- und Sparten Gewerkschaften (GDL, Cockpit, Marburger Bund, UFO) sowohl auf dem Podium als auch im Publikum anwesend, außerdem Personen aus Politik und Wissenschaft und mehrere Richter des in Erfurt angesiedelten Bundesarbeitsgerichts. Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Partei DIE LINKE eröffnete mit einer Rede die Fachtagung. Wenige Monate später sollte er vonseiten der GDL als Schlichter für den langwierigen Konflikt bei der Bahn berufen werden.

Eingangs bezeichnete Reinhard Göhner den Gesetzentwurf als Reaktion auf «Exzesse» einzelner, weniger Sparten Gewerkschaften. Dieser Trend könne sich jedoch verstärken. Tarifautonomie brauche Tarifeinheit, so Göhner. Der Entwurf werde nicht zum Ende der Sparten Gewerkschaften führen. Er sei unter Abwägung verschiedener Rechtsgüter zur Sicherung der Tarifautonomie vertretbar und somit nicht grundgesetzwidrig. Wolfgang Däubler, ehemals Hochschullehrer für Rechtswissenschaften an der Universität Bremen, widersprach den Er-

wartungen Göhners, der Gesetzentwurf werde Tarifgemeinschaften fördern. Im Gegenteil. Göhner warnte: Sollte der Entwurf verabschiedet werden, würde dies die Konkurrenz unter den Gewerkschaften verschärfen und damit die gemeinsame Vertretung von Arbeitnehmerinteressen erschweren. Das Grundrecht auf Streik würde in der Substanz ausgehöhlt. Claus Weselsky sah insbesondere die Rechte der «spezialisierten» Gewerkschaften durch den Gesetzentwurf elementar bedroht, weil ihnen faktisch das Streikrecht verwehrt werde – für ihn ein Eingriff in die Organisationsfreiheit und damit ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Deswegen habe sich die GDL entschieden, eine entsprechende Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. «Das Tarifeinheitsgesetz führt zur Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und schwächt die Gewerkschaften. Hier wird nicht Einheit geschaffen, sondern Zwiespalt gesät», bekräftigte Bodo Ramelow.

Für Hintergrundinformationen zu dem Phänomen der Berufs- und Sparten Gewerkschaften und deren tarifpolitischer Rolle sorgte Reinhard Bispinck, Abteilungsleiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, der seine Forschungsergebnisse hierzu vorstellte. Über das Thema Streiks im Bereich der Daseinsvorsorge diskutierten Stefan Greiner, Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Bonn, und Ulrike Wendeling-Schröder, ehemals Professorin für Arbeitsrecht an der Universität Hannover.

Die Konflikte zwischen den Gewerkschaften müssten konstruktiv gelöst werden, betonte Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dazu wolle die Stiftung nicht nur auf dieser Tagung, sondern auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten und eine Gesprächsplattform bieten. So endet die Tagung mit einer von dem Journalisten und Politologen Thomas Leif moderierten Podiumsdiskussion, auf der Claus Weselsky (GDL) mit Vertretern der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), der Gewerkschaft ver.di und des Marburger Bundes über Perspektiven einer Tarifeinheit jenseits des Gesetzes debattierte.

DAS MORGEN INS HEUTE HOLEN - DIE «LINKE WOCHEN DER ZUKUNFT»

Die Zukunft stand eigentlich immer im Zentrum linken Denkens und Handelns. Gegenwärtig scheint es jedoch, als ob wir sie erst wiederbeleben, von historischem Ballast befreien müssten. Die großen linken Entwürfe gehörten nach dem vermeintlichen «Ende der Geschichte» eher der Vergangenheit an, waren entstellte Hoffnungen, die ihren Glanz verloren hatten. Es gilt also, die Idee zurückzuholen, dass es eine linke Zukunft geben könnte: ein gemeinschaftlich gestaltetes und lustvolles Morgen.

Dieser Aufgabe stellte sich die «Linke Woche der Zukunft», die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Abstimmung mit der Partei DIE LINKE und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag im letzten Jahr zum ersten Mal veranstaltet hat. Vom 23. bis 26. April 2015 ging es in dem Gebäude am Franz-Mehring-Platz 1 darum, unterschiedliche Zukünfte zu entwerfen, sie mutig zu denken, aber gleichzeitig auch um die Notwendigkeit, sie heute anfangen zu lassen, sie den gegebenen Kräfteverhältnissen abzurufen.

All das fand in ganz unterschiedlichen Formaten statt, schließlich ging es auch darum, überhaupt einen Einstieg in eine Diskussion mit möglichst vielen zu finden. International und prominent besetzte Podien lieferten zunächst Analysen des Bestehenden: Was ist zu erwarten vom gegenwärtigen Kapitalismus, von der Europapolitik, von Energiewende und Klimapolitik, im Bereich der Gesundheitsversorgung, Pflege und Bildung? Wie werden wir in Zukunft arbeiten? Was hält die Gesellschaft zusammen, wenn die Ungleichheit immer größer wird und die Demokratie dem Markt folgt? In diskussionsorientierten Formaten standen dann Erfahrungen aus der politischen Praxis und konkrete Alternativprojekte im Vordergrund, schließlich nahmen kleinere Workshops die Entwicklung von Strategien für linke Veränderung in den Blick. Die insgesamt über 80 Veranstaltungen umfassten auch Lesungen und Filme sowie andere künstlerische Beiträge, beispielsweise eine Performance von Klebebandkünstlern. Eröffnet worden war das Programm mit einer Soiree im Grünen Salon der Volksbühne. Überschieden war sie mit der Frage: «Wer kann die neue Zukunft machen?» An dem sommerlich-warmen Abend kamen fast 300 Interessierte, sodass viele nur den Livestream im gegenüberliegenden Karl-Liebnecht-Haus verfolgen konnten. Den Auftakt machte Volker Braun: Er las aus seiner «Zukunftsrede». Es folgte eine von Katja Kipping moderierte Diskussion zwischen der marxistischen Feministin Frigga Haug, Evgeny Morozov, einem der profiliertesten Kritiker des digitalen Kapitalismus, und der ehemaligen «Piratin» Anke Domscheidt-Berg. Dass der Kampf um die Zukunft voll im Gange ist, setzten Margarita Tsoumo und die griechische Theatergruppe The Erasers mit ihrer Performance «History is a warm gun» in Szene. Zum Abschluss des Abends las Dietmar Dath – der deutschsprachige Intellektuelle linker Zukünfte – aus dem letzten seiner zahlreichen Romane: «Venus siegt».

Der Andrang an den folgenden Tagen war groß: Rund 1.000 Besucherinnen und Besucher kamen, das Publikum repräsentierte das ganze Spektrum der gesellschaftlichen Linken und war überraschend jung. Die Stimmung im Haus war nicht nur freundlich und achtsam, sondern auch ernsthaft und konzentriert – Debatten verliefen meist jenseits von oftmals so ermüdenden Grabenkämpfen. Zu dieser besonderen Atmosphäre trug auch das durchgängig strahlende Wetter bei: So wurde nicht nur in den Workshops, sondern auch in den Pausen im sonnigen Innenhof intensiv über Fragen einer linken Zukunft diskutiert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte die Organisation von fast 40 Veranstaltungen übernommen zu Themen wie «Tarifeinheit und Streikrecht», «Prekarisierung der Arbeit», «Antworten auf die Sorge-Krise», «Digitalisierung demokratisch gestalten», «Futuring & Doppelte Transformation», «Strukturwandel in (Kohle-)Regionen» und «Kommunismus für Kinder». Ein weiteres Highlight aus dem Programm der Stiftung war ein Workshop der Kameradistinnen. Die Teilnehmenden konnten dort lernen, wie man mit Smartphones Filme macht. Gleichzeitig lieferten sie einen stimmungsvollen Einblick in die vielen unterschiedlichen Formate, in denen vier Tage lang um linke Zukunftsentwürfe gerungen wurde.

LINKE WOCHEN DER ZUKUNFT

Die Tapeart-Installation der «Klebebande» spielte mit dem Logo der «Linken Woche der Zukunft».



Die Gewinner des offenen Realisierungswettbewerbs für den Neubau der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurden am 30. März 2016 ermittelt. Ursprünglich war die Vergabe eines ersten, zweiten und dritten Preises sowie dreier Anerkennungen vorgesehen. Nach intensiver Beratung wurden ein erster Platz, drei dritte Ränge und zwei Anerkennungen ausgesprochen. Den ersten Platz belegt das Architektenteam ARGE KIM NALLEWEG Architekten und César Trujillo Moya, Architekt, Berlin. Nun wird es mit den Preisträgern zu Vergabegesprächen kommen, an deren Ende der Zuschlag für einen der Entwürfe steht. Der Baubeginn ist für 2017 geplant. 2018 sollen die Räume an der Straße der Pariser Kommune 8 bezogen werden.



Der Entwurf sieht eine Dachterrasse vor, die an den Veranstaltungsbereich anschließt.



Der Gewinnerentwurf des Architektenteams ARGE KIM NALLEWEG und César Trujillo Moya

ATTRAKTIV UND TRANSPARENT

STIFTUNG LOBTE OFFENEN WETTBEWERB FÜR
IHR BAUVORHABEN AUS

Dass Dinge ihre Zeit benötigen, um wirklich gut zu werden, ist nicht immer nur eine Floskel, die Zeitverzögerungen erklären soll. Im Kontext des Bauvorhabens der Rosa-Luxemburg-Stiftung könnte das sprichwörtliche «Weile haben» durchaus eine Steigerung der Qualität bedeuten. Schließlich gelang es Anfang September 2015 endlich, nach reiflicher Vorbereitung einen offenen zweiphasigen Realisierungswettbewerb auszuloben, mit dem Mitte 2016 ein Generalplaner für die Stiftung gefunden werden soll.

Bereits im Dezember 2014 war es mit Unterstützung der Grundstücksgesellschaft Franz-Mehring-Platz 1 mbH gelungen, mit der ersten Rate der über den Bundeshaushalt bis 2018 insgesamt in Aussicht gestellten 20,4 Millionen Euro das Grundstück an der Straße der Pariser Kommune 8 zu erwerben. Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung fungiert nun die Grundstücksgesellschaft Straße der Pariser Kommune 8 mbH und Co. KG als Bauherrin, deren einzige Gesellschafterin die Stiftung ist. Da öffentliche Mittel verbaut werden, ist diese Gesellschaft verpflichtet, sich an das öffentliche Vergabe- und Zuwendungsrecht zu halten. Für das Grundstück – unmittelbar vor den früheren Packhallen des Postbahnhofs – gilt ein Bebauungsplan aus dem Jahr 2005, der im Rahmen einer Abstimmung städtebaulicher Rahmenbedingungen konkretisiert wurde.

An der ersten Phase des Wettbewerbs, die Ende Oktober 2015 endete, beteiligten sich 155 Architekturbüros. Das Preisgericht, das am 3. und 4. Dezember zu einer ersten Sitzung zusammentrat, wählte schließlich 24 Teilnehmer aus, die zur zweiten Phase zugelassen wurden. Ulrike Lauber, Vorsitzende des Preisgerichts, betonte die hohe Ausstrahlungskraft und die besondere Attraktivität des Wettbewerbs für Architektinnen und Architekten. In der zweiten Phase wird der Wettbewerb nun interdisziplinär. Die beteiligten Büros wurden dazu aufgefordert, auch Ingenieure für Tragwerksplanung und technische Gebäudeausrüstung zu benennen und schließlich ihren Entwurf zu verfeinern. Am Ende solle das Preisgericht in einer zweiten Sitzung Ende März 2016 aus den überarbeiteten Entwürfen drei Preisträger küren. Die Stiftung hat sich verpflichtet, ihr Bauvorhaben bestmöglich öffentlichkeitswirksam darzustellen und transparent und kommunikativ zu arbeiten. Mit einer Ausstellung der eingereichten Entwürfe im Mai 2016 soll dafür der Startschuss erfolgen. Im Jahr 2018 will die Stiftung in ihr neues Domizil einziehen.

www.rosalux.de/event/55832



Wilfriede Otto

**DEN AUGIASSTALL
AUSMISTEN**
ZUM GEDENKEN AN
WILFRIEDE OTTO

Das langjährige Mitglied der Stiftung Wilfriede Otto verstarb am 2. Februar 2015. Wilfriede Otto hat unentwegt dafür gekämpft, Lehren aus der Geschichte zu ziehen.

Im Winter 1989/90 verschwanden die vorgesetzten Genossen. Von den Leuten «mit Namen» blieben die Aufrechten. Eine von ihnen war diese Frau, 1933 geboren, von der es hieß, sie habe eine Arbeitsgruppe «Opfer des Stalinismus» ins Leben gerufen. Das war im Februar 1990. Wenige Tage später saßen wir uns gegenüber. Wir, das waren drei Leute, die nicht aus den Parteistrukturen kamen und damals gerade die erste kurzlebige «Historische Kommission» der PDS aufbauten. Mit der ihr eigenen Eleganz zog diese nicht besonders große, schlanke und sehr gepflegte Dame ihre Duett-Zigaretten aus der Handtasche und begann zu reden – in ihrem ganz eigenen sächsischen Dialekt. Häufig trafen wir uns in den nächsten Monaten in überfüllten Stalinismus-Foren. Wie oft erklang dort ihr tapferes, nicht selten abschätzig belächeltes «Ja, das war so. Mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen». Und dann verschwand sie in den Archiven, um mehr dazu sagen zu können. In den Opfergruppen hatte man längst aufgehört, sie zu belächeln, sondern anfangen, sie zu schätzen. Immer dann, wenn sie von ihrer Partei benötigt wurde, vertrat sie die PDS in der Öffentlichkeit – zumeist wenn es um unangenehme Fragen der Vergangenheit ging. Sie strebte für sich persönlich nie nach «Höherem». Wilfriede zog Politikerdiäten stets die Arbeit am Weinberg vor. Sie war fast 20 Jahre lang ein sehr aktives Mitglied des Trägervereins der Rosa-Luxemburg-Stiftung und bereicherte deren Arbeit mit vielen geschichtswissenschaftlichen und geschichtspolitischen Vorträgen und Publikationen. Kaum eine Mitgliederversammlung, in der Wilfriede nicht interveniert hätte, manchmal kritisch, aber immer mit einer großen Loyalität zu, ja, ihrer Stiftung.

Was trieb Wilfriede um? Sie wollte die sozialistische Idee aus dem Gefängnis, in das der Stalinismus sie versenkt hatte, befreien. Die Frau mit den roten Haaren wusste, dass das erst möglich sein würde, wenn der Augiasstall ausgemistet ist – bis auf den letzten Grund. Wir werden sie sehr vermissen.

Jörn Schütrumpf

FESTHALTEN AN DER VISION VOM «DRITTEN WEG»
IN MEMORIAM EDGAR MOST

Ein «Steigbügelhalter des Kapitals», ein Banker bei der linken Rosa-Luxemburg-Stiftung? Das fragten sich manche, als Edgar Most im Jahr 2013 Mitglied der Stiftung wurde. Immerhin war er einmal Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kreditbank, des Ostdeutschen Bankenverbundes, Berater der Bundesregierung zum «Aufbau Ost» und bis 2004 sogar Mitglied im Vorstand der Deutschen Bank gewesen.

Edgar Most (Jahrgang 1940) stammte aus dem thüringischen Tiefenort. Nach einer Lehre an der Deutschen Notenbank der DDR wechselte er 1962 zur Deutschen Investitionsbank nach Schwedt und begleitete dort den Aufbau einer neuen Industriestadt. Er wurde der jüngste Bankdirektor in der DDR. 1974 ging Edgar Most zur Zentralen Staatsbank der DDR. Am



Edgar Most

19. März 1990 gründete er mit der Deutschen Kreditbank AG die erste private Bank auf ostdeutschem Boden. Zentrale Aufgabe der Bank war es, Altkredite der ehemaligen DDR-Unternehmen zu verwalten und den Aufbau neuer Bankstrukturen zu unterstützen. Dank seiner Bemühungen konnte etwa jeder dritte Arbeitsplatz in ehemaligen DDR-Betrieben erhalten werden. Den Ausverkauf des Ostens hat Edgar Most stets ange-

prangert. «Es wäre sinnvoll gewesen, den Osten von innen heraus zu verändern und nicht als Anhängsel der Bundesrepublik», schrieb er in seinem Buch «Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals». Auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen müsse eine Bank «gesellschaftliche Verantwortung» übernehmen. Für die Gestaltung der deutschen Einheit forderte er in einem «Masterplan Ost» unter anderem die Erhöhung von Bildungs- und Forschungsausgaben und den Erlass sogenannter Altschulden in Industrie, Landwirtschaft und Wohnungswirtschaft.

Edgar Most war ein scharfer Kritiker des Neoliberalismus. «Ein Gesellschaftssystem, das derartige Phänomene akzeptiert und fördert, kann in einer globalen Welt langfristig nicht aufrechterhalten werden. Insofern haben wir es nicht allein mit einer Finanz-, sondern mit einer Systemkrise zu tun», so seine Einschätzung zur gegenwärtigen Lage. Seine Vision von einem «dritten Weg», einer Neubewertung des Verhältnisses von Staat und Markt, Gesellschaft und Kapital hat sich nicht erfüllt. Man ist versucht zu schreiben: noch nicht. Bevor er am 12. Dezember 2015 starb, hat er dafür wichtige Vorarbeit geleistet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Edgar Most zu tiefem Dank verpflichtet.

Dagmar Enkelmann

PERSONALENTWICKLUNG

Das Jahr 2015 war wie schon das vorige stark geprägt von der Umsetzung des 2013 vereinbarten Tarifvertrags zur erweiterten Mitbestimmung. So wurden bei allen Auswahlverfahren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des jeweiligen Bereichs beteiligt: bei der Beratung des Stellenprofils, bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten, bei den Bewerbungsgesprächen und schließlich auch bei der drittelparitätisch – Geschäftsführung, Bereichsleitung, Beschäftigte – getroffenen Entscheidung über die Stellenbesetzung. In den meisten Fällen konnte Konsens erzielt werden.

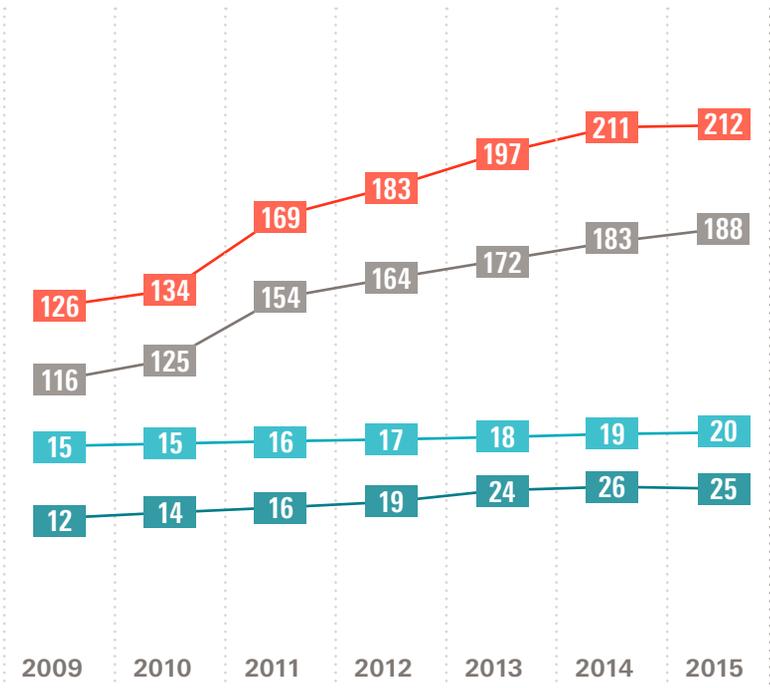
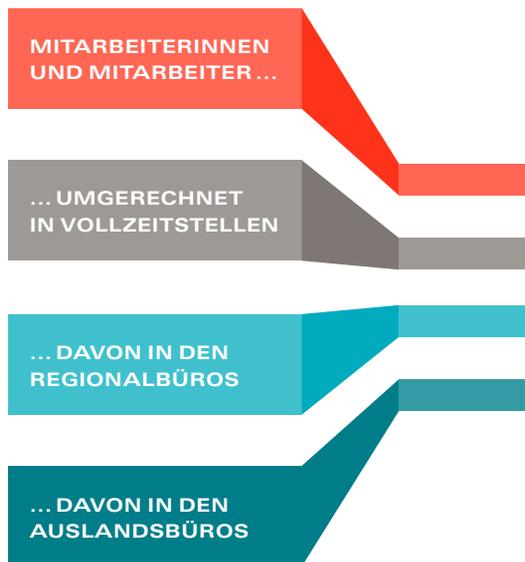
Auch bei der Besetzung von Leitungsstellen kam der Tarifvertrag zur Anwendung. Die Anforderungen an diese Stellen wurden mit den entsprechenden Bereichen unter Beteiligung des Betriebsrats diskutiert, ergänzt und dann bei der Ausschreibung und den Auswahlgesprächen berücksichtigt. Die Bereichssitzung entsandte bis zu zwei Beschäftigte in die Auswahlkommission. Wenn der Vorstand sich entschieden hatte, wen er für die neue Leitung berufen wollte, erfolgte – im Falle einer internen Besetzung – abschließend die Befragung der Beschäftigten des jeweiligen Bereichs, ob sie dem Ergebnis zustimmen. In allen bisherigen Fällen haben sie dies eindeutig getan. Die Zustimmung lag zwischen knapp 90 und 100 Prozent.

Darüber hinaus haben sich die Bereichsleiterinnen und -leiter sowie der Betriebsrat der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam auf Leitlinien zur «Guten Bereichsleitung» verständigt. Diese sind zum einen die Handlungsgrundlage der Leitungstätigkeit, zum anderen der Maßstab für ein alle zwei Jahre geplantes Führungskräftefeedback, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre jeweilige Bereichsleitung bewerten. Alle vier Jahre beinhaltet diese Beurteilung auch die Frage, ob die Beschäftigten des Bereichs für die Beibehaltung der Bereichsleitung votieren.

Seit dem 1. November 2015 gilt die jüngste Betriebsvereinbarung zum «Konfliktmanagement», die vom Geist der Konfliktprävention und der frühzeitigen Intervention im Konfliktfall geprägt ist. Neben berufenen Vertrauenspersonen, an die sich die Beschäftigten bei Konflikten wenden können, gibt es nun auch eine Koordinierungsgruppe – bestehend aus einer berufenen Vertrauensperson, einem Mitglied der Geschäftsführung, dem/der Leiter/in des Personalstabs sowie einem Betriebsratsmitglied. Diese Gruppe soll die Koordination, die Steuerung sowie die Evaluation des Konfliktmanagements in der Stiftung übernehmen und bei komplizierten Konflikten, die an sie durch Erstkontaktpersonen oder Erstkontaktgremien herangetragen werden, eine kollektive Konfliktlösung finden.

Ob sich alles, was mit und durch den Tarifvertrag zur erweiterten Mitbestimmung auf den Weg gebracht wurde, auch in der Praxis bewährt, das werden wir 2016 evaluieren.

PERSONALENTWICKLUNG 2009 BIS 2015



Anteilige Zusammensetzung:	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Mitarbeiterinnen	54%	55%	51%	56%	55%	56%	55%
Mitarbeiter	46%	45%	49%	44%	45%	44%	45%
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund	10%	11%	11%	15%	14%	15%	15%
unbefristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	82%	84%	81%	80%	77%	76%	78%
TZ-Beschäftigte	9%	22%	17%	20%	23%	24%	29%
in Elternzeit			2%	3%	3%	3%	3%
Auszubildende, Trainees und begleitende Masterstudierende			2%	3%	4%	3%	0%
in Passivphase der Altersteilzeit						1%	1%

Zur Belegschaft gehören ebenfalls:	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
geringfügig Beschäftigte ¹	6	8	12	7	7	7	8
Praktikantinnen und Praktikanten ²	11	22	34	35	37	36	34

1 Entsprechend Betriebsvereinbarung, Orientierung am TVöD
 2 In Summe über das gesamte Jahr, Entgeltpraktika gemäß der Orientierung des DGB und der Partei DIE LINKE.

GREMIEN

ERMUTIGUNG FÜR DIE NÄCHSTEN 25 JAHRE

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die gut besuchte Mitgliederversammlung, die am 28. November 2015 stattfand, stand ganz im Zeichen der Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zur Eröffnung erklärte die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann, dass der Festakt am Vortag auf dem Postbahnhof-Gelände in Berlin ermutigt und Lust gemacht habe auf die nächsten 25 Jahre. Die Stiftung habe im Jahr 2015 mit ihrem Veranstaltungsprogramm während der Klimakonferenz in Paris und mit ihrer solidarischen Arbeit zu Griechenland Hervorragendes geleistet. Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, hob die Fülle der bundesweit durchgeführten Veranstaltungen hervor – 2015 waren es rund 2.500 – und regte an, in Zukunft die eigenen Kapazitäten und Ressourcen noch mehr zu fokussieren und damit in der Öffentlichkeit sichtbarer zu werden. Inhaltliche Felder, auf denen derzeit viel Bewegung herrsche, aber auch Weiterentwicklungsbedarf bestehe, seien die Friedenspolitik, Migration und Flucht, die Gewerkschaftspolitik und die Kulturarbeit.

Auf diese und andere Punkte gingen neben zahlreichen anderen Bodo Ramelow (Ministerpräsident in Thüringen), Bernd Riexinger (Vorsitzender der Partei DIE LINKE) und Gregor Gysi (MdB) ein, die der Stiftung zudem zu ihrem 25-jährigen Geburtstag gratulierten und ihre Bedeutung als Mittlerin in der gesellschaftlichen Linken betonten.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die Entwicklung der Geschichtsarbeit der Stiftung, die nach Angaben von Vorstandsmitglied Detlef Nakath mit mehr als einem Fünftel aller Veranstaltungen eine prominente Rolle in der politischen Bildungsarbeit einnimmt. Es bestand Einigkeit, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung dabei sowohl die personellen und politischen Kontinuitäten zum NS-Staat in Westdeutschland seit der frühen Nachkriegszeit bis heute aufzeigen als auch das umstrittene Erbe der DDR und des realexistierenden Sozialismus aufarbeiten müsse. Anschließend stellte Ralf Hoffrogge das Promotionskolleg der Stiftung «Geschichte linker Politik in Deutschland jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus» an der Ruhr-Universität Bochum vor. Die Debatten waren anregend und solidarisch, sodass die anwesenden Mitglieder die sehr gut besuchte Versammlung als Erfolg werteten.

Die Mitgliederversammlung nahm im Jahr 2015 folgende Personen auf: Marcel Bois (Hamburg), Sophie Dieckmann (Sachsen/Berlin), Sahra Mirow (Baden-Württemberg), Siri Schultze (Bayern) und Eva Völpel (Berlin). Darüber hinaus wurde Alex Demirović in den Wissenschaftlichen Beirat gewählt, dessen Vorsitzender er nunmehr ist.



Dagmar Enkelmann (r.) dankte Evelin Wittich auf der Mitgliederversammlung für ihr Engagement, das bis in die Anfänge der Stiftung zurückreicht.

MITGLIEDER DER ROSA- LUXEMBURG- STIFTUNG

ORDENTLICHE MITGLIEDER

Jan van Aken
Ali Al Dailami
Dr. Dietmar Bartsch
Dr. Peter Bathke
Prof. Dr. Günter Benser
Dr. Joachim Bischoff
Dr. Marcel Bois
Prof. Dr. Ulrich Brand
Dr. André Brie
Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
Sandra Brunner
Christine Buchholz
Prof. Dr.
Michael Buckmiller
Dr. Carolin Butterwegge
Gerda Daenecke
Sevim Dağdelen
Daniela Dahn
Birgit Daiber
Prof. Dr. Frank Deppe
Richard Detje
Ulrike Detjen
Sophie Dieckmann
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst

Ilsegrit Fink
Dr. Thomas Flierl
Claudia Gohde
Prof. Dr. Stefanie Graefe
Dr. Bärbel Grygier
Dr. Gregor Gysi
Thomas Händel
Karl-Heinz Heinemann
Heiko Hilker
Heinz Hillebrand
Prof. Dr. Benjamin-
Immanuel Hoff
Dr. Gerd-Rüdiger
Hoffmann
Dr. Barbara Höll
Klaus Höpcke
Dr. Steffen Hultsch
Dr. Gerda Jasper
Dr. Lukrezia Jochimsen
Prof. Dr. Mario Keßler
Katja Kipping
Prof. Dr. Dieter Klein
Dr. Thomas Klein
Jan Korte
Prof. Dr. Kurt Krumbach
Marian Krüger
Prof. Dr. Hans-Jürgen
Krysmanski
Prof. Dr. Ingrid Kurz
Oskar Lafontaine
Caren Lay

Dr. Klaus Lederer
Dr. Steffen Lehndorff
Sabine Leidig
Monika Lent-Öztürk
Dr. Gesine Lötzsch
Prof. Dr. Christa Luft
Dr. Helmuth Markov
Ulrich Maurer
Prof. Dr. Margit Mayer
Sahra Mirow
Dr. Hans Modrow
Cornelia Möhring
Margret Mönig-Raane
Stefan Nadolny
Dr. Detlef Nakath
Prof. Dr.
Manfred Neuhaus
Helga Nowak
Gabi Ohler
Prof. Dr. Kurt Pätzold
Dr. Harald Pätzold
Petra Pau
Prof. Dr. Dörte Putensen
Peeter Raane
Bodo Ramelow
Jürgen Reents
Dr. Sabine Reiner
Prof. Dr. Rolf Reißig
Bernd Riexinger
Prof. Dr. Rainer Rilling

Prof. Dr. Jörg Roesler
Prof. Dr. Werner Ruf
Dr. Bernd Rump
Dirk Rumpf
Dr. Monika Runge
Bosiljka Schedlich
Dr. Birgit Schliwenz
Fritz Schmalzbauer
Horst Schmitthener
Christiane Schneider
Dr. Ursula Schröter
Siri Schultze
Dr. Karin Schüttpelz
Dr. Reinhard Semmel-
mann
Kathrin Senger-Schäfer
Dr. Petra Sitte
Prof. Dr. Susanne Spindler
Sybille Stamm
Regina Stosch
Gabriele Gün Tank
Heinz Vietze
Eva Völpel
Vera Vordenbäumen
Dr. Sahra Wagenknecht
Dr. Jochen Weichold
Dr. Florian Weis
Janine Wissler
Dr. Dietmar Wittich
Dr. Evelin Wittich

Dr. Ulrich Wolf
Ulrike Zerhau
Gabi Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Baden-Württemberg
Kurt-Eisner-Verein –
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bayern
Helle Panke e. V. – Rosa-
Luxemburg-Stiftung Berlin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e. V.
Rosa-Luxemburg-
Initiative e. V., Bremen
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Hamburg
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Hessen
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern
e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Niedersachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Nordrhein-Westfalen e. V.
Peter-Imandt-Gesellschaft
e. V. – Rosa-Luxemburg-
Stiftung Saarland
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen e. V.

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen-Anhalt e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Schleswig-Holstein
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e. V.

EHREN- MITGLIEDER

Dr. Kurt Hövelmans
Prof. Dr. Reinhard Mocek
Dr. Wolfgang Spickermann

RUHENDE MITGLIEDSCHAFT

Marwa Al-Radwany
Dr. Lutz Brangsch
Prof. Dr. Michael Brie
Dr. Mario Candeias
Wenke Christoph
Prof. Dr. Alex Demirović
Dr. Cornelia Domaschke
Dr. Stefanie Ehmsen
Florian Höllen
Kerstin Kaiser
Kadriye Karci
Norbert Schepers
Dr. Jörn Schütrumpf
Dr. Marion Schütrumpf
Fanny Zeise

Stand: Mai 2016

**MITGLIEDER
DES VORSTANDS**

DR. DAGMAR ENKELMANN

HEINZ HILLEBRAND

Stand: August 2015

JAN KORTE

DR. FLORIAN WEIS

SYBILLE STAMM

ULRIKE DETJEN

THOMAS HÄNDEL

GABRIELE GÜN TANK

PROF. DR. DÖRTE PUTENSEN

DR. SABINE REINER

KERSTIN KAISER

PROF. DR. RAINER RILLING

DR. DETLEF NAKATH

PEETER RAANE

EIN POLITISCHES GREMIUM

VORSTAND DER STIFTUNG THEMATISIERT VERSTÄRKT AKTUELLE POLITISCHE FRAGESTELLUNGEN

Dem Arbeitspensum des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es kaum anzumerken, dass es sich um ein ehrenamtlich tätiges Gremium handelt. Acht Sitzungen, darunter zwei mehrtägige Klausurtagungen und zusätzlich eine ganze Reihe von vorbereitenden Gesprächen, absolvierten die zunächst 14 (später 13) Vorstandsmitglieder im Jahr 2015. Man hatte sich vorgenommen, sich in diesem Jahr neben den in der Satzung vorgeschriebenen Aufgaben (Beschlussfassung zur Haushalts- und zur Personalplanung) verstärkt mit aktuellen politischen Themen zu beschäftigen und gemeinsam mit den Fachreferentinnen und -referenten sowie den Auslands- und Regionalbüros der Stiftung zu überlegen, wie diese in politischen Bildungsangeboten am besten aufgegriffen und bearbeitet werden können.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen der Verfasstheit, der Perspektiven und der Entwicklung der Europäischen Union, insbesondere der Umgang europäischer Institutionen mit Griechenland und dessen linker Regierung, die Dynamik von Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sowie nationalistische Tendenzen in den Mitgliedstaaten. Es wur-

den Bildungsmaterialien und Veranstaltungen angeregt, konkrete Formen der Solidarität angestoßen und auch personelle Entscheidungen für die Stärkung inhaltlicher Arbeitsfelder der Stiftung getroffen. Ebenso brachte sich der Vorstand in den Fortgang der Planung des Bauvorhabens der Stiftung ein, was nicht zuletzt zu strukturellen Veränderungen in der Bau-trägerschaft führte. Auch wurde weiter an der Form der inhaltlichen Schwerpunktbildung der Stiftung gearbeitet. Einzelne Vorstandsmitglieder beteiligten sich an der Ausarbeitung von Aufgabenprofilen und -beschreibungen neu zu besetzender Stellen. So sollen die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung von Arbeitsprozessen unter dem Schlagwort Industrie 4.0 in der Stiftung noch stärker Beachtung finden.

Nach knapp dreijähriger Tätigkeit verabschiedete der Vorstand Kerstin Kaiser aus seinen Reihen. Sie übernahm im März 2016 die Leitung des Moskauer Stiftungsbüros. Als ständiger Gast hatte Irene Dölling an den Vorstandssitzungen mitgewirkt. Nachdem sie den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats abgegeben hatte, wurde auch sie aus dem Vorstand verabschiedet. Ihr Nachfolger ist Alex Demirović.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT

Dem Wissenschaftlichen Beirat, der im vergangenen Jahr aus 13 beziehungsweise 14 Mitgliedern bestand, obliegt als zentrale Aufgabe, mit seiner wissenschaftlichen Kompetenz die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Bildung und Politik zu begleiten. Bis Ende des Jahres hatte Irene Dölling den Vorsitz inne, zu ihrem Nachfolger wurde Alex Demirović gewählt. Im Jahr 2015 tagte das ehrenamtliche Beratungsgremium zweimal in Berlin und traf sich zu einer zweitägigen Klausur in Frankfurt/Oder. Schwerpunkte des Arbeitsprogramms waren:

- Unterstützung der IV. Transformationskonferenz «An den Durchbruchstellen kritischer Transformationsforschung. Offene Fragen»;
- die Fortsetzung der Diskussion zur sogenannten Themenachse «Demokratie und Gleichheit»;
- die Vermittlung aktueller wissenschaftlicher Debatten in die Rosa-Luxemburg-Stiftung hinein.

Der Beirat hat sich aktiv an der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der IV. Transformationskonferenz der Stiftung beteiligt, die unter Mitwirkung des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS) im September 2015 stattfand und mit einer Würdigung des 75. Geburtstags des früheren Beiratsmitglieds Rolf Reißig verbunden war. Der Beirat hat in diesem Zusammenhang die Position

stark gemacht, dass eine linke Transformationsforschung dringlicher denn je einen aktors- und praxiszentrierten konzeptionellen Ansatz benötigt. Deswegen hat er sich auf seiner ersten Sitzung auch ausführlicher mit dem Projekt «Partizipationsferne als transformatorische Herausforderung. Was sind Erfolgsbedingungen und -faktoren für eine gelungene Organisation von vermeintlich Nicht-Organisierbaren?» von Miriam Pieschke (Referentin im Stiftungsprojekt «Jenseits der Prekarität») befasst.

Verschiedene Demokratieansätze, die orientierend für die Linke sein könnten, standen im Zentrum der letzten Sitzung im November 2015. Als Diskussionsgrundlage dienten hierfür die Beiträge von Isabell Lorey und Alex Demirović in der Zeitschrift *Luxemburg* (3/2014), in denen die Frage des Verhältnisses von konstituierender und konstituierter demokratischer Macht kontrovers behandelt wird. In Fortführung der Auseinandersetzung mit aktuellen wissenschaftlichen Krisenanalysen stellte Rainer Land zudem die wichtigsten Thesen aus dem Buch «Modern Political Economics. Making Sense of the Post-2008 World» von Yanis Varoufakis et al. vor. Mitglieder des Beirats wirkten wie bereits in den vergangenen Jahren in der Kommission der Stiftung zur Vergabe von Studiums- und Promotionsstipendien mit und gehörten den Jurys für die Vergabe des Huffschmid- und des Hans- und Lea-Grundig-Preises an.

**MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Apl. Prof. Dr. Alex Demirović: geb. 1952, habilitiert in Politikwissenschaft und politischer Soziologie, von 2007 bis 2014 im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland und vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Redaktionsmitglied bei *Prokla* und *LuXemburg*. Arbeitsschwerpunkte: kritische Gesellschaftstheorie, materialistische Staats- und Demokratietheorie und politische Philosophie.

Prof. Dr. Irene Dölling: geb. 1942, Professorin em. für Frauenforschung/Soziologie der Geschlechterverhältnisse an der Universität Potsdam. Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Persönlichkeitstheorie, Kulturtheorie, Soziologie der Geschlechterverhältnisse und Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

Prof. Jörg Hafkemeyer: geb. 1947, Journalist, Buchautor und Filmemacher, Honorarprofessor für Kulturjournalismus an der Berliner Universität der Künste, bildet beim Schweizer Rundfunk und im Deutschlandradio Kultur Reporter und Moderatoren aus, arbeitet für die ARD, Deutschlandradio Kultur sowie für verschiedene Zeitschriften (u. a. *Cicero*).

Prof. Dr. Frigga Haug: geb. 1937, Professorin em. für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, Vorsitzende des Instituts für kritische Theorie (InkriT), Mitherausgeberin der Zeitschrift *Das Argument* und des «Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus», Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. Arbeitsschwerpunkte: marxistisch-feministische Theorie, Arbeit und eingreifende Sozialforschung.

Dr. Stefanie Hürtgen: geb. 1970, Politikwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, Gewerkschaftstheorie, Europa- und Transformationsforschung.

Prof. Dr. Michael Krätke: geb. 1949, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster/UK und Direktor des Institute for Advanced Studies, Mitherausgeber verschiedener Zeitschriften (u. a. SPW) und Buchreihen (Historical Materialism). Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Marxismus und Antikapitalismus.

Dr. Rainer Land: geb. 1952, Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter am Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., Mitbegründer des Netzwerks Ostdeutschlandforschung und korrespondierendes Mitglied der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Sozialökonomie, Evolutionstheorie, ökologische Modernisierung und Transformationsforschung.

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf: geb. 1950, Professorin für Europäische Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Wirtschaft

und Recht Berlin, Mitglied der wissenschaftlichen Beiräte von Attac Deutschland, Forschungs- und Beratungsstelle der Arbeit Wien und Grüne Bildungswerkstatt/Österreich. Arbeitsschwerpunkte: sozialökologische Transformation, Globalisierung, europäische Integration, informelle Ökonomie und industrielle Beziehungen.

Dr. Ingo Matuschek: geb. 1961, Soziologe. Arbeitsschwerpunkte: Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit, qualitative Methoden und politisches Handeln in Alltagsmilieus.

Prof. Dr. Margit Mayer: geb. 1949, 1990 bis 2014 Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften und am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin, seither assoziierte Professorin am Center for Metropolitan Studies an der Technischen Universität Berlin, Mitglied im Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb). Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische und vergleichende Politik, Stadtpolitik und soziale Bewegungen.

Prof. Dr. Birgit Sauer: geb. 1957, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Governance und Geschlecht, vergleichende Geschlechterpolitikforschung, Multikulturalismus sowie Politik und Emotionen.

Dr. Thomas Seibert: stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, geb. 1957, Philosoph und Ethnologe, Mitarbeiter von *medico international*, Aktivist bei der Interventionistischen Linken (IL) und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne. Arbeitsschwerpunkt: Politische Philosophie (Marxismus, Existenzialismus, Dekonstruktion).

Dr. Michael Thomas: geb. 1951, Vorstand des Brandenburg-Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS), Mitglied der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Leibniz-Sozietät, der Enquete-Kommission «Zukunft der ländlichen Regionen» im Landtag Brandenburg. Arbeitsschwerpunkte: Regionale Forschungs- und Gestaltungsprojekte, Transformationsforschung.

Dr. Axel Troost: geb. 1954, Volkswirtschaftler und Politiker, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) und Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestags, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Finanzausschuss.

Prof. Dr. Susanne Völker: geb. 1964, Universitätsprofessorin für Methoden der Bildungs- und Sozialforschung unter besonderer Berücksichtigung von Genderforschung an der Universität zu Köln. Arbeitsschwerpunkte: Methoden und Methodologien qualitativer Sozialforschung, gesellschaftliche Transformationsprozesse und soziale Ungleichheiten, Wandel der (Erwerbs-)Arbeit und der Geschlechterarrangements.

EIN BREITES THEMENSPEKTRUM

DIE GESPRÄCHSKREISE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Derzeit existieren in der Rosa-Luxemburg-Stiftung 21 Gesprächskreise. Hervorgegangen aus primär ehrenamtlichen Strukturen, haben sie sich seit 2007 zu dauerhaften Kommunikationsforen etabliert, in denen sich Expertinnen und Experten sowie Interessierte über Themenstellungen von sowohl historischer als auch aktueller Bedeutung austauschen. Eine der Bestrebungen in jüngster Zeit war es, eine gewisse Berlin-Zentriertheit zu überwinden. So führte der Gesprächskreis Rechts seine Veranstaltung zu Pegida im April im Peter-Weiss-Haus in Rostock durch, gefolgt von einem Austausch zu den Veränderungen in Arbeit, Strategien und Auftreten organisierter Neonazis im November in Potsdam. «Wohnen, Flüchtlinge, Unterbringung» wiederum war Gegenstand des Treffens des Gesprächskreises Stadtpolitik, das im Juni in Halle stattfand. Mit der aktuellen politischen Situation in Griechenland und den Möglichkeiten linker Politik in Regierungsverantwortung befasste sich der Gesprächskreis Europa im Juni, und zwar in Kooperation mit den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestags- und der Landtagsfraktionen der LINKEN, während auf einem Treffen im September die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen auf der sogenannten Balkanroute Thema waren.

Völlig anders hingegen der «Kulturpolitische Salon», eine neue Reihe des Gesprächskreises Kultur. Den Auftakt machte hier eine öffentlich viel beachtete Veranstaltung zum Streik der Tänzerinnen und Tänzer vom Friedrichstadtpalast und der Stiftung Oper Berlin am 21. September im Salon der Stiftung. Und es gibt eine Neuigkeit zu verkünden: Am 7. Dezember konstituierte sich der Gesprächskreis Weltanschaulicher Dialog, der sich für Toleranz im Umgang mit unterschiedlichen Religionen einsetzen will. Ein breites Themenspektrum also, das in den Gesprächskreisen bearbeitet wird. Ihr weitgehend halböffentlicher Charakter eröffnet Räume für den geschützten Austausch divergierender Positionen und Perspektiven. An der Schnittstelle von Haupt- und Ehrenamt tragen die Gesprächskreise so zur inhaltlichen Profilierung der Stiftung bei.

.....
Stand: Januar 2016

ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH

Steffen Hultsch, Fanny Zeise (zeise@rosalux.de)

BILDUNGSPOLITIK

Marcus Hawel (hawel@rosalux.de)

EUROPAPOLITIK

Johanna Bussemer (bussemer@rosalux.de)

Franziska Albrecht (franziska.albrecht@rosalux.de)

FRAUEN UND POLITIK

Eva Schäfer (schaefer@rosalux.de)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Erhard Crome (crome@rosalux.de)

Ingar Solty (solty@rosalux.de)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (huettner@rosalux.de)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke (domaschke@rosalux.de)

GEWERKSCHAFTEN

Fanny Zeise (zeise@rosalux.de)

KLASSEN UND SOZIALSTRUKTUR

Horst Kahrs (kahrs@rosalux.de)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girmus, Klaus Meierhauptamtlicher Ansprechpartner: Gerd-Rüdiger Stephan (stephan@rosalux.de)

KULTUR

Michaela Klingberg (klingberg@rosalux.de)

LÄNDLICHER RAUM

Steffen Kühne (kuehne@rosalux.de)

LEBENSZEIT - ARBEITSZEIT

Rosalind Honig, Effi Böhlke (boehlke@rosalux.de)

MIGRATION

Koray Yilmaz-Günay

ab 1.3.2016: Massimo Perinelli (perinelli@rosalux.de)

NACHHALTIGKEIT UND REGIONALE ENTWICKLUNG

Steffen Kühne (kuehne@rosalux.de)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Harald Pätzolt, Cornelia Hildebrandt (hildebrandt@rosalux.de)

POLITISCHE BILDUNG

Stefan Kalmring (kalmring@rosalux.de)

RECHTS

Friedrich Burschel (burschel@rosalux.de)

STADTPOLITIK

Katharina Weise (weise@rosalux.de)

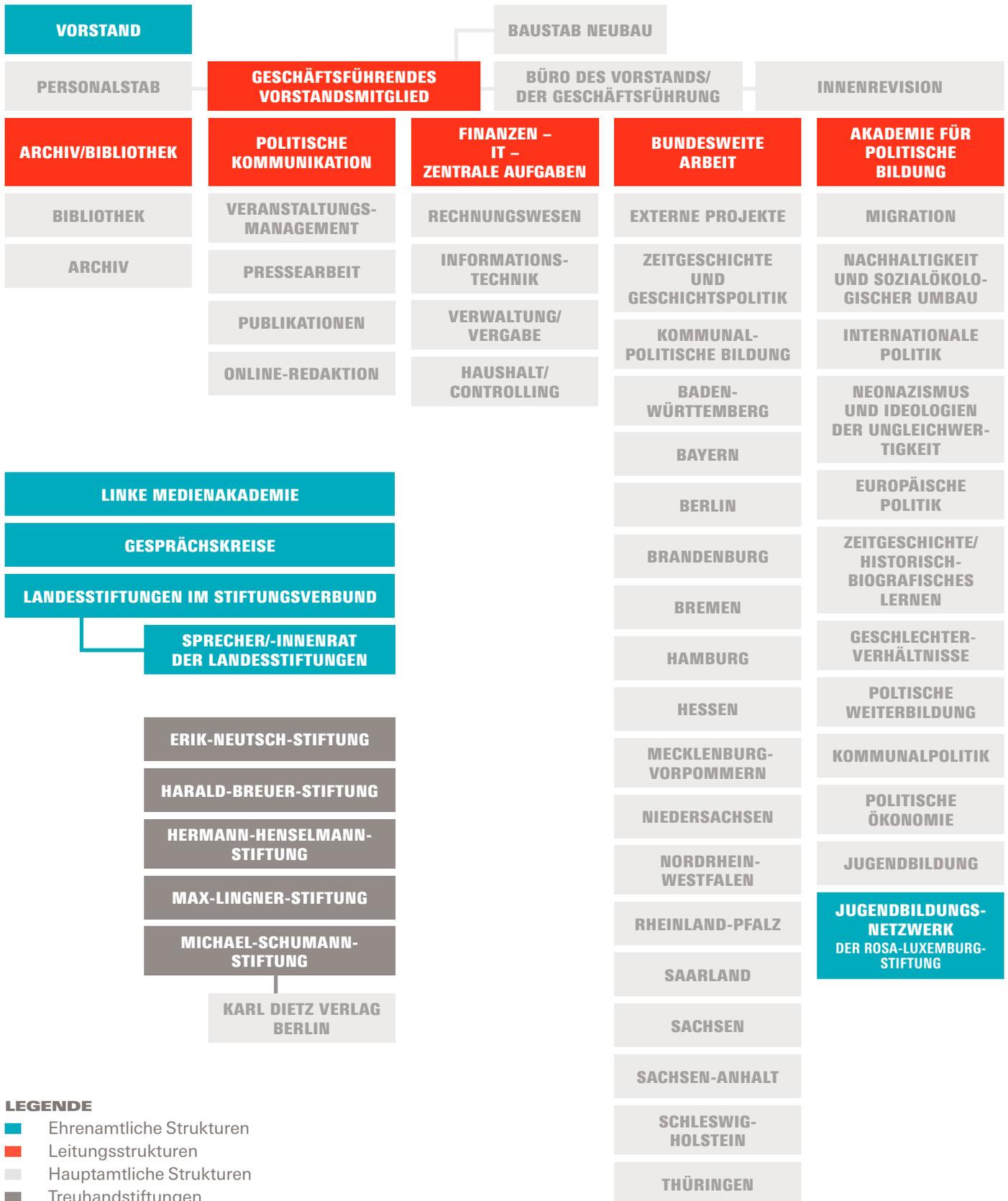
WELTANSCHAULICHER DIALOG

Jürgen Klute, Cornelia Hildebrandt (hildebrandt@rosalux.de)

WIRTSCHAFTSPOLITIK (DERZEIT RUHEND)

N.N.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG



LEGENDE

- Ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- Hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

FOCUSSTELLE ROSA LUXEMBURG		DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER	BETRIEBSRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE	STUDIENWERK	ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG		
PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN	FÖRDERPROGRAMM	STABSSTELLEN		
ZEITSCHRIFT «LUXEMBURG» HRSG. VORSTAND DER RLS	EHEMALIGENARBEIT	REFERATE	AUSLANDSBÜROS	
DEMOKRATIE UND STAAT	VERTRAUENS-DOZENT/-INNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	REFERAT GLOBALE AUFGABEN UND SONDERMITTEL	ROSA LUXEMBURG/ WISSENSCHAFTSKOOPERATION	
THEORIE UND GESCHICHTE SOZIALISTISCHER TRANSFORMATION	STIPENDIATISCHE ARBEITSKREISE	REFERAT AFRIKA	SÜDLICHES AFRIKA JOHANNESBURG	
FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK	AUSWAHL-AUSSCHUSS	AK AFRIKA	WESTAFRIKA DAKAR	
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE			OSTAFRIKA DARESSALAM	
DAS ÖFFENTLICHE/ SOZIALSTRUKTUR-ANALYSE		REFERAT ASIEN, NAHER UND MITTLERER OSTEN	NORDAFRIKA TUNIS	
FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS- UND KAPITALISMUS-ANALYSE		AK ASIEN	ISRAEL TEL AVIV	
POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG		AK TÜRKEI	PALÄSTINENSISCHE GEBIETE RAMALLAH	
GEWERKSCHAFT/ ARBEIT/PRODUKTION		REFERAT AMERIKA	OSTASIEN PEKING	
SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION		AK LATEINAMERIKA	SÜDASIEN NEU DELHI	
PREKARITÄTS-FORSCHUNG			SÜDOSTASIEN HANOI	
KULTURFORUM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG		REFERAT EUROPA	UN/NORDAMERIKA NEW YORK	
		AK OST-, MITTEL- UND SÜDOSTEUROPA	ANDENLÄNDER QUITO	
			SÜDAMERIKA SÃO PAULO	
			ZENTRALAMERIKA/MEXIKO MEXIKO-STADT	
			EUROPÄISCHE UNION BRÜSSEL	
			OSTMITTELEUROPA WARSCHAU	
			RUSSLAND/ZENTRALASIEN/ KAUKASUS MOSKAU	
			SÜDOSTEUROPA BELGRAD	

STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Inneren (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Höhe der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

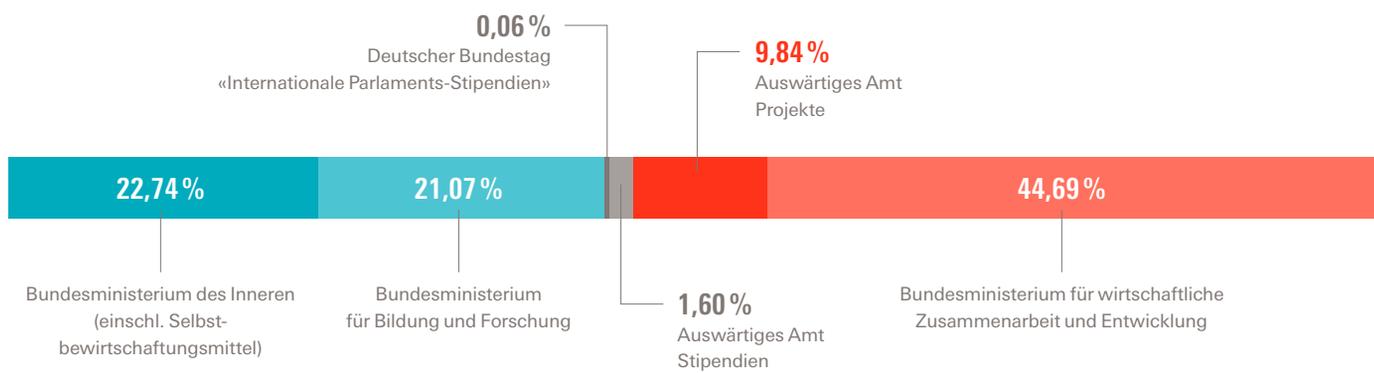
Nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2005 und dem Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen 2009 erfolgte eine schrittweise Anpassung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichstellung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Diese Anpassung wurde 2011 abgeschlossen.

Gegenüber 2010 stiegen so die Zuwendungen von 30,6 Millionen Euro auf 53,2 Millionen Euro im Jahr 2015. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

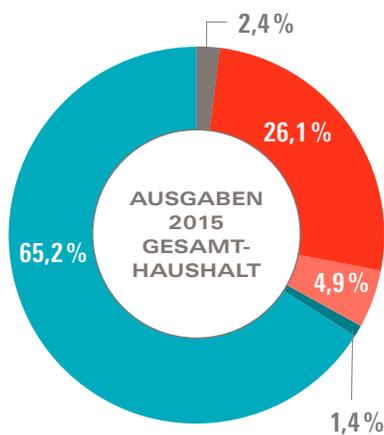
Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (sogenannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln

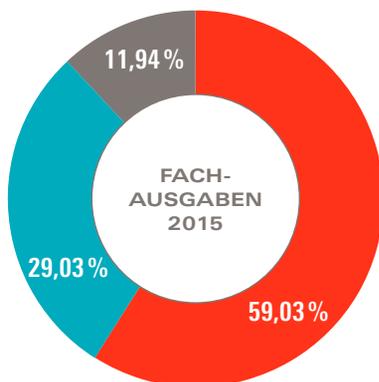
ZUWENDUNGEN 2015



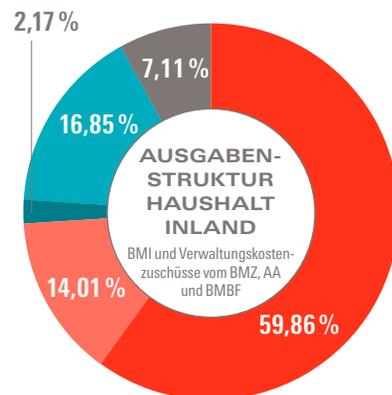
AUSGABEN 2015



- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- Globalmittel an Landesstiftungen



- Auslandsprojekte
- Studenten- und Promovendenbetreuung
- Politische Bildung Inland



- Personalausgaben
- Sächliche Verwaltungsausgaben
- Ausgaben für Investitionen
- Fachausgaben
- Globalmittel an Landesstiftungen

können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Stiftungsverbundes werden diese Mittel durch zehn Landesvereine genutzt.

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als politische

Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2014 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2014

Aktiva	31.12.2014 in Euro	31.12.2013 in Euro
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
Markenrechte	5.000,00	5.000,00
EDV-Software	38.811,11	47.795,83
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	629.184,77	763.725,56
Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	4.080.452,48	31.337,87
III Finanzanlagen	25.000,00	
Summe Anlagevermögen	4.778.448,36	847.859,26
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I Sonstige Forderung	3.181.713,00	367.185,00
II Forderung aus Zuwendungen	0,00	0,00
III Sonstige Vermögensgegenstände	183.123,68	135.291,09
Summe Forderungen	3.364.836,68	502.476,09
C Liquide Mittel		
Summe liquide Mittel	2.236.376,13	2.311.068,33
D Aktive Rechnungsabgrenzung	42.722,78	1.103,72
Summe	10.422.383,95	3.662.507,40

Passiva	31.12.2014 in Euro	31.12.2013 in Euro
A Reinvermögen		
I Stand Vorjahr	311.756,71	684.341,65
II Überschuss/Fehlbetrag	-26.431,22	801.656,42
III Rücklagen	15.819,71	60.819,71
IV Rücklagen	45.000,00	
Summe Reinvermögen	346.145,20	1.546.817,78
B Sonderposten aus Zuwendungen	4.778.448,36	847.859,26
C Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	349.626,82	306.386,30
D Verbindlichkeiten		
I Verbindlichkeiten Kreditinstitute	5.153,72	640.045,54
II Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	554.620,73	39.626,07
III Sonstige Verbindlichkeiten	24.387,97	0,00
Summe Verbindlichkeiten	584.162,42	679.671,61
E Passive Rechnungsabgrenzung	4.364.001,15	281.772,45
Summe	10.422.383,95	3.662.507,40

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2014

		2014 in Euro	2013 in Euro
I	Erträge	52.196.979,19	46.565.609,91
1	Zuwendungen des Bundes	52.032.269,98	46.449.010,26
2	Spenden	8.892,63	6.962,04
3	Mitgliedsbeiträge	15.090,00	15.145,72
4	Sonstige Einnahmen	140.726,58	94.491,89
II	Aufwendungen	-52.223.410,41	-45.763.953,49
1	Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-33.418.783,44	-31.939.328,44
	Tagungen und Seminare	-809.325,73	-840.654,62
	Veröffentlichungen	-493.997,29	-571.027,87
	Forschungsprojekte	-316.521,47	-240.605,36
	Weiterleitung von Globalmitteln	-1.064.554,60	-916.611,29
	Förderung von Studierenden und Promovierenden	-10.285.853,76	-9.236.914,86
	Internationale Zusammenarbeit	-19.963.530,47	-19.625.770,21
	Sonstige Fachausgaben	-485.000,12	-507.744,23
2	Personalausgaben	-12.401.135,85	-11.445.510,00
	Löhne und Gehälter	-10.342.946,98	-9.430.192,34
	Soziale Abgaben	-2.058.188,87	-2.015.317,66
3	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.161.579,37	-2.085.515,92
	Geschäftsbedarf	-347.512,78	-322.477,67
	Sonstige sächlichen Verwaltungsausgaben	-1.814.066,59	-1.763.038,25
4	Investitionen	-4.241.911,75	-293.599,13
III	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-26.431,22	801.656,42

EINNAHMEN IM JAHR 2015 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	53.291.909,63
1	Zuwendungen	53.175.717,64
	Bundesministerium des Inneren (einschl. SB-Mittel)	12.090.088,36
	Bundesministerium für Bildung und Forschung	11.206.522,27
	Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentspraktika	30.114,51
	Auswärtiges Amt Stipendien	848.363,00
	Auswärtiges Amt Projekte	5.235.000,00
	Zuwendung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	23.765.629,50
2	Spenden	9.241,00
3	Mitgliedsbeiträge	14.897,50
4	Sonstige Einnahmen	98.557,20
5	Erlösschmälerungen	-6.503,71

AUSGABEN IM JAHR 2015 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-53.474.886,58
1	Personalausgaben	-13.971.448,13
	davon Personalkosten Inland	-10.799.758,25
a)	Löhne und Gehälter	-11.530.664,64
b)	Soziale Abgaben und Sonstiges	-2.440.783,49
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.622.551,97
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-491.702,15
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-259.011,13
	Agenturhonorare	-46.410,00
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-28.717,87
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-39.278,68
	Gerätemieten	-63.716,70
	Werkzeuge und Kleingeräte	-49.409,88
	Bücher/Lehrmittel	-5.157,89
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Baulichen Anlagen	0,00
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.130.849,82
	Raummiete und Raumkosten	-850.168,95
	Reinigung	-21.054,14
	Instandhaltung betr. Räume	-23.750,94
	Versicherungen	-3.695,72
	Beiträge und sonstige Abgaben	-40.692,52
	Fremdarbeiten/Werkverträge/Verwaltung	-470.711,31
	Reparaturen und Instandhaltung technischer Anlagen	0,00
	Werbung/Annoncen	-49.114,08
	Kosten Repräsentation	-25.008,97
	Bewirtungskosten	-1.131,40
	Reisekosten	-192.751,06
	Fremdfahrzeuge	-2.291,99
	Kurierdienst	-2.854,74
	Fortbildungskosten	-69.772,34
	Porto/Telefon/Internetkosten	-137.432,80
	Zeitschriften/Bücher/Medien	-42.506,47
	Rechtsberatung/Wirtschaftsprüfer/Buchführung	-51.408,10
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-13.723,96
	Sonstige Steuern	0,00
	Übrige Aufwendungen	-132.780,33
3	Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen	-752.705,59
4	Fachausgaben	-34.861.132,39
	Tagungen und Seminare	-1.447.905,52
	Veröffentlichungen	-565.436,93
	Forschungsaufträge	-427.600,83
	Sonstige Fachausgaben	-347.123,17

Auslandsprojekte	-21.325.727,43
Studenten- und Promovendenbetreuung	-10.487.065,35
Studienförderung Inland	-9.716.743,51
Studienförderung Ausland	-742.607,63
Internationale Parlamentspraktika	-27.714,21
Ideelle Förderung Stipendiaten	-260.273,16
5 Globalmittel an Dritte	-1.267.048,50

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2015 wurden an folgende Vereine und Stiftungen Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet: ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V. ■ Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern ■ «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V. ■ Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V. ■ Peter-Imandt-Gesellschaft e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V. ■ Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V. ■ Max-Lingner-Stiftung ■ Michael-Schumann-Stiftung

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2016 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen in Euro***

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	11.260.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	11.500.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für «internationale Parlamentsstipendiaten»	21.650,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	27.128.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	5.431.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	800.000,00

Ausgaben in Euro (Auszug)

Personalkosten	-14.800.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.730.000,00
dar. Investitionen	-400.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	-39.000.000,00
dar. Bildungsprogramm	-4.400.000,00
dar. Stipendien	-9.600.000,00
dar. Projekte internationaler Zusammenarbeit	-25.000.000,00

BILDNACHWEISE

Umschlag: Braunkohletagebau Welzow-Süd in Brandenburg, Deutschland 2014
Foto: Andreas Levers, <https://flic.kr/p/pBwqdU>, CC BY-NC 2.0

Fotos Innenteil:

S. 5: Christiane Brinkmann
S. 7: Paul Wagner/350 .org, <https://flic.kr/p/x75uS7>, CC BY 2.0
S. 9: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 10: Stakeholder Democracy, <https://flic.kr/p/pigQN4>, CC BY-NC-ND 2.0
S. 13: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 14 links: Ben Folley, <https://flic.kr/p/rdCJ7M>, CC BY 2.0
S. 14 rechts: Jan Wellmann, <https://flic.kr/p/v7SdB8>, CC BY-NC-ND 2.0
S. 16: Nate Pischner
S. 17: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 19/20: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 21: Bundestagsfraktion DIE LINKE., <https://flic.kr/p/z8zExu>, CC BY 2.0
S. 24 links: Franz Ferdinand Photography, <https://flic.kr/p/yeE415>, CC BY-NC 2.0
S. 24 rechts: Metropolico.org, <https://flic.kr/p/unZk1y>, CC BY-SA 2.0
S. 25 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 25 rechts: Steffen Rasche, <http://commons.wikimedia.org>, CC-BY-SA-3.0
S. 26 links: miguel, <https://flic.kr/p/qkWkGv>, CC BY-NC 2.0
S. 26 rechts: kreimlink, <https://flic.kr/p/bsfxYW>, CC BY-SA 2.0
S. 27 links: Published by the American red cross, <https://en.wikipedia.org>
S. 27 rechts: Ken Mayer, <https://flic.kr/p/6ogim3>, CC BY 2.0
S. 28 links: Michael Bruns, <https://flic.kr/p/6PM4Mg>, CC BY-ND 2.0
S. 28 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen
S. 29 links: ullstein bild – Brigitte Hiss
S. 29 rechts: Patric Bies
S. 30 links: geralt, pixabay.com, CC0 Public Domain
S. 30 rechts: Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt
S. 31 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein
S. 31 rechts: ullstein bild – Albert Foss
S. 33: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 35: Bradley Howard, <https://flic.kr/p/afpsPV>, CC BY 2.0
S. 36–39: Illustration [M] freepik.com; Teamfotos: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 37 unten rechts: Belhassen Handous
S. 42: bmw
S. 44–51: Mark Mühlhaus, attenzione
S. 54: G. Friedrich, commons.wikimedia.org, CC BY 3.0
S. 55: SaskPower, <https://flic.kr/p/pgSpGK>, CC BY-NC-SA 2.0
S. 58: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 63: Trialon
S. 65–69: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 70: ARGE KIM NALLEWEG TRUJILLO Architekten
S. 71/75: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 76: Christiane Brinkmann, Rico Prauss

Infografiken: Heike Schmelter, MediaService GmbH Druck und Kommunikation, unter Verwendung von Illustrationen von iStockphoto/A-Digit (S. 53) und Freepik (S. 73)

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Martin Beck
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Januar 2016.

«Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.»

KARL MARX